Mittwoch, 28. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 279 - 48.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

„Alterslawine": Auf die deutschen Krankenhäuser kommt eine Lawine von Alterspatienten zu. Sie führt zu einer Inflation der Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen und immensen Kosten, befürchtet die Deutsche Krankenhaus-Gesellschaft. (S. 6)

Hessen: Der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann fordert in einem WELT-Gespräch CDU und SPD in Hessen auf, sich zu überlegen, wie sie zu einer „sachpolitischen Zusammenarbeit" kommen können. (S. 4)

Renten: Erstmals müssen die Rentenversicherungen bei Banken Kredite aufnehmen, um die Renten im Dezember in voller Höhe auszahlen zu können.

Rumänen: Als Vergeltung für die Ausweisung von fünf rumänischen Diplomaten aus der Bundesrepublik fordert Bukarest die Abberufung von vier deutschen Botschaftsangehörigen aus Rumänien. (S. 12)

Rüstung: Die UdSSR erhöht ihre Militärausgaben nach amtlicher Darstellung 1985 um umgerechnet 7,1 Milliarden Mark auf insgesamt 67,7 Milliarden Mark. (S. 12)

JURIS: Das Kabinett in Bonn hat entschieden, daß das juristische Informationssystem JURIS, ein computergespeichertes Register von Gerichtsurteilen und Rechtsliteratur, endgültig seinen Sitz in Saarbrücken haben soll. Auch Kassel hatte sich beworben.

Luftpiraten: Die drei Entführer eines somalischen Verkehrsflugzeugs haben gestern in Addis Abeba aufgegeben und die 103 Passagiere freigelassen. Dafür wurde ihnen zugesichert, daß sieben zum Tode verurteilte Somalis nicht hingerichtet würden.

Popieluszko: Der ermordete polnische Priester ist offenbar erwürgt worden. Diese Todesursache wird in dem offiziellen Autopsiebericht genannt, der am Freitag veröffentlicht wird.

ZITAT DES TAGES



›› Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz sind für uns Zielsetzungen gleichwertiger Qualität ‹‹

Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, auf dem Kongreß der Gewerkschaft in Dortmund. Schmidt warnte vor einem Ausstieg aus der Industriegesellschaft; nur sie könne den Umweltschutz in großem Maßstab finanzieren (S. 6) FOTO JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Beitragserhöhung: Die Barmer Ersatzkasse erhöht ihren Beitragssatz zum 1. Januar 1985 von 11,6 auf 12,2 Prozent, die DAK von 11,6 auf 12,3 Prozent.

Erdgas: Forderungen nach Einführung einer Erdgassteuer, wie sie unlängst von Veba-Chef von Bennigsen-Foerder erhoben wurden, werden vom Ruhrgas-Vorstandsvorsitzenden Liesen entschieden abgelehnt. (S. 13)

Bayer: Der Konzern erwartet von 1984 sein bislang bestes Geschäftsergebnis. Der Umsatz der AG dürfte auf mehr als 16 Milliarden DM (plus zehn Prozent) und des Konzerns auf 42 Milliarden DM (plus 13 Prozent). (S. 15)

Leistungsbilanz: Nach einem Minus von 0,2 Milliarden DM im September ergab der Oktober einen Überschuß von 6,5 Mrd. (S. 13)

Börse: Nachdem die Aktienkurse am Montag angezogen hatten, bestand gestern geringes Anlageinteresse. Am Rentenmarkt kam es zu einer Konsolidierungspause. WELT-Aktienindex 158,3 (159); BHF-Index 102,574 (102,480); Performance-Index 111,566 (111,432). Dollarmittelkurs 3,0535 (3,0547) Mark; Goldpreis je Feinunze 332,90 (336,90) Dollar.

WELT-Report Kapitalanlagen

Null-Kupon-Anleihen und neue Varianten der Devisenspekulation – die Palette der kapitalbildenden Möglichkeiten erweitert sich ständig, zumal herkömmliche Anlagen wie Aktien eine Renaissance erleben. Und neue Entwicklungen ergeben sich am Markt für steuerbegünstigte Geldanlagen. Tips gibt dazu der 32 Seiten umfassende farbige WELT-Report.

KULTUR

Kahnweiler: Dem berühmten Galeristen und Kunstförderer Daniel-Henry Kahnweiler ist eine neue Ausstellung im Centre Pompidou in Paris gewidmet. Sie zeigt eine beachtliche Fülle erstrangiger Werke des Kubismus und der figurativen Kunst. (S. 19)

Schubertiade: Nach Schwierigkeiten im Anfangsjahr war die zweite Wiener Schubertiade ein voller Erfolg. Aufgeführt wurden Konzerte, die Schubert als 17- und 18jähriger schuf. Künftig sollen auch seine Bühnenwerke aufgeführt werden. (S. 19)

SPORT

Tennis: Nach Myriam Schropp und Steffi Graf erreichten in Melbourne bei den Offenen Tennismeisterschaften von Australien mit Sylvia Hanika, Bettina Bunge und Claudia Kohde drei weitere Deutsche die zweite Runde.

Ski: Die Münchenerin Marina Kiehl belegte beim ersten Riesenslalom der Weltmeisterschafts-Saison im französischen Puy St. Vicent den zweiten Platz hinter der Spanierin Blanca Ferndandez-Ochoa.

AUS ALLER WELT

Neue Wege: Fast völlig im Verborgenen beschäftigt sich der Luft- und Raumfahrtkonzern MBB mit Techniken, die noch kürzlich als Tummelfeld weltfremder Spinner galten: Der Entwicklung neuer Energiespender. (S. 20)

Rheinfall: Der mittlere Felsen des berühmten Rheinfalls bei Schaffhausen droht unterspült und von den Wassermassen weggespült zu werden. Jetzt soll der Felsen künstlich stabilisiert werden. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, im Norden zeitweise Regen. 9 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Offensiv wehrt der Kanzler die Attacken Vogels ab

Etat-Debatte im Bundestag / SPD: Genscher hätte zurücktreten müssen

BERNT CONRAD, Bonn

Mit einer innen- und außenpolitischen Erfolgsbilanz hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern im Bundestag einen Generalangriff der Opposition gegen die Politik der Bundesregierung zurückgewiesen. Unter anhaltendem Beifall von CDU/CSU und FDP betonte er, die Koalition der Mitte sei eine „ungewöhnlich erfolgreiche Regierung für die Bundesrepublik Deutschland geworden".

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hatte die zweite Lesung des Kanzleramts-Etats zum Auftakt der viertägigen Haushaltsdebatte benutzt, um Kohl vorzuwerfen, er habe in allen Bereichen einen „Kurs unerschütterlicher Untätigkeit und der Anhäufung von immer neuen Pannen" verfolgt. Der Kanzler reagierte darauf am Nachmittag mit einer offensiven, optimistisch gestimmten Rede. Dabei rühmte er den „gewaltigen Schritt nach vorn zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage". Dies wäre mit der von der SPD vertretenen Grundhaltung der Resignation nicht möglich gewesen. Auch beim Umweltschutz seien trotz der vorgefundenen „Erblast" erhebliche Fortschritte erzielt worden. Dem bedrückenden Problem der Arbeitslosigkeit werde man weiter zu Leibe rücken.

Die bevorstehende Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zwischen Moskau und Washington bezeichnete Kohl als Beweis für die Richtigkeit seiner Voraussagen. Die von der SPD prophezeite „neue Eiszeit" sei auch im innerdeutschen Verhältnis nicht eingetreten. Seine jüngsten Gespräche mit den wichtigsten europäischen Partnern hätten ergeben, „daß wir alle entschlossen sind, jetzt die Chance für einen neuen, kraftvollen Anlauf im West-Ost-Dialog zu unterstützen". Dies werde er bei seinen bevorstehenden Gesprächen mit Präsident Ronald Reagan zum Ausdruck bringen. „Voraussetzung für das alles ist das vertrauensvolle, freundschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten", versicherte der Kanzler.

Nachdrücklich bekräftigte Kohl das Ziel einer Versöhnung mit Polen und die Absicht, die mit der „DDR" abgeschlossenen Verträge auszufüllen und zu nutzen. „Aber wir denken nicht daran, unsere Prinzipien und Rechtspositionen aufzugeben."

Demgegenüber hatte Oppositionsführer Vogel dem Regierungschef vorgeworfen, „viel versprochen und wenig gehalten" zu haben. Viele fragten sich, „ob wir nicht schon auf dem Wege zu einer anderen Republik, zu einer Republik der Wende sind", in der die Interessen der Reichen immer mächtiger und die Interessen der Armen immer bedeutungsloser würden. Kohl rief er zu: „Es ist selbstzufriedener Provinzialismus, der in alle Ritzen Ihrer Politik einfließt."

Unionsabgeordnete protestierten lebhaft. Die Stimmung blieb erregt, als der SPD-Politiker davon sprach, daß das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland gesunken sei. Dazu habe die Uneinigkeit der Koalition in wichtigen Fragen, wie der abgesagten Polen-Reise von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Seerechtskonvention und der Deutschlandpolitik, beigetragen. Negativ habe sich auch ausgewirkt, daß der Bundeskanzler „zur Wahrnehmung deutscher Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten nicht genügend Rückgrat zeigt". Vogel bekannte sich in diesem Zusammenhang zwar zur Partnerschaft mit den USA, fügte aber hinzu: „Wir wollen Verbündete der Vereinigten Staaten sein und nicht Vasallen."

Außenminister Genscher hätte nach Ansicht des Oppositionsführers zurücktreten müssen, weil er in der

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Tag des Kanzlers

MANFRED SCHELL

Die Union kann sich nur selber umbringen." Der CDU-Politiker Hasselmann hat diesen Satz aus Sorge um das derzeitige Erscheinungsbild der Koalition formuliert. Man kann ihn allerdings auch optimistisch deuten: So, wie Millionen Fernsehzuschauer am Dienstag den Kanzler Helmut Kohl erlebten, kämpferisch, rhetorisch in Glanzform, in der Sache bestens präpariert; so, wie die Sozialdemokraten fühlten, daß sie ihm nicht gefährlich werden konnten – oder jedenfalls der Zuschauer fühlte, daß sie es fühlten.

Hans-Jochen Vogel tat sein Bestes, aber was konnte er tun? Es lag nicht so sehr an ihm als an den politischen Fakten, die seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren geschaffen worden sind. So fand Vogel nur den Aus- oder Holzweg, die wirtschaftspolitischen Erfolge der Regierung als Umverteilung zugunsten der „Reichen" zu geißeln.

Kohl stellte dieser „Verelendungspropaganda", wie er die Vogel-Kritik nannte, die „Summe" seiner Regierungspolitik gegenüber: Ansteigendes Wirtschaftswachstum einschließlich der Prognose für einen längeranhaltenden Aufschwung, ein gutes Stück Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine extrem niedrige Inflationsrate. Selbst die Aussicht auf eine leichte Reduzierung der Arbeitslosenzahlen sei im kommenden Jahr gegeben. „Mancher berühmte Ökonom" hätte mit diesem Ergebnis „angegeben", sagte der Kanzler beziehungsvoll, und Helmut Schmidt auf seiner Abgeordnetenbank sagte beziehungsvoll nichts dazu. Der Kanzler stellte in den Plenarsaal hinein die Frage, wie denn die Lage vor zwei Jahren gewesen sei. Er gab sich selbst die Antwort: wirtschaftliche Talfahrt, eine Inflationsrate von fünf Prozent, eine eskalierende Neuverschuldung in Milliardenhöhe.

Punkt für Punkt wurde abgehandelt. Der Vorwurf Vogels, unter Kohl habe das außenpolitische Gewicht Bonns abgenommen, beflügelte den Kanzler, anhand weniger Beispiele den Schlingerkurs der SPD darzustellen. Wer hat nach dem NATO-Doppelbeschluß, so fragte Kohl, eine „neue Eiszeit" prophezeit? Vogel blickte vor sich nieder. Jetzt setzten sich die Außenminister der USA und der Sowjetunion an einen Tisch, sagte Kohl. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich unter seiner Kanzlerschaft als „verläßlicher Partner auch in schwierigen Zeiten" erwiesen, während andere „Angst durchs Land getrieben haben, um politische Geschäfte zu machen".

Wer, fragte Kohl, hat die offene deutsche Frage in Zweifel gezogen? „Die deutsche Frage ist und bleibt offen." Brandt und Apel können es sich ins Stammbuch schreiben. Gestern war der Tag des Kanzlers.

Thatcher: Was sind Kreml-Zusagen wert?

London auf Distanz zu Moskaus Wunsch nach „Separatverhandlungen" über Raketen

DW. London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher zeigt sich unbeeindruckt von Offerten Moskaus in der Abrüstungspolitik, wie sie in den Gesprächen zwischen dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko und Labour-Chef Kinnock zum Ausdruck gekommen sind. Tschernenko hatte angeboten, daß Moskau separate Verhandlungen mit London erwägen würde, wenn Großbritannien seine eigenen und alle ausländischen Atomwaffen auf seinem Territorium abschafft. Damit unterstützte der Chef der KPdSU die Forderung der Labour-Partei nach einseitiger Abrüstung. Tschernenko äußerte weiter die Bereitschaft, im Falle der vollständigen atomaren Abrüstung Großbritanniens die Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion entsprechend zu verringern.

In einem Fernsehinterview sagte Frau Thatcher: „Wenn es jemals zum Krieg kommen sollte, dann könnte man sich niemals auf derartige Zusicherungen verlassen." Das entscheidende an dem nuklearen Gleichstand sei, daß damit alle Kriege verhindert worden seien. Die Regierungschefin ging auch ablehnend auf die Versuche Moskaus ein, „Separatverhandlungen" mit London anzustreben. Großbritannien, so ihre Replik, stehe ständig in Konsultationen mit den USA und deren Verbündeten, doch letztlich müßten „die hauptsächlichen und ersten Verhandlungen" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stattfinden.

Britische Presseberichte vermittelten gestern den Eindruck, als ob die Sowjetunion alle Vorbedingungen für die Wiederaufnahme von Gesprächen über Abrüstungsfragen fallen ließe. Tschernenko habe in seinem Gespräch mit dem britischen Oppositionsführer Neil Kinnock in Moskau die Auffassung vertreten, daß als Voraussetzung für einen „Neuanfang" in den Beziehungen zwischen Ost und West und in den Bemühungen um eine Verringerung der Rüstung ein „Umdenken" erforderlich sei, berichtete die Londoner „Times". Tschernenko habe aber zugleich versichert, daß die UdSSR ansonsten keine Bedingungen stelle, zitierte das Blatt Kinnock weiter.

Die sowjetische Seite hatte bislang darauf beharrt, daß Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Gesprächen mit den Vereinigten Staaten der Abbau der seit November 1983 in Westeuropa aufgestellten amerikanischen Mittelstreckenwaffen sei. Der Umstand, daß Moskau und Washington inzwischen für Januar eine Begegnung ihrer Außenminister vereinbart haben, legt zwar die Vermutung nahe, daß die UdSSR an dieser Bedingung nicht mehr festhält, doch war dies bisher nicht ausdrücklich bestätigt worden. Wie die „Times" berichtete, erwähnte Tschernenko die Pershing 2 und Marschflugkörper im Verlauf der fast zweistündigen Unterredung kein einziges Mal.

Wie die „Times" ferner meldete, fragte Kinnock Tschernenko, ob es für die Genfer Begegnung zwischen den Ministern Shultz und Gromyko eine festgelegte oder eine offene Tagesordnung gebe. Tschernenko habe darauf erwidert, die Reihe der Themen sei sehr umfangreich, doch sollten baldmöglichst spezifische Ziele künftiger Abrüstungsgespräche abgesteckt werden.

Brief des Kreml spaltet Koalition in Brüssel

DW. Brüssel

Ein vom sowjetischen Botschafter am vergangenen Freitag in Brüssel überreichter Brief der Kreml-Führung, in dem noch einmal die Bereitschaft Moskaus zu neuen Rüstungskontrollverhandlungen herausgestellt worden war, hat in Belgien seine offensichtlich gewünschte Wirkung erzielt. Eine Woche vor der NATO-Herbsttagung ist zwischen den Koalitionspartnern in der belgischen Regierung ein Streit über den Zeitpunkt des Beginns der Stationierung der 48 Cruise Missiles (Marschflugkörper) auf belgischem Territorium ausgebrochen, die nach den bisherigen NATO-Plänen im März kommenden Jahres beginnen soll.

Der liberale Justizminister und Vize-Premier Jean Gol aus Wallonien vertritt die Auffassung, es gebe keinen Grund für einen Aufschub dieses Termins. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen verändere nicht die konkreten Fakten des Problemes. Die flämische christliche Volkspartei von Regierungschef Wilfried Martens ist dagegen der Meinung, daß die belgische Regierung den Verhandlungen eine Chance geben müsse. Solange es ernsthafte Möglichkeiten für günstige Ergebnisse gebe, sollte die belgische Regierung keine endgültige Entscheidung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen treffen.

In Belgien sind bereits 400 amerikanische Soldaten stationiert. Sie sollen bis Ende des Jahres um weitere 400 verstärkt werden. Die Stationierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Belgien soll bis Ende 1987 abgeschlossen sein.

Steuerstreit: Bayerische Kritik an der CDU

DW. München/Bonn

Bayern hat kategorisch alle in Bonn diskutierten Ersatzlösungen für die verfassungswidrige Zwangsanleihe abgelehnt. Staatskanzlei-Chef Stoiber bedauerte gestern im Anschluß an eine Kabinettssitzung vor der Presse, „daß führende Vertreter der CDU öffentlich eine Ergänzungsabgabe gefordert haben, ohne daß das unionsintern abgestimmt wurde". Er halte einen Ausgleich für die Investitionshilfeabgabe für unnötig.

Das bayerische Kabinett wandte sich in einem Beschluß sowohl gegen eine Ergänzungsabgabe als auch gegen die von Teilen der FDP gewünschte „Geldvermögensbesitzabgabe" und alle Überlegungen, die geplanten Steuersenkungen für Besserverdienende zu reduzieren. Stoiber: „Wir halten nichts von dem Popanz des Besserverdienenden." Wenn von sozialer Symmetrie geredet werde, so müsse es in erster Linie um die Bewältigung der Arbeitslosigkeit gehen.

Der Wunsch der CDU nach einem Sonderopfer für Besserverdienende hat auch Spitzenverbände der Wirtschaft mit scharfen Protesten auf den Plan gerufen. Nach einem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) erklärten Präsidium und Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, wer Steuerpolitik mit Sozialpolitik vermische und soziale Gerechtigkeit nicht durch Besserstellung Bedürftiger sondern durch Bestrafung Leistungswilliger zu verwirklichen suche, verfehle das „allem übergeordnete" Wachstums- und Beschäftigungsziel.

Seite 3: Der gierige Fiskus

Rückzug aus der „Friedensbewegung"

Christliche Gruppen wollen sich von Grabenkämpfen lösen / Einfluß der Kommunisten bleibt

W. K./DW. Bonn

Acht christliche Gruppierungen haben die Mitarbeit im Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung" aufgekündigt. Nach neunstündiger Diskussion wurde in Bonn ein Antrag dieser Gruppen abgelehnt, den Ausschuß künftig lediglich als „Beratungsgremium für friedenspolitische Fragen" tätig werden zu lassen. Daraufhin erklärte Andreas Zumach von der „Aktion Sühnezeichen" den Austritt seiner Organisation. Andere christliche Gruppen, darunter die Evangelische Studentengemeinde, das Komitee für Grundrechte und Demokratie sowie die „Initiative Kirche von unten", wollen zunächst als Beobachter an den Sitzungen teilnehmen.

Erwartungsgemäß setzte sich eine Mehrheit der 30 im Koordinationsausschuß vertretenen Organisationen und Linksparteien gegen eine Selbstliquidierung zur Wehr; mehrere Redner, darunter Sprecher aus dem DKP-nahen Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit (Kofaz), äußerten besorgt, der „Friedensbewegung" solle das Sprachrohr genommen werden.

Der Koordinationsausschuß organisiert seit 1981 Demonstrationen und Aktionen der „Friedensbewegung", wobei die DKP und ihre Tarnorganisationen jeweils einen Großteil der technischen Vorbereitungen übernahmen. Mit dem Abflauen der Demonstrationen, die – nach Meinung von Kritikern des Ausschusses – in diesem Herbst einen „absoluten Tiefpunkt" erreichten, sah auch die DKP ihre Rolle schwinden.

In dem Entschluß des führenden Vertreters der „Aktion Sühnezeichen", Andreas Zumach, den Koordinationsausschuß zu verlassen, wird denn auch weniger die Absicht einer Trennung von den Kommunisten gesehen, sondern vielmehr das Ziel, sich aus den Grabenkämpfen aller im Ausschuß vertretenen Parteien zu lösen, was den Zumach-Anhängern den Vorhalt eintrug, sie wollten mit ihnen zufließenden Kirchensteuern zu neuen Ufern. Bereits vor dem „Scheidungstermin" hatte Zumach erkennen lassen, daß er eine Schlüsselrolle zu spielen gedenkt. In Interviews verbreitete er das Motto „Zurück zu den Wurzeln".

Die „Friedensbewegung" sei nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes von Beginn an durch orthodoxe Kommunisten erheblich beeinflußt worden, sagte Verfassungsschutzpräsident Heribert Hellenbroich gestern in einem Interview der Deutschen Welle. Selbstverständlich sei nicht jeder, der an Demonstrationen teilgenommen habe, ein Kommunist. Die Kommunisten hätten aber eine Möglichkeit gesehen, „Einfluß zu nehmen und Wählerverhalten zu steuern: das, was sie sonst nicht können".

Schmidt und die globale Politik

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Helmut Schmidt vor der Bundespressekonferenz, lang ist es her, daß ihn die Bonner Journalisten auf diesem Forum zu Gesicht bekamen. Gestern erschien der frühere Bundeskanzler dort, fand selbst, „daß es über zwei Jahre her ist" und fügte hinzu: „Aber auch in Zukunft wird es ziemlich selten bleiben."

Der Anlaß für seinen Auftritt war die Präsentation einer Studie des amerikanischen Aspen-Instituts, in der sich eine Reihe früherer Regierungsmitglieder und führender Wissenschaftler aus westlichen Staaten Gedanken über die künftige Entwicklung der West-Ost-Beziehungen gemacht haben. Während Schmidt diese Studie zusammen mit dem ehemaligen Staatssekretär von Staden in Bonn vorstellte, geschah dies gleichzeitig in London und New York. Wie er es auch als Regierungschef immer mochte, teilzunehmen an der Gestaltung globaler Politik – ein Hauch davon wehte auch gestern durch den Raum. Schmidt war aufgeräumt und offensichtlich erholt.

Was die internationale Aspen-Gruppe in der Studie empfiehlt, zeichnet sich in der internationalen Politik bereits ab. Der Dialog zwischen den beiden Supermächten scheint wieder in Gang zu kommen. Und Schmidt läßt auch keinen Zweifel daran, daß er mit allen, die an dem Projekt mitarbeiteten, sicher war, Reagan würde wiedergewählt werden und dann „als Friedensmacher in die Geschichte eingehen wollen". Die Voraussetzungen dafür sieht die Gruppe nüchtern: Die Sowjetunion werde ein mächtiger Staat bleiben und sei weiterhin das Zentrum einer ideologischen Idee. Deshalb sei auch nicht zu erwarten, daß sich „beide Systeme" aufeinanderzubewegen. Doch trotz aller „Weltuntergangs-Rhetorik" wird es nach Schmidts Worten nicht zum „tödlichen Duell" kommen.

„Ohne Verteidigungsbereitschaft des Westens kommt die Entspannung der Kapitulation auf Raten gleich", meinte der frühere Bundeskanzler.

Schmidt meinte, beide Weltmächte sollten sich bei der Forschung zur Abwehr ballistischer Raketen Beschränkung auferlegen. Der ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehr dürfe nicht verletzt werden. Gefragt nach den besonderen europäischen Interessen zur Abwehr solcher Waffensysteme, erklärte Schmidt, er „als Laie" glaube nicht, daß die technische Entwicklung es erlauben werde, einen absolut zuverlässigen Schirm gegen Raketen kürzerer strategischer Reichweite wie die SS 20 auf unserem Kontinent zu entwickeln.

China bietet veraltete Waffen zu Billigpreisen an

Rüstungsindustrie wird zum Devisenbringer für Peking

DW. Peking

Die Volksrepublik China hat die Rüstungsindustrie als Devisenbringer entdeckt. Seit kurzem bietet sie auf dem Weltmarkt ein breites Sortiment an: Von Panzern über Raketen bis zu Funkgeräten und Handfeuerwaffen. „Sie bieten das Gerät billig an. Es ist robust und könnte für Länder attraktiv sein, die sich die modernen, aber sehr viel teureren westlichen Waffen nicht leisten können", kommentierte ein westlicher Militârattaché. Zielmarkt ist die Dritte Welt. Offenbar wollen sie mit den Waffenexporten das Geld verdienen, das sie für die Modernisierung der eigenen Streitkräfte brauchen.

In den einschlägigen Publikationen sind die ersten chinesischen Anzeigen aufgetaucht. Da wird „gute Ware fürs Geld" versprochen. Mit den Anzeigen setzt sich fort, was die Volksrepublik im Mai erstmals wagte: In Canberra beteiligte sie sich probehalber mit sogenannter nichttödlicher Ausrüstung wie Funkgeräten an einer Exportmesse. Im Oktober dann beschickte sie eine Waffenmesse in Athen mit ihrem vollen Programm. Gezeigt wurden Modelle, Fotos und Videofilme der Produktion aller fünf staatlichen Waffenschmieden. Dazu gehörten Haubitzen auf Selbstfahrlafetten, Raketen, Mehrfachraketenwerfer (Stalin-Orgeln), Panzer, Schnellboote, Flugabwehrkanonen und Handfeuerwaffen. Die Chinesen, die 1979 einen Grenzkrieg mit Vietnam austrugen, loben ihr Gerät als kampferprobt.

Die Volksrepublik beliefert bereits Pakistan, Ägypten, Nordkorea sowie einige Staaten in Nahost und Afrika mit Rüstungsgütern. Daß es aber auch das kriegführende Iran und Irak versorgt habe, wie es in Presseberichten heißt, dementiert die Regierung in Peking.

Im chinesischen Angebot sind hauptsächlich Weiterentwicklungen alter sowjetischer Systeme. Der Kampfpanzer 69-II zum Beispiel ist eine verbesserte Version des sowjetischen T-54, eines technisch schon seit zwei Jahrzehnten überholten Modells, das aber weiterhin im Warschauer Pakt im Dienst ist.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Übrigens: Kein Unheil

Von Peter Gillies

Katastrophenmeldungen verbreiten sich in Windeseile, gute Nachrichten im Schneckentempo. Daß Tee giftige Substanzen enthalten soll, gehört zur ersten Kategorie, der nahezu sensationelle Stabilitätserfolg der Bundesregierung trotz seiner sozialbefriedenden Wirkung zur zweiten Sorte. Offenbar bildet die Neigung zu allgemeinem Verdruß einen unkritischen Filter für manche Nachrichten.

Daß die „Lehrstellen-Katastrophe" keine ist, hat sich noch nicht herumgesprochen. Schlagzeilen machte das Thema nur in jenen Phasen, als hunderttausende junger Leute auf der Suche waren. Mit jedem neu abgeschlossenen Lehrvertrag schmolz auch das sogenannte öffentliche Interesse. Derzeit besteht die begründete Hoffnung, daß am Jahresende nicht nur ein neuer Lehrstellenrekord von etwa 730 000 Verträgen aufgestellt wird, sondern daß 97 Prozent aller Jungen und Mädchen versorgt sein dürften.

Gleichzeitig dürften wiederum tausende von Lehrstellen unbesetzt bleiben. Dafür gibt es regionale Gründe, fixierte und daher noch unerfüllbare Berufswünsche, unterdurchschnittliche Schulausbildung und andere individuelle Ursachen.

Eine höhere Versorgungsquote als 97 Prozent ist eigentlich noch nie erreicht worden, nicht einmal in schäumenden Konjunkturjahren. Sie schwankte (jeweils per Ende September) im Mittel zwischen 94 und 97 Prozent, nur 1982 hatte es mit 85 Prozent einen Ausreißer nach unten gegeben. Auch in den deutlich besseren Wachstumsjahren 1978/79 wurden die Lehrstellenbewerber „nur" zu 96 und 97 Prozent versorgt. Angaben über den unversorgten Rest gibt es nicht. Es wird vermutet, daß diese Jugendlichen noch ein Jahr im Bildungssystem „parken", um ihre Chancen für das nächste Mal zu verbessern.

Die hohe Versorgungsquote ist auch deswegen beachtlich, weil sie bei zäher Arbeitslosigkeit, nur langsam in Schwung kommender Konjunktur und geburtenstarken Jahrgängen erreicht wird. Die großen und kleinen Unternehmen, die nicht selten weit über den eigenen Bedarf ausbilden, die zahlreichen privaten und öffentlichen Initiativen haben ihre Aufgabe glänzend gemeistert. Sie sichern ein Stück Zukunft. Aber, wie gesagt, über positive Sensationen wird hier nicht geredet.

Mullahs im Abseits

Von Jürgen Liminski

Für Bagdad ist die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Washington ein großer Erfolg. Irak kann jetzt Zivilflugzeuge und technische Ausrüstung erwerben, die als nichtstrategische Güter gelten – und diese mit ein paar Handgriffen seinen aktuellen Bedürfnissen anpassen. Washington kann hoffen, ein arabisches Land mit vielen Leinen an die westlichen Interessen angebunden zu haben. Die Interessen sind eindeutig. Über die Konsistenz der Leinen gibt es bislang mehr Vermutungen als feste Werte.

Immerhin, mit diesem Schritt hat Washington trotz der Neutralitätsbeteuerungen zum Thema Golfkrieg den bedrängten Irakern einen in seinen Auswirkungen zwar noch nicht genau absehbaren, auf jeden Fall aber großen Dienst erwiesen. Die Mullahs in Teheran sehen sich als Solotänzer auf dem Parkett der Weltdiplomatie.

Sie sind, seit sich die irakisch-amerikanische Annäherung abzeichnete, entsprechend eifrig bemüht, ihre Auslandskontakte über die Terroristenstaaten Syrien und Libyen hinaus auszudehnen. In Pakistan scheinen die Mühen etwas Erfolg zu haben. Auch in China und Nordkorea fassen die Mullahs offenbar Fuß. Das ist beachtlich, handelt es sich doch um gottlose Staaten im Sinne des Ayatollah. Man sieht, Not macht auch die Erben des Propheten erfinderisch. Es ist damit zu rechnen, daß die Sowjets versuchen werden, diese Notsituation in ihrem Sinne auszunutzen. Schließlich kann der greise Khomeini nicht ewig leben.

Washington hat gegenüber Teheran einen Türspalt offen gelassen. Man verspricht bessere Beziehungen, wenn Iran dem Terrorismus abschwört und den Golfkrieg auf dem Verhandlungswege zu beenden bereit ist. Aber eher geben die Mullahs das persische Volk preis als ihren Fanatismus.

Fazit: Die Isolierung der Mullarchie geht Hand in Hand mit der Unterstützung des Westens für Bagdad. Washington hat das erste nahöstliche Zeichen nach der Wiederwahl Reagans gesetzt.

Zweierlei Justiz

Von Enno v. Loewenstern

Ein Sprecher des Bundesfinanzhofes hat darauf hingewiesen, daß ein „echter Wiederaufnahmegrund" entstehen könnte, wenn jemand wegen Steuerhinterziehung bei Parteispenden verurteilt wird und erst danach die Finanzgerichte entscheiden – etwa, daß gar keine Hinterziehung vorliegt. Prompt ertönen Klagerufe, da sei wohl „Kompetenzneid" im Spiel oder gar „mehr", da solle wohl „viel Zeit für die Beschuldigten" gewonnen werden.

Da geht es nicht um Kompetenzneid oder Verschleppung, sondern um Rechtsfragen. Die Untersuchung der Parteispenden ist von den Finanzbehörden ziemlich flink den Staatsanwälten abgetreten worden. War das, umgekehrt, Kompetenzangst? Oder fühlte man sich unter politischem Druck?

Steuerfragen sind so verwickelt, daß in aller Regel – auch wenn es nach dem Gesetz nicht so sein muß – zuerst Finanzbehörde und, notfalls, Finanzjustiz klären, ob „sie" (der Fiskus) sich geschädigt fühlen. Das müßte vor allem bei den Parteispenden so gemacht werden. Denn die Finanzbehörden von Flensburg bis Bad Reichenhall haben einhellig viele Jahre lang eine Praxis geduldet, von der jetzt ein Kölner Gericht dröhnend verkündete, daß sie nicht nur rechtswidrig gewesen sei, sondern daß auch jeder Unternehmer es habe wissen müssen.

War sie wirklich rechtswidrig? Dann hätten es doch vor allem die Finanzbeamten wissen müssen. Nur durch sie kam die Steuerbefreiung zustande. Es fällt auf, daß da nichts von Ermittlungen bekannt wird. Es fällt deshalb doppelt auf, daß die „zuerst" zuständige und jedenfalls sachverständige Finanzjustiz kaltgestellt wurde, sodaß holterdipolter ein doch wohl präjudizierendes Urteil unter Beteiligung eines auffallend engagierten Nicht-Finanzrichters zustande kam.

Der Spender Madaus wurde verurteilt, ohne daß die Finanzbehörde bisher von ihm die Nachzahlung des Betrages verlangt hätten, den er doch so schurkisch hinterzogen haben soll, daß das Gericht ihn dreimal höher bestrafte als vom Staatsanwalt verlangt. Die Geschichte wird immer merkwürdiger. Schade, daß die Parole von der „gekauften Republik" und „Ihr wollt wohl die Reichen schützen?" jede Frage nach der Rechtslage ohne Ansehung des Portemonnaies niederbrüllt.



Furcht Des Pfeifenden KLAUS BÖHLE

Real existierende Karrieren

Von Joachim Neander

Hin und wieder weht einem auch in einem freien Land so etwas wie der staubige Hauch des real existierenden Sozialismus entgegen. Oder wie anders sollte man den Wust der personellen Verflechtungen zwischen Politik und Staats- bzw. Gemeinwirtschaft in der Bundesrepublik einordnen?

In der Bundestagsdrucksache 10/1887 hat die Bundesregierung in Beantwortung einer kleinen Anfrage einmal aufgezählt, wieviele leitende Bedienstete des Bundes seit 1970 – also überwiegend sozialliberaler Zeitrechnung – mehr oder weniger geräuschlos in die Geschäftsleitung bundeseigener oder vom Bund kontrollierter Unternehmen avanciert sind. Die Zahl hat, zugedeckt von Flick und anderen Angelegenheiten, leider kaum Beachtung gefunden: Es sind 132, darunter elf Staatssekretäre.

Nicht enthalten ist in dieser Liste das Heer ehemaliger Minister und Abgeordneter, die in Bundesländern und Gemeinden auf guten Posten in Landesbanken, Sparkassen, Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorgungsfirmen oder Kommunal- und Zweckverbänden residieren. Staatsapparat, Parteihierarchie und Staatswirtschaft als ein riesiges Austausch- und Manövrierfeld für Karrieren – gäbe es ein typischeres Symptom für sozialistische Wirklichkeit?

Natürlich muß differenziert werden. Im Heer der Beförderten gibt es hervorragende Leute, genau richtig an ihrem neuen Platz. Sie bringen oft neue Ideen, Erfahrung, wichtige Kontakte und Autorität mit. Nicht selten sind es die staatlichen oder kommunalen Unternehmen selber, die sich so einen Mann wünschen, der ihnen bisher verschlossene Türen öffnen soll. Was beunruhigt, sind die – gar nicht wenigen – Gegenbeispiele, vor allem aber die fast wie geschmiert wirkende Selbstverständlichkeit des Verfahrens. Dies gilt vor allem für die Politiker.

Das anheimelnde Musterbild des Parlamentariers, der als gestandener und im Beruf bewährter Mann eine Zeitlang als Politiker seinem Lande dient, um dann bescheiden in seinen Normalberuf zurückzukehren, ist natürlich abgeblättert. Zwar soll es in der Provinz noch bis vor kurzem Landtagsabgeordnete gegeben haben, die ihrer Ehefrau vier Jahre lang verheimlichen konnten, daß es da so etwas wie Diäten und Sitzungsgelder gibt.

Aber im ganzen hat der Wähler es akzeptiert, daß Politik von einer gewissen Größenordnung ab ein Beruf ist, Station einer Lebenskarriere, die auch in andere Leitungsfunktionen münden darf, sofern die Qualifikation vorhanden ist.

In wachsender Zahl jedoch werden dem Bürger Fälle bekannt, in denen nicht nur verdiente, vielleicht verschlissene, von der eigenen Partei abgeschobene, aber immerhin in fortgeschrittenem Alter stehende Politiker auf diese erweiterte Karriereschiene gesetzt werden, sondern relativ junge Leute, die außer Partei und Parlament keine einzige Stunde Berufserfahrung vorweisen können.

Das, was man Ochsentour nennt, hat sich in den Parteien gewandelt. Studium, währenddessen Führungsfunktion in der Parteijugend, sofort nach dem Examen Fraktionsangestellter, Abgeordneter, parlamentarischer Geschäftsführer, vielleicht im Handumdrehen Minister eines Landes, so verläuft heute bereits manche Karriere.

Daß so ein Mann eines Tages gar Kanzler wird, mag in der Vorstellung des Wählers noch hingehen. Aber gerade solche Karrieren haben manchmal ein erstaunlich frühes Ende: Verlust der Mehrheit (im Land oder in der Partei) oder eigener Überdruß an der Routine. Dann steht so einer da, vielleicht erst Anfang oder Mitte vierzig, das Leben – so scheint es ihm – noch vor sich, die Politikerpension mit 55 in weiter Ferne.

Der Sprung in die Privatwirtschaft, in anderen Ländern naheliegend und akzeptiert, gilt hierzulande vor allem unter Sozialdemokraten nicht als honorig. Die Herren Lahnstein (Bertelsmann) oder Rohwedder (Hoesch) haben unter ihren Genossen, wie man hört, nur wenig zu lachen. Da hat die Beschränktheit der eigenen Parolen regelrechte Lähmungs- und Fesselungswirkung.



Sprung aus der Politik: Lahnstein FOTO: POPP/DPA

Aber die Vorstellung, daß deswegen nun ein Jungprominenter, der in seinem Leben außer Universität und Politik kein einziges Berufsfeld kennengelernt hat, für den Rest seiner aktiven Lebensphase durchaus Präsident oder Vorstandsmitglied einer staatseigenen Bank mit Milliardenumsatz werden müsse oder auch nur könne, hat etwas Absurdes.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Diese Feststellung ist nicht auf den aktuellen Fall des FDP-Politikers Jürgen Morlok gemünzt, der zwar seine politische Karriere mit knapp vierzig Jahren beendet, aber davor immerhin als Direktionsassistent normale Berufsluft geschnuppert hat und in Zukunft als Geschäftsführer einer landeseigenen Entwicklungsgesellschaft dem Feld praktischer Landespolitik verhältnismäßig nahe bleiben wird – viel näher als etwa die vielen Staatsbankiers und Sparkassenvorstände. Aber ein wenig von der allgemein nivellierenden Tendenz zur Austauschbarkeit zwischen Politik und Staatsunternehmen ist auch in diesem Fall spürbar.

Die finanzielle Absicherung der Berufspolitiker in der Bundesrepublik ist heute, von Randproblemen vielleicht abgesehen, umfassend und gut. Übergangszahlungen und hohe Pensionen sorgen dafür, daß niemand darben oder auch nur sich sorgen müßte. Nicht zuletzt die Grünen haben dies bei ihren Rotationsübungen sehr rasch kapiert. Sie werden es eiskalt nutzen, und sei es zur Auffüllung der Parteikasse. Einer Zusatzversicherung durch staatseigene Pöstchen bedarf es nicht mehr.

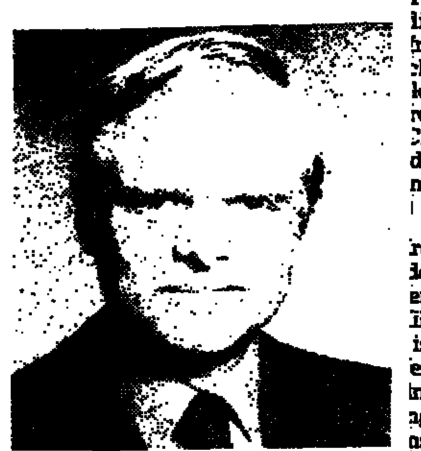
Vielleicht ist dies auch ein weiterer guter Grund, mehr als bisher für eine Privatisierung staatlicher oder kommunaler Aufgabenbereiche zu tun. Wo keine Posten mehr zu verteilen sind, wird auch der Hunger nach ihnen nicht mehr so schlimm sein.

IM GESPRÄCH Martin Herzog

Fliegender Manager

Von Werner Neitzel

Mit dem Grafen Zeppelin, als dessen unternehmerischer Nachfahre er durchaus angesehen werden könnte, hat er eines gemeinsam: Er geht gerne in die Luft. In der Person des Friedrichshafener Oberbürgermeisters Martin Herzog (47), eines passionierten Sportfliegers, hat der baden-württembergische Regierungschef Lothar Späth einen erfahrenen Kommunalpolitiker mit Managementqualitäten zum neuen Wirtschaftsminister berufen. Herzogs Amtsvorgänger Rudolf Eberle ist vor anderthalb Wochen einem Herzversagen erlegen.



Späths neuer Wirtschaftsminister: Herzog FOTO: AP

Herzog ist es gewohnt, mit großen Summen umzugehen. Denn in seiner Funktion als Stadtoberhaupt jener 53 000 Einwohner zählenden Bodenseestadt Friedrichshafen ist er auch Chef der Zeppelin-Stiftung, deren Kernstücke heute die Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF) und die Zeppelin-Metallwerke GmbH sind; hat er als Aufsichtsratsvorsitzender dieses Unternehmens den unternehmenspolitischen Steuerknüppel für Milliarden-Umsätze fest in Händen gehalten. Immerhin kommt die weltweit tätige ZF-Firmengruppe, die einer der führenden Getriebebauer ist, mit rund 21 000 Beschäftigten auf einen Umsatz von fast 2,9 Milliarden Mark. Die Zeppelin-Metallwerke setzen gut 700 Millionen Mark um. Für die Stadt am Bodensee ein überaus wertvoller Aktivposten, wie ihre vergleichsweise günstige Finanzsituation zeigt.

Der ruhig und selbstsicher auftretende Herzog kann für sich in Anspruch nehmen, daß er sich nicht nur auf das Kontrollieren der Stiftungsunternehmen beschränkte, sondern durchaus aktiv an schwierigen Umstrukturierungsmaßnahmen mitwirkte. So konnte es nicht ausbleiben, daß der Blick aus der Stuttgarter Regierungszentrale auf diesen Dynamiker fiel. Er ist genau jener Managertyp mit Entschlußfreudigkeit und Führungsqualitäten – durch Reisen im Dienste der Unternehmen und der Stadt auch mit internationalen Erfahrungen ausgestattet –, wie Regierungschef Späth, der in Wirtschafts- und Finanzfragen selbst auf Kompetenz pochen kann, ihn sich wünscht.

Der gebürtige Schramberger, von Hause aus Jurist, verheiratet, drei Kinder, hatte es nach einigen kommunalen „Lehrjahren" 1973 geschafft, Landrat des Bodensee-Kreises zu werden. 1977 bewarb er sich um den Oberbürgermeisterposten der Stadt Friedrichshafen und wurde prompt gewählt. Daß der Ministerpräsident ihn kürzlich wegen der in Aussicht genommenen Berufung zum Wirtschaftsminister angesprochen habe, empfindet Herzog, der sich gern solcher Herausforderung stellen will, als „ausgesprochene Ehre". Ihm, der Mitglied der CDU ist, aber kein Abgeordnetenmandat hat, wird allgemein zugetraut, daß er in das Ministerium frischen Wind bringt.

Herzog hat es gelernt, die Ärmel hochzukrempeln und mitanzupacken; er will sicherlich nicht als „Erfüllungsgehilfe" agieren. Seine Devise: Wir müssen uns gerade in Baden-Württemberg verstärkt auch um Nischengeschäfte mit hoher Technologie kümmern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Sie schreibt über die wachsende Umweltzerstörung in Mitteldeutschland:

Erdöl und Steinkohle werden seit Jahren, wo immer dies nötig ist, durch die heimische Braunkohle ersetzt. Der südliche Teil der DDR weist bereits heute die höchste großräumige Schwefeldioxidbelastung in ganz Europa auf. Die mit Braunkohle betriebenen Kraftwerke sind, wenn überhaupt, nur mit Staubfiltern ausgerüstet. Die wachsende Beunruhigung in der Bevölkerung über die rapide fortschreitende Umweltzerstörung versucht die SED durch gesellschaftliche Organisationen wie beispielsweise den „Kulturbund" und die „Gesellschaft für Natur und Umwelt" zu kanalisieren. Diese staatlich gelenkten Institutionen greifen örtliche Umweltprobleme auf und sorgen dafür, daß sie im Sinne der Staatsführung behandelt werden.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie fragt, was „Besserverdienen" bedeutet:

Es gehört schon eine gehörige Portion von Unverfrorenheit dazu, bei einem abgabepflichtigen Einkommen von rund 4000 DM von Wohlhabenden, Besserverdienenden oder Gutverdienenden zu sprechen. Das ist nicht nur eine schillernde Grenze, sie ist willkürlich. Immer mehr Bürger werden zu „Reichen" erklärt, ohne daß sie es wirklich sind. Wie absurd diese Geldschneiderei ist, beweist die Tatsache, daß zur Zwangsanleihe Steuerzahler herangezogen wurden, die auf der anderen Seite wieder staatliche Vergünstigungen erhielten.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert Politiker-Reisen nach Äthiopien:

Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sachverständige Politiker sich einen Eindruck des Geschehens in anderen Ländern verschaffen oder sich überzeugen wollen, ob die in Bonn getroffenen Entscheidungen vor Ort in sinnvolle Aktionen umgesetzt werden. Im Falle Äthiopien aber war diese Abgeordneten-Reise wohl überflüssig. Schließlich unterhält die Bundesregierung in Addis Abeba eine nicht gerade kleine Botschaft ... Dasselbe gilt auch für den in der kommenden Woche angesetzten Advents-Besuch von Entwicklungshilfe-Minister Warnke.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt meint zu Kohls US-Reise:

Kohls Reise zu Reagan würde fehlinterpretiert, wenn man sie als Mission des Drängens auffaßte. Wenn der Kanzler den Präsidenten zu Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle gedrängt hat, so ist dies bereits im vorigen Jahr erfolgt. Das Ergebnis – Reagan stellte nach seiner Wiederwahl einen neuen Anlauf in Aussicht – wird nun realisiert. Wobei man natürlich die Rolle Kohls auch nicht überschätzen darf: Die Weltmacht USA handelt vornehmlich im eigenen Interesse.

Unter den Planern lebt der Spuk vom Langen Jammer fort

Das war nicht nur funktional, das galt dem Neuen Menschen / Von Dankwart Guratzsch

Moderner Wohnungsbau hat kein Gedächtnis und kein Gewissen. Noch immer spukt in den Hirnen der Theoretiker das reine Urbild jener wohnreformerischen Ideen, mit denen die Taut und Wagner, die Gropius und May die Städte umkrempeln wollten. Dieses Urbild, die Siedlungen der zwanziger Jahre, heute in Grün eingehüllt und von den Fangarmen moderner Verkehrsstraßen umklammert, ist aber nicht nur Beispiel für „formschönes, funktionales und preiswertes Bauen", wie Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen im Geleitwort zu einer Ausstellung im Berliner Bauhaus-Archiv schreibt, sondern zugleich Anfang vom Elend des modernen Städtebaus, der in den öden Festungen der Trabantenstädte und in den totalitären Stadtphantasien eines Le Corbusier oder Hilberseimer gipfelt.

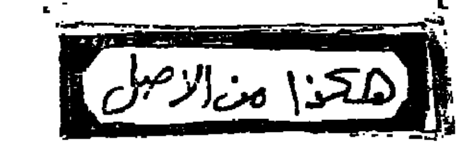
„Siedlungen der zwanziger Jahre – heute" heißt die Ausstellung in Berlin, aber sie löst diesen Titel nicht ein und zieht, wie das ganze breite publizistische Echo, keine Lehren aus den Fehlern und Sünden, die den Weg von damals inzwischen als Irrweg im Städtebau ausgewiesen haben. Schon wird in vielen sorgsam restaurierten Altbauquartieren wieder von Abrißgenehmigungen gesprochen, während gerade eine Rückwanderungswelle der Menschen aus den Trabantenstädten in die Altbauquartiere einsetzt. Die Verführung, Städtebaupolitik gegen die Bedürfnisse der Menschen zu inszenieren, gewinnt an Macht.

Die Hufeisensiedlung Britz, die Waldsiedlung Onkel Toms Hütte, die Großsiedlung Siemensstadt und die Weiße Stadt in Reinickendorf – glatte Häuserzeilen in einst freier Landschaft – wirken auf den Schautafeln unschuldig, aber sie waren – es wird in der Ausstellung wie ein Tabu verdrängt – ein gebautes Gesellschaftsprogramm. Im Vordergrund standen Begriffe der Gesundheits- und Wohnungsfürsorge, der Rationalisierung und Einsparung; dahinter aber lief alles auf die Fabrikation des „Neuen Menschen" hinaus, von dem der Wortführer Gropius unentwegt versicherte, er müsse notfalls „erzogen", also zurechtgebogen werden: „Die Aufgabe des Künstlers ist es, neue Ordnung zu schaffen." Am Ende der Normierung der Baumassen stand der normierte Mensch.

Die nackten Wände, die endlose Reihung stereotyper, völlig gleichförmiger Elemente, der Dogmatismus des Flachdachs, die Schematisierung des Stadtgrundrisses, die Konzentration und Vereinheitlichung der Einkaufs- und Vergnügungsmöglichkeiten waren keine „Pannen", sondern Fließbandeinrichtungen zur Menschenfabrikation. Wenn die alten Wohnblöcke mit ihren intimen, lärmgeschützten Binnenhöfen verworfen und dafür freistehende Zeilen projektiert wurden, wenn Zentralküchen und -wäschereien, Großhaushalte und „Klubräume" vorgesehen waren, so ging es um die „Vergesellschaftung" des privaten Lebens. Das war mehr als die „verwirklichte Sozialdemokratie" – es war steinerner, versteinerter Sozialismus. So verfolgte die propagierte Umstellung des Wohnungsbaus auf „Fertigungsmethoden der Autoindustrie" durchaus den Nebeneffekt der Zerschlagung des kleinkapitalistischen handwerklichen Mittelstandes, einer Hauptstütze der freien Wirtschaftsordnung. In der Organisationsspitze war der Staatssozialismus bereits so gut wie vollendet: Politiker, Gewerkschafter und Funktionäre von Genossenschaften saßen mit „fortschrittlichen" Architekten in den krakenhaft wachsenden gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zusammen und planten den gleichgeschalteten Menschen. Um 1930 zog es die Hohenpriester Ernst May, Mart Stam, Fred Forbat und dann auch Hannes Meyer, Bruno Taut und Arthur Korn nach ihrem Mekka – in die Sowjetunion.

Schon die vier Großsiedlungen in Berlin, die in der Bauhausausstellung ohne jede Differenzierung über den grünen Klee gelobt werden, tragen die Male dieser Geisteshaltung. Daß ihnen der Berliner Volksmund Hornamen gab: Panzerkreuzer, Langer Jammer, Peitschenknall; daß die Bewohner, wo immer sie es konnten, die Monotonie der Fassaden und das einengende Schema der Grundrisse nach bescheidenen individuellen Wünschen zu verändern suchten, hat die Aussteller nicht im mindesten nachdenklich gemacht. Das sozialistische Organisationsschema, das den alten Idealen des Genossenschaftsgründers Schultze-Delitzsch: Selbstverantwortung, Selbsthilfe, Selbstverwaltung, hohn spricht, weckt ohnehin keinen Argwohn mehr. Auch der neue CDU-Bausenator Klaus Franke war zuvor Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft, die er nun in seiner neuen Funktion zum Interimsträger der Internationalen Bauausstellung macht.

Trotzdem sollten die Weichenstellungen, für die in den Siedlungen der Boden bereitet wurde, nicht unterbewertet werden. Nicht die zu neuer Faszination erwachten Altstädte, sondern die Stadtrandsiedlungen sind heute von Leerstand bedroht. Davon lenkt keine noch so schöne Ausstellung ab.



Der Kampf um den Kuchen der Kassen wird härter

Jedes Jahr wird das Heer der Mediziner in der Bundesrepublik um 5000 neue Ärzte verstärkt. Seit 1960 hat sich ihre Zahl auf über 150 000 verdoppelt. Ärzteschwemme heißt das Problem, das nicht nur arbeitslose Mediziner, sondern auch finanzielle Lasten bringt.

Von PETER JENTSCH



Zukunftsvision: Überfüllte Krankenhäuser – überfüllt nicht von Patienten, sondern von Ärzten FOTO: VISUM

Ich habe mich übernommen", sagt Dr. med. Horst Senst, „sicher auch überschätzt." Gut zweieinhalb Jahre lang war Senst als Arzt für Allgemeinmedizin in Düsseldorf tätig. Dann kam das Aus. „Ich konnte die Raten für den Kredit der Praxisgründung nicht mehr bezahlen, das Hypothekendarlehen für mein Haus nicht mehr finanzieren, ich war pleite, am Ende." Heute verdient sich der 36jährige sein Geld als Pharmareferent. Viel bleibt ihm nicht.

Senst ist kein Einzelfall. Dr. med Jörk Gerdes, Internist im Raum Hannover, startete eine Karriere voller Hoffnung. Das war 1978. „Heute", sagt Gerdes, „halte ich mich so gerade über Wasser: ich versuche Honorar-Reserven zu mobilisieren, etwa über häufige Teilnahme am Notdienst oder durch Blutprobenentnahmen für die Polizei. Anders schaffe ich es nicht – zu wenig Patienten, zu viele Ärzte." Viertausend sind inzwischen arbeitslos.

Professor Ernst Fromm, Ehrenpräsident der Bundesärztekammer, sieht in der Medizinerflut „eine politische Zeitbombe". In der Tat sind nach dem einhelligen Urteil von Experten ihre Folgen für den Medizinbetrieb, für die ärztliche Ausbildung, für die medizinische Versorgung, für die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, ja selbst für tradierte Formen ärztlicher Berufsausübung verheerend. Und es ist keine Lösung in Sicht, die Flut einzudämmen.

„Ohne die Ärzteschwemme", so urteilt der Vorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, Wilhelm Heitzer, gegenüber der WELT, „wäre die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung kein Problem." Ohne die Ärzteschwemme wäre also die Beitragsbelastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geringer, die Krankenhäuser könnten weiter munter draufloswirtschaften, die Zahnärzte mit jährlich rund 20 Tonnen Gold (ein einsamer Weltrekord) die Reste deutscher Wohlstandsgebisse sanieren. Kurz, in der Idylle des deutschen Medizinbetriebs gäbe es keinen Verteilungskampf um den Finanzkuchen der Krankenkassen. Zwar explodierten die Kosten des Medizinbetriebs lange vor der Ärzteschwemme, aber diese hat das Problem verschärft.

Seit 1960 hat sich die Zahl der berufstätigen Ärzte mehr als verdoppelt – von 74 486 auf 152 158 Ende 1983. Und seit Beginn dieses Jahrzehnts wächst ihre Zahl jährlich um gut 5000. 1983 haben sich in der Bundesrepublik 3610 neue Kassenärzte niedergelassen, eine Steigerung um 6,2 Prozent, die höchste seit Jahren. Daß sich der Nettozuwachs in dieser Zeit nur um 1700 Kassenärzte erhöhte (2,9 Prozent), liegt daran, daß viele Ärzte aus Altersgründen aufgaben.

Seit 1968, in nur 15 Jahren also, wuchs die Zahl der Medizinstudenten von 31 801 auf 77 128. Damit nahmen auch die jährlichen Approbationen von 4353 auf knapp 9000 (Ende 1983) zu. Und bis 1989 werden Jahr für Jahr 11 000 weitere Mediziner ihre Approbation erhalten. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden 20 000 weitere niedergelassene Kassenärzte über die Patienten schwappen.

Die Folgen beschreibt Hans Wolf Muschallick, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), so: „An die Stelle der früher einmal drohenden ärztlichen Unterversorgung besonders in ländlichen Regionen hat sich in zahlreichen Versorgungsbereichen eine Überversorgung ergeben, die, gemessen an den Sollzahlen des Bedarfs, 200 Prozent weit überschreitet."

All diese Mediziner schaffen sich ihre eigene Klientel, sie verordnen Medikamente, schreiben arbeitsunfähig, rechnen Behandlungsscheine ab. Sie verursachen also erhebliche Kosten – Kosten der Krankenversicherung. Und diese Kosten lassen sich auch in einem Zusammenhang mit der Zunahme der Arztzahlen sehen: So stiegen die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung für die ambulante ärztliche Behandlung von 1,8 Milliarden Mark 1960 auf 17,7 Milliarden Ende 1983. Und das bei stagnierender Bevölkerungszahl.

Weit schwerwiegender freilich sind die Folgen der Ärzteschwemme für die Patienten, für die Hochschulen und für bereits tätige Ärzte.

Seitdem die „Numerus-clausus-Elite" der Nation ins Medizinfach drängt – vielfach eher getrieben, denn innerlich berufen –, fehlen Ausbildungsplätze, fehlen vor allem Patienten, an deren Krankheitsbildern die Studenten lernen könnten. „Die Studenten lernen nur Krankheiten zu behandeln, nicht kranke Menschen", stellte der Vorsitzende des Marburger Bundes, Jörg Hoppe, fest. Und Professor Ulrich Kanzow ergänzt: „Viele Jahrgänge junger Studenten wurden um ein in Wissenschaft und Praxis gleichermaßen inhaltsreiches und auf den Arztberuf in angemessener Zeit vorbereitendes Studium betrogen."

In der Tat: Approbierte Jungärzte verlassen die Hochschulen voller Büchergelehrsamkeit, ohne je einen Blinddarm ertastet oder eine Geburt miterlebt zu haben. Professor Helmut Valentin hat bereits während des 83. Deutschen Ärztetages in Trier den Gesetzgeber aufgefordert, die Kapazitätsverordnung für das Medizinstudium zu ändern. In den praktisch-klinischen Abschnitten dürfe nicht mehr auf die Zahl der Lehrpersonen und der Krankenhausbetten abgestellt werden, sondern nur noch auf die Zahl der Patienten, die zum Unterricht herangezogen werden können.

Die durch Rechtsverordnung im Rahmen der Zulassung zur Kassenpraxis den jungen Ärzten auferlegte Pflichtzeit von 18 Monaten ab 1. Juli dieses Jahres, wovon mindestens zwölf Monate im Krankenhaus abgeleistet werden müssen, macht vornehmlich die Krankenhäuser zum Auffangbecken der Medizinerflut. Und auch die ab 1986 vorgesehene zweijährige Ausbildungsphase als „Arzt im Praktikum" demonstriert, daß der Staat versucht, die Pflichten, die sich aus der von ihm zu verantwortenden Approbation ergeben, auf andere abzuwälzen. Denn alle damit verbundenen Fragen, so nach den notwendigen Planstellen in den Krankenhäusern, werden verdrängt mit dem Argument, das unterliege nicht der Kompetenz des Bundes.

Unter diesen Prämissen leidet auch der Patient. Stationär zu behandelnde Patienten brauchen hochqualifizierte Ärzte. Dieser Anforderung kann nicht mit einer wechselnden Mannschaft junger Ärzte – noch dazu ohne jede Erfahrung – entsprochen werden. Folge der Ärzteschwemme.

Der ehemalige Arzt Senst stellt fest: „Die Beziehung zwischen Arzt und Patient muß auf Vertrauen gegründet sein." Er ist daran gescheitert, daß er nicht bereit war, sein „Verständnis vom Arzt-Sein" aufzugeben. Er schrieb keine Gefälligkeitsatteste, er verhielt sich nicht „patientenwunschkonform" – und schon war er seine Patienten los.

Wie der gierige Fiskus den „Wohlhabenden" schröpft

Wer verdient gut, wer besser, wer ist gar reich? An dieser Frage entzündet sich der aktuelle politische Streit um eine Sonderabgabe für die „Betuchten". Die Befürworter einer Steuer für die Besserverdienenden berufen sich auf die „soziale Symmetrie" und behaupten, nur die „Armen" brächten die Sparopfer auf, die „Reichen" jedoch nicht. Ein Blick in die Steuerakten widerlegt diese Annahme.

Von PETER GILLIES

Ein Ingenieur in der chemischen Industrie, das ist unser erster Fall, bezieht monatlich 6000 Mark brutto (also 72 000 Mark im Jahr), ist ledig und kinderlos. Er zahlt, so berechnet der Steuerzahler-Bund, im Monat 1973,10 Mark Lohnsteuer und 177,57 Kirchensteuer. An Sozialabgaben entrichtet er 834,60 DM monatlich. Dieser Ingenieur war abgabepflichtig und mußte eine Investitionshilfeanleihe für Besserverdienende von 98,65 Mark bezahlen. Von seinem Bruttoeinkommen verbleiben ihm netto weniger als die Hälfte, nämlich 2916,08 Mark monatlich. Rechnet man die Belastung mit indirekten Steuern ab, die dieser Mann trägt (wobei unterstellt wird, daß er 15 Prozent seines Einkommens spart), schrumpft das versteuerte Einkommen auf 2479,45 Mark im Monat. Ein Betuchter?

Fall zwei ist ein verheirateter höherer Angestellter, kinderlos, mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von immerhin 10 000 Mark. Er führt Lohnsteuer von 2976 Mark ab sowie eine Kirchensteuer von 267,84 Mark. Seine Sozialabgaben betragen 834,60 Mark, er mußte eine Zwangsanleihe von 148,80 Mark monatlich abführen. An indirekten Steuern zahlt er 834,16 Mark. Von seinem Bruttoeinkommen in Höhe von 10 000 Mark verbleiben nach Abzug der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben nur noch 4938,60 Mark monatlich, also weniger als die Hälfte. Auch ein Betuchter im Sinne der augenblicklichen Definition.

Nun ist der Begriff Reichtum gewiß auslegungsfähig. Meist ist der „Besserverdienende" der andere, der etwas mehr als man selber verdient. Taugliche Segmente über die Einkommensverteilung liefert der Fiskus. Aus dem letzten Tarifbericht der Bundesregierung ergeben sich die Einkommensklassen und ihre Besteuerung. Hinter dieser Klassifizierung steht die Philosophie, daß Kleinverdiener keine oder geringe Steuern zahlen, Großverdiener dagegen überdurchschnittlich viel. Dafür wurde der progressive Steuertarif geschaffen. Einst rangierten dort nur etwa zehn Prozent aller Steuerzahler, heute sind es mehr als die Hälfte.

Die Herkunft des Steuerkuchens läßt zwar kaum Rückschlüsse über Reichtum zu, macht aber deutlich, wie der Staat seine fiskalische Funktion definiert und seine Umverteilung wahrnimmt. Die grobe Einteilung findet in vier Klassen statt: der Nullzone, der unteren Proportionalzone, der Progressionszone und der oberen Proportionalzone.

In der ersten Zone, der Nullzone, befinden sich immer rund 3,4 Millionen Bürger. Etwa jeder sechste Deutsche zahlt also aus unterschiedlichen Gründen überhaupt keine Steuern. Die zweite Zone („untere Proportionalzone") umfaßt gut acht Millionen Steuerpflichtige, also zwei von fünf Bürgern. Diese Gruppe stellt zwar rund 40 Prozent aller Fälle, bringt aber nur 24 Prozent des Steueraufkommens auf. Deren Einkommen reichen bis 18 000 Mark jährlich bei Ledigen und bis 36 000 Mark bei Verheirateten. Verdienste bis zu dieser Höhe werden gleichbleibend mit 22 Prozent versteuert.

Wirkliche Erträge für den Staat bringen jedoch erst die beiden höheren Tarifzonen. Knapp 45 Prozent der Steuerbürger werden „progressiv" besteuert. In dieser dritten Zone rangieren die Jahreseinkommen zwischen 18 000 und 36 000 Mark (ledig/verheiratet) bis 130 000 bzw. 260 000 Mark. Hier steigt der Steuersatz von 22 Prozent steil auf 56 Prozent. Diese gut neun Millionen Deutsche bringen zwei Drittel des gesamten Steuerkuchens auf, obgleich sie nur 45 Prozent der Bevölkerung stellen. Dieser progressive Tarif – die eigentliche Ursache ständig nötiger Steuerentlastungen – trifft nicht nur die sogenannten Aufsteiger, sondern auch viele Facharbeiter, höhere Angestellte und Beamte. Hier „Reichtum" zu unterstellen, ist verwegen.

Wohlhabend mögen erst die Angehörigen der vierten Tarifklasse sein, der oberen Proportionalzone. Sie zahlen gleichbleibend den Spitzensteuersatz von 56 Prozent, weil sie mehr als 130 000 bzw. 260 000 Mark im Jahr verdienen. Diese Zone ist nur hauchdünn besetzt, denn dort rangieren nur gut 100 000 Steuerpflichtige. Sie zahlen jedoch pro Nase im Durchschnitt 260 000 Steuern, bringen aber allein ein Sechstel des gesamten Steuervolumens auf. Oder anders: Jene 100 000 Spitzenverdiener tragen zur Staatsfinanzierung mehr bei als jene 12 Millionen Bürger in der Nullzone und der unteren Proportionalzone.

Der Zugriff des Fiskus ist also bei jenen besonders rüde, über deren Zusatzbelastung die Politiker derzeit debattieren. Als besonders ärgerlich, weil leistungshemmend, wird die Grenzsteuerbelastung empfunden. Das ist jene Abgabenlast, die für zusätzlich verdientes Einkommen fällig wird, also für eine Gehaltszulage und für Mehrverdienst. Dort ergeben sich Belastungen von bis zu 70 Prozent, von einer Zulage von 100 Mark verbleiben mithin nur noch 30 Mark in der „Lohntüte".

Besonders steil klettert die Steuerbelastung nicht für die Klein- oder die Spitzenverdiener, sondern für die mittleren Klassen, die gerade in die progressive Besteuerung rutschen. Es sind Angestellte und Facharbeiter mit Jahreseinkommen zwischen 18 000 und 48 000 Mark, wenn sie ledig, und solchen mit 36 000 bis 96 000 Mark, wenn sie verheiratet sind. Just für sie war die Steuerentlastung 1986/88 gedacht, die jetzt wieder – aus Gründen der „sozialen Symmetrie" – zurückgedreht werden soll.

Diese „Besserverdiener" leisten aber nicht nur durch steil steigende Steuern einen überdurchschnittlichen Beitrag für die Staatsfinanzierung, sondern haben auch andere „Sparopfer" der Konsolidierung mitgetragen, über die man selten spricht. So hat bei Einführung der Zwangsanleihe die Union der Leitenden Angestellten ermittelt, daß jeder „Betuchte" jährlich rund 6 000 Mark zusätzlich aufgebracht hat, und zwar durch Kürzung des Kindergeldes für höhere Einkommen und durch verdeckte Kürzungen der Rentenanwartschaften. Es versteht sich, daß diese Gruppen weder BaföG für ihre Kinder noch Bauspar- oder andere Prämien erhalten.

Mit Kunstherz – herzlich herzlos?

Von HELLMUT JAESRICH

Anscheinend will man uns daran gewöhnen, beim Versagen einzelner Organe sich wie in einem Ersatzteillager zu bedienen. Es gibt offenbar nur weniges, das man nicht mit einem der neuen unverwüstlichen Kunststoffe nachbilden und in unseren Körper anstelle des erkrankten Originals einpflanzen könnte. Nur für manches muß man sich, für die Nieren etwa oder die Hornhaut des Auges, noch auf einen freundwilligen Spender verlassen, einen opferbereiten Lebenden oder einen kaum erkalteten Toten.

Das meiste, wie Hüftgelenke oder dergleichen, läßt sich fabrikneu erwerben und von Chirurgenhand an Ort und Stelle bringen. So auch ein künstliches Herz, das einem amerikanischen Patienten in Louisville eingesetzt wurde, unter höchst beunruhigenden nachträglichen Blutverlusten freilich (16 Blutkonserven mußten herbeigeschafft werden) und mit zur Stunde noch ungewissem Ausgang.

Das Herz – damit wird eine besondere Note angeschlagen. Erst vor ein paar Wochen kam die erregende Nachricht, daß einem Baby, dem wir diese ganze Angelegenheit verdanken, das Herz eines Affen einverleibt und ein schützendes Pseudonym beigelegt wurde und daß es dann leider nach einigen bangen Tagen doch gestorben ist.

Das Herz ist ein Teil unseres Körpers, den wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt seiner physiologischen Funktion betrachten, so wichtig diese auch sein mag. Wir halten es, wahrscheinlich zu Unrecht, für den Sitz unseres Gemüts, für den Ort, wo nicht nur Verstandeskräfte und Überlegungen walten, sondern das Gefühl. Die Liebe sei dort beheimatet, meinen wir, und zwar sowohl im Sinne von Charis, wie sie der Apostel Paulus im 13. Kapitel des 1. Korintherbriefes an oberster Stelle gepriesen hat, als auch im Sinne von Eros. Ja in diesem letzteren ganz besonders, woraus die Dichter und der Volksmund das Äußerste herausgeholt haben.

Im Wörterbuch der Brüder Grimm wissen von diesem übertragenen Gebrauch zahlreiche Spalten Beispiele anzuführen. Doch nicht nur das Wort allein, auch das Bild kündet in milliardenfacher Ausfertigung von dieser Rolle des Herzens. Es ist dank seiner einfachen, leicht wiederzugebenden Gestalt eines der ersten Piktogramme, lange vor der Erfindung dieser bequemen, die Sprachgrenzen überbrückenden linearen Hinweise. Die vereinfachten Konturen eines Herzens kann jeder nachziehen, sei es mit dem Farbstift, der Sprühdose oder dem Taschenmesser in die Schulbank oder auch „in alle Rinden" eingeschnitten. Rot als Farbe des Blutes bietet sich von selber an, und mit dem Blut, dem ganz besonderen Saft, ist ohnehin eine lange Assoziationskette angesprochen.

Als Bestandteil unserer Anatomie sieht das Herz natürlich ganz anders aus. Kaum würden wir es nach dieser vereinfachten Darstellung wiedererkennen, und ebenso kompliziert ist sicherlich auch die künstliche Ausfertigung, von der wir eine noch größere Scheu als vor allen anderen Ersatzorganen erfinden, mit denen die moderne Technik aufwartet. Ist es nicht ein Sakrileg, den Sitz unserer geheimsten Gefühle – auch wenn es in Wahrheit vielleicht der Solar plexus sein sollte, so haben wir doch jahrhundertelang so gemeint –, durch ein Gerät zu ersetzen, das den Vorgang des Pumpens mit womöglich noch größerer Präzision als das herausoperierte Organ zustande bringt, aber nichts darüber hinaus liefern kann, die Liebe weder in der einen noch in der anderen Gestalt? Es ist sicher alles nur Einbildung: Aber werden wir nicht einem Menschen mit einem solchen steinernen Herzen mit Furcht und bösen Ahnungen begegnen?

Die Gründe Bonns für die weitere Mitgliedschaft in der Unesco

WELT-Gespräch mit dem Präsidenten der deutschen Kommission, Otto von Simson

DETLEV AHLERS, Bonn

Trotz großer Vorbehalte gegen die Arbeit der Unesco (der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) erwägt die Bundesregierung nicht, wie die USA und Großbritannien die Mitgliedschaft zu kündigen. Bonn zahlt im Jahr 14,5 Millionen Dollar Beitrag: 8,4 Prozent des Etats. Die Regierung folgt in ihrer Einschätzung dem Rat des Präsidenten der (unabhängigen) deutschen Unesco-Kommission, Professor Otto von Simson, der eine Reform der Organisation von innen für möglich hält und den überwiegenden Teil des Programms befürwortet.

Simson sagte der WELT, viele der Unesco-Projekte seien „hervorragend". Dies gelte vor allem für den naturwissenschaftlichen Bereich mit der Umwelt- und Ozeanforschung. Positiv zu bewerten sei weiter die Arbeit auf dem Gebiete der Erziehung in den Entwicklungsländern. Auch habe er den Eindruck, *daß einige kleinere osteuropäische Staaten* interessiert an der Dialogmöglichkeit unter dem Schirm der Unesco sind.

Allerdings gebe es „permanente Schwierigkeiten" im Organisationsbereich, die „mindestens teilweise auf Inkompetenz zurückzuführen" sind. Außerdem „unnötige und endlose Abrüstungsdebatten" und Überlegungen zu einer Welt-Kommunikationsordnung, die für den Westen „unannehmbar" sind, weil sie das Recht auf freie Meinungsäußerung an die Kette der jeweiligen Staaten legen würden. In dieser Beziehung ist der Generaldirektor, der Senegalese *Amadou Mathar M'Bow, auch nach* Ansicht der einflußreichen Zeitschrift „Jeune Afrique" „in die Falle des Ostblocks und anderer totalitärer Staaten getappt".

Die Schwierigkeiten der westlichen Welt mit der Unesco sind, so meint Simson, durch deren Entwicklung bestimmt. Was unter abendländischer Dominanz begann, wird inzwischen geprägt von der Mehrzahl der Mitglieder – afrikanischen, asiatischen und arabischen Entwicklungsländern. Der Generaldirektor, ein bewußter Schwarzafrikaner und Moslem, sei dafür ein Symptom. Alle Mitgliedsländer sind zudem im Sekretariat vertreten, das deswegen mehr als 2000 Mitarbeiter völlig unterschiedlichen Niveaus hat.

Für die Veränderung der Unesco nennt Simson als Beispiel die Einschätzung der Menschenrechte. So werden in Schwarzafrika die Pflichten des einzelnen in Stamm und Volk, *seine Verschmelzung in der Gemeinschaft*, als vorrangig eingeschätzt. Nicht nur in dieser Beziehung sei ein Dialog für beide Seiten fruchtbar – es sei jedoch für die westliche Welt unannehmbar, wenn dies zu einer Einengung unseres Drängens nach Gewähren der Menschenrechte führe.

Neben einer Verschwendungssucht am Unesco-Sitz Paris werfen die USA und Großbritannien der Organisation eine schlechte Relation von Kosten und Resultaten vor. Simson ergänzt dies durch die Anmerkung, viele Projekte seien „theoretisiert", wie zum Beispiel das Schwerpunktprogramm, wozu Entwicklungshilfe eigentlich nütze. Reform-optimistisch ist Simson, weil der Tenor der westlichen Kritik auch von afrikanischer Seite aufgenommen wird.



Reinhard Prechelt

Ein Virtuose der Technik

Der Mann hat den Ruhestand wahrlich verdient. Mit ihm geht ein Stück WELT-Geschichte: Reinhard Prechelt, Leiter der Nachrichtentechnik der WELT, verläßt heute diese Zeitung.

Prechelt, am 20. Mai 1920 in Osnabrück geboren, ist einer der Pioniere dieses Blattes. Im Juli 1947, als die WELT in Hamburg noch unter britischer Kontrolle erschien, fing er als Fernschreiber an. Der gelernte Kaufmann beherrschte die Klaviatur der Technik virtuos. Seine zupackende Art, sein wirtschaftliches Denken und sein Organisationstalent zeichneten den Weg vor zum Chef der Nachrichtentechnik der WELT. Als die Zeitung 1975 nach Bonn übersiedelte, galt es eine *totale Umstellung der technischen* Abläufe zu organisieren. Prechelt schaffte das effektiv und gelassen.

Der bescheidene Mann, dessen Hobby die klassische Musik ist, konnte massiv werden, wenn es um das Wohl seiner Mitarbeiter ging und hartnäckig, wenn es galt, technische Neuerungen zum Wohle der Zeitung durchzusetzen.

Seine Unerschrockenheit ist WELT-bekannt: In den schlimmsten Bedrohungen während der Studentenunruhen 1968 und bei den Bombenanschlägen 1972 in Hamburg, blieb er, während die Kollegen das Haus verlassen mußten, mit Schutzhelm in „seiner Nachrichtentechnik" und garantierte das Erscheinen der Zeitung. Im Ruhestand soll's weniger hektisch werden. Prechelt will sich Frau Musica widmen. jl.

Kujau und die beiden Fünfhunderter

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der in einem Strafprozeß nicht eben häufige Fall, daß der Anklagevertreter sich krampfhaft die Hände vor das Gesicht hält, um nicht in schallendes Gelächter auszubrechen, war gestern vormittag im Plenarsaal des Ziviljustizgebäudes am Hamburger Sievekingsplatz zu besichtigen: Staatsanwalt Dietrich Klein, der den Tagebuch-Fälscher Konrad Kujau wieder hinter die Gitter des Untersuchungsgefängnisses gebracht hat, erging es nicht anders als dem Gericht und allen Verteidigern, die ebenfalls Mühe hatten, dem Ernst der Sache angemessene Mienen zu bewahren.

Der Grund der allgemeinen Heiterkeit: Konrad Kujau gab eine persönliche Erklärung ab. Es ging um die Herkunft von zwei 500-Mark-Scheinen, die man ihm sofort nach der erneuten Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis abgenommen hatte. „Konny", der Schelm, wollte nun gestern vor Eintritt in die „Tagesordnung" häßlichen Spekulationen vorbeugen. Sie entsprechen ziemlich genau einem Argwohn der Staatsanwaltschaft – daß nämlich die beiden Banknoten aus jenen spurlos verschwundenen Millionen stammen, die das Verlagshaus Gruner + Jahr dem Tagebuch-Beschaffer Gerd Heidemann ausgezahlt *hat, die dieser* auch an Kujau alias Fischer weitergegeben, die der Stuttgarter Militaria-Händler aber nicht erhalten haben will – *ein Mysterium*, das den Prozeßstoff dieses Betrugsverfahrens beherrscht.

Konrad Kujau offerierte der Großen Strafkammer 11, genauer deren gequält lächelndem Vorsitzenden Hans-Ulrich Schröder, die folgende Erklärung für die beiden bei ihm sichergestellten 500-Mark-Scheine: „Also, den ersten, den hat mir ein Freund in Stuttgart geschenkt, als ich in Freiheit war. Und den zweiten, den hab' ich in einer meiner Hosen gefunden, in einem Taschentuch. Ich mußte ja, als ich wieder nach Hause kam, erst mal ein paar Hosen anprobieren, ich bin ja in der Zwischenzeit etwas schlanker geworden; und wie ich nun diese Hose anziehe, find' ich das Taschentuch, und da den Fünfhunderter drin ..." Kujau zog das Taschentuch hervor und bot es „dem Herrn Staatsanwalt zur kriminaltechnischen *Untersuchung*" an. Der Vertreter der Anklage machte keine Anstalten, auf das freundliche Anerbieten einzugehen. Kujau-Verteidiger Kurt Groenewold verfolgte den Auftritt mit nachsichtigem Lächeln.

Der Freund in Stuttgart hat zwar inzwischen bestätigt, Kujau einen Fünfhunderter gegeben zu haben (der natürlich, streng theoretisch, auch aus den G+J-Millionen stammen könnte). „Konnys" Erklärung für den zweiten Schein hingegen mag Staatsanwalt Klein – das war ihm bei aller Heiterkeit deutlich anzumerken – nicht so recht glauben. Die Anklagevertretung interessiert sich sehr dafür, wann und wo Kujau in der einen Woche Freiheit welche Scheine unter die Leute gebracht hat.

„Börner sollte sich mit CDU zusammensetzen"

WELT-Gespräch mit Bundesratsminister Hasselmann

MANFRED SCHELL, Bonn

CDU und SPD in Hessen sollten sich zusammensetzen und überlegen, wie sie im Interesse des Landes zu einer „sachpolitischen Zusammenarbeit" kommen können. Diesen Vorschlag hat gestern der niedersächsische CDU-Vorsitzende Bundesrats*minister Wilfried Hasselmann unter*breitet. In einem WELT-Gespräch sagte Hasselmann, Ministerpräsident Holger Börner (SPD) sei den Grünen „sehr weit" entgegengekommen. Jetzt sollte er unter Beweis stellen, wie weit er in der Sachpolitik Übereinstimmung mit der CDU zu suchen bereit sei.

Vorrangig seien dabei drei Felder: Die Arbeitsplatzsicherung, die Sicherstellung der Energieversorgung und die Haushaltskonsolidierung. „Eine solche Zusammenarbeit wäre im Sinne der staatspolitischen Verantwortung", sagte Hasselmann. Dies habe zunächst nichts mit dem Anspruch der CDU *auf Ministersessel* zu tun. Ob aus der Zusammenarbeit letztendlich eine Koalition werden könne, müßten die Ergebnisse zeigen. In Niedersachsen habe man in früheren Jahren, auf das Landesinteresse bezogen, durchaus „gute Erfahrungen" mit einer Großen Koalition gemacht, betonte Hasselmann. Sein Vorschlag entspringe der Erkenntnis, daß „ein demokratischer Staat auf Dauer nicht von Minderheiten regiert werden kann".

„Kurs der Klarheit"

Hasselmann erinnerte Börner daran, daß dieser einmal, auf die Grünen bezogen, von „Öko-Faschisten" gesprochen habe. Inzwischen habe Börner lernen müssen, daß, wenn er dieser Gruppierung den „kleinen Finger" gebe, leicht die „ganze Hand verlieren kann". Es liege nun an Börner, deutlich zu machen, ob und in welchem Umfang eine Zusammenarbeit mit der CDU möglich sei. Umgekehrt müsse die CDU bedenken, daß Kritik an rot-grünen Bündnissen nicht ausreiche. Die CDU, so betonte Hassel*mann, sollte sich – eine Übereinkunft* mit der SPD vorausgesetzt – bereitfinden, eine Börner-Regierung zu tolerieren. „Denn was Börner jetzt tut, verträgt die Republik *nicht*". Jetzt paktiere die SPD mit „Leuten, die in der Wirtschaftspolitik den Zustand von 1949 wollen".

Hasselmann: „*Das Nullwachstum* ist so teuer, daß es kein Mensch bezahlen kann". Nachdem die Sozialdemokraten in der Bundespolitik „zu*nehmend sprachloser*" geworden seien, komme es vorrangig darauf an, daß die Union und die von ihr gestellte Regierung einen „Kurs der Klarheit und auch der Härte fahren". Es müsse bewußt gemacht werden, daß bei ihr die „Lösungskompetenz" liege.

„Warten, bis Kohl redet"

Zum Beispiel habe es im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß eine Art „Belagerungszustand" in Bonn mit geradezu apokalyptischen Prognosen für den Frieden in der Welt gegeben. Genau ein Jahr später seien alle diese Stimmen durch die Ankündigung für das Treffen zwischen den USA und der Sowjetunion auf Außenministerebene „widerlegt". *Zur Erfolgsbilanz der* Bundesregierung Kohl gehörten auch die Haushaltskonsolidierung und die Prognosen für den Wirtschaftsaufschwung. Hasselmann warnte: „Bei dieser Ausgangslage kann sich die Union nur selbst umbringen". Sie müsse mehr Disziplin zeigen. Die Unionspolitiker sollten „mit ihrer Selbstdarstellung und ihrem ständigen Gerede" Schluß machen und einmal „den Mund halten und warten, bis Helmut Kohl redet".

Hasselmann mahnte, in der Sozialpolitik auch jenen „Dank" zu sagen, die den Wohlstand geschaffen haben. Er meinte damit die Rentner. Die Bundesregierung sei „verpflichtet", an diesen Personenkreis besonders zu denken. Natürlich gehe es um die Sicherheit des sozialen Netzes. Aber er habe den Eindruck, „daß in dem Netz viele liegen, die noch selbst turnen können. Da liegen zu viele drin", sagte Hasselmann. Dem Mißbrauch müsse noch stärker Einhalt geboten werden. Überlegungen müßten auch in der Personalpolitik angestellt werden. Die Union sollte hier nicht zu *zimperlich sein, wenn es darum gehe*, kreative Staatsdiener an die Stelle jener zu setzen, die „nur Aufgaben erfüllen". Die SPD sei bei der Auswahl ihrer *Mitarbeiter einen rigorosen Weg* gegangen. Er selbst sei, was die Personalpolitik betreffe, für eine „Rotation", wenn auch nur in dieser Form.

Seerecht: Nur Engelhard stimmte mit Genscher

HEINZ HECK, Bonn

Gegen die Stimmen der FDP-Minister Hans-Dietrich Genscher und Hans Engelhard hat die Bundesregierung in der gestrigen Kabinettssitzung vor der Haushaltsdebatte ihre Entscheidung zum Seerechtsübereinkommen getroffen. Wie im Koalitionsgespräch vor einer Woche vereinbart, wird die Bundesregierung die *Konvention nicht zeichnen*, einer Zeichnung durch die EG allerdings nicht widersprechen. Wie Regierungssprecher Peter Boenisch sagte, werde von der britischen Regierung „angenommen", daß sie sich genauso verhalte wie Bonn. Die offizielle britische Entscheidung steht allerdings noch aus. Daher hat auch der Rat am Montag und Dienstag auf britischen Wunsch das Thema noch nicht erörtert, sondern es an die Ständigen Vertreter überwiesen.

Das Kabinett sieht in der Konvention übereinstimmend eine zu begrüßende Zusammenfassung und Fortentwicklung des Seevölkerrechts, er*klärte Boenisch. Jedoch habe man* gegen die Regelung des Tiefseebergbaus „schwerwiegende ordnungspolitische Bedenken" und könne dem Text in seiner gegenwärtigen Form nicht zustimmen. Die Kabinettsmehrheit sei der Auffassung, daß die Möglichkeiten der Einflußnahme bei Nichtzeichnung größer seien.

Bonn will die Ratifikation von Verbesserungen im Tiefseebergbau abhängig machen. Ebenso erwartet die Bundesregierung, daß auch die übrigen Industriestaaten nur ratifizieren, wenn es zu einer Verbesserung in diesem Teil der Konvention kommt.

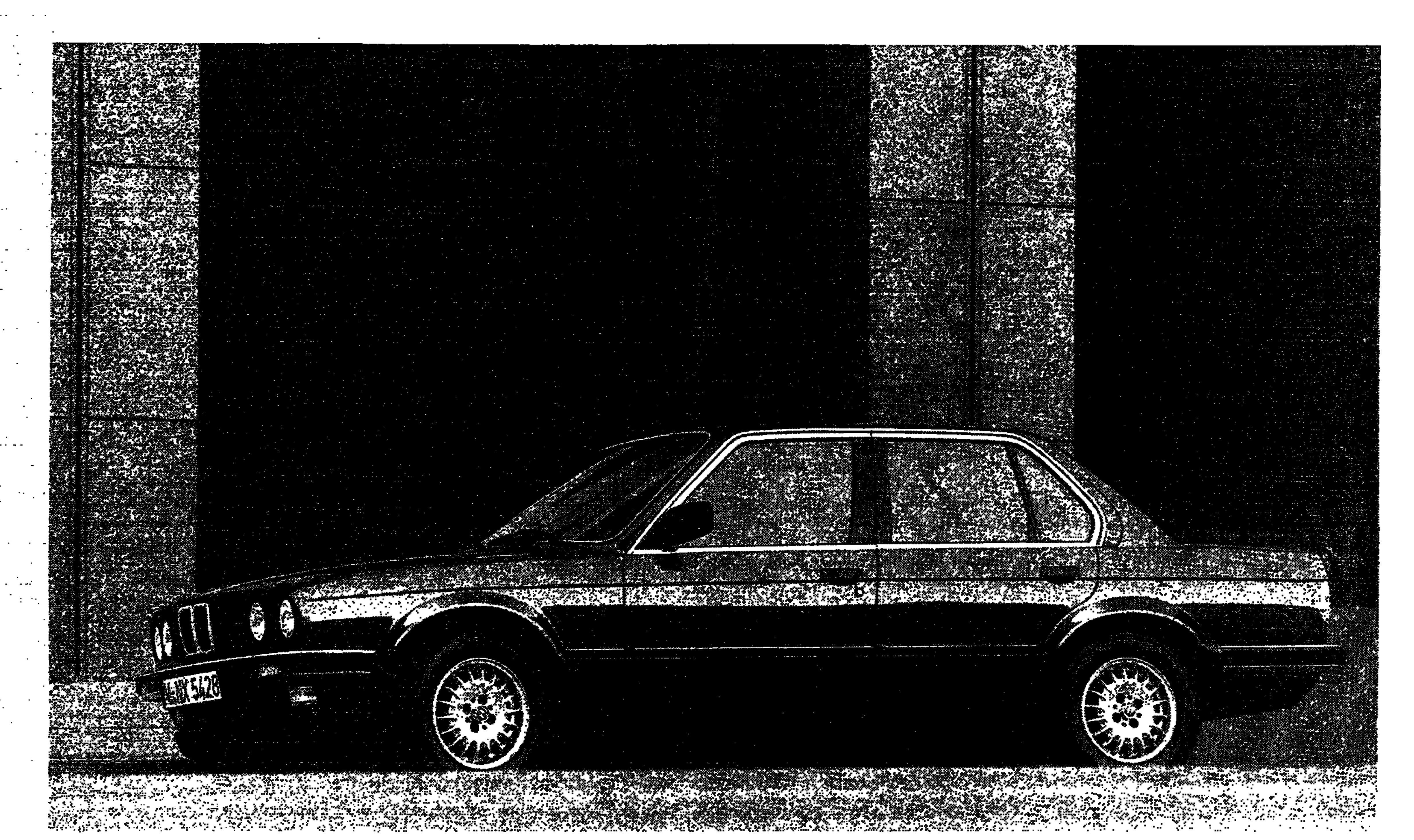
Bonn hofft dennoch, daß der Internationale Seegerichtshof seinen Sitz in Hamburg erhalten werde. Boenisch bezeichnete dies als „wünschenswert". Doch könne man sich bei der Entscheidung nicht nur von dieser Frage leiten lassen.

Zu den positiven, wenigstens akzeptablen Regelungen zählte Boenisch unter anderem auch die über den Umweltschutz.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der neue BMW 325e mit Katalysator:

Ein neues, ganz eigenständiges Automobil, dessen Umweltfreundlichkeit weit über den Katalysator hinausgeht.



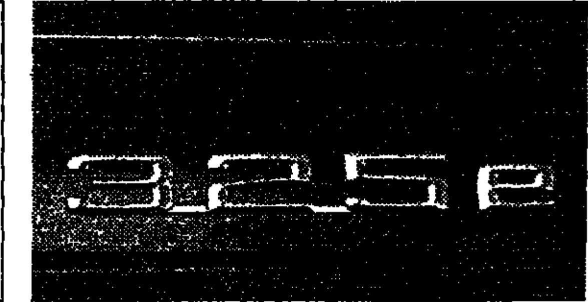
<u>BMW 325 e mit Katalysator: Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, daß überlegenes BMW Know-how zwingende Antworten auf Probleme unserer Zeit möglich macht.</u>
BMW bietet heute schon ein umfassendes Programm von Katalysator-Automobilen – 18 Modellvarianten aus 4 Baureihen.

BMW Katalysator-Programm

318i	/	318i Automatic	2 Türen
318i	/	318i Automatic	4 Türen
325e	/	325e Automatic	2 Türen
325e	/	325e Automatic	4 Türen
525e	/	525e Automatic	
535i	/	535i Automatic	
M 535i	/	M 535i Automatic	
735i	/	735i Automatic	
635CSi	/	635CSi Automatic	

Und BMW besitzt ein einzigartiges Know-how beim Einsatz der dafür notwendigen intelligenten elektronischen Triebwerkssteuerungen. Der neue BMW 325 e mit Katalysator ist ein besonders eindrucksvoller Beweis für das zukunftweisende BMW Engagement für umweltfreundlichste Automobiltechnik.

<u>Der 325 e ist ein eigens und speziell für den Katalysatorbetrieb ausgelegtes Fahrzeug – ein Automobil mit ganz eigenständigem Charakter, wie man es woanders nicht kaufen kann.</u>
Der 325 e bietet eine neue Form von Leistungsfähigkeit, kombiniert mit einer außergewöhnlichen Energie-Ökonomie und Umweltfreund-



lichkeit, wie es sie in dieser kompakten Form noch nie gegeben hat.

<u>Der BMW 325 e hat bei vergleichsweise zurückhaltender Maximalleistung ungewöhnlich viel Hubraum: 2,7 l bei 90 kW (122 PS).</u>
Seine gesamte Charakteristik mit sehr hohem Drehmoment bereits bei geringen Drehzahlen macht umweltfreundliches und zugleich sehr wirtschaftliches Fahren besonders leicht.

<u>Das Triebwerk besitzt alle Tugenden berühmter BMW 6-Zylinder-Benzin-Reihen-Motoren, arbeitet aber mit einer Effizienz, die nahe an die eines Dieselmotors heranreicht.</u>
Grundlage dafür ist der konsequent gesteigerte Wirkungsgrad der Triebwerksmechanik, der Gasführung und -verbrennung. Vor allem aber der Einsatz der leistungsfähigsten Triebwerkssteuerung: der Digitalen Motor-Elektronik.

<u>Digitale Motor-Elektronik bei BMW: Mit technologischem Fortschritt zu ökologischen Zielen.</u>
Der Computer im BMW 325 e steuert mit seinen vielfältigen Möglichkeiten das Triebwerk auch unter schwierigsten Bedingungen immer optimal.
Die technische Intelligenz dieser Triebwerkssteuerung sorgt nicht nur für geringstmöglichen Verbrauch, sondern ist auch eine ideale Basis für bestmöglichen Katalysatorbetrieb.

<u>Der BMW 325 e: Durch das integrierte Gesamtkonzept von Motor und Getriebe wird eine Leistung erzielt, wie sie zeitgemäßer nicht sein kann.</u>
Das Konzept des 325 e umfaßt auch die optimale Abstimmung der Triebwerks-Charakteristik auf die Getriebe und umgekehrt.
Das betrifft sowohl das serienmäßige 5-Gang-Getriebe als auch ganz besonders die auf Wunsch lieferbare neue 4-Gang-Automatic mit Wandlerüberbrückungs-Kupplung – beide mit Schongang-Charakteristik.

325 e Katalysator	5-Gang-Getriebe	4-Gang-Automatic
Höchstgeschwindigkeit km/h	193	188
Beschleunigung 0-100 km/h s	10,1	11,9

<u>Die Umwelt braucht nicht neue Diskussionen, sondern neue BMW.</u>
<u>Handeln Sie. Der neue BMW 325 e mit Katalysator gibt Ihnen die besten Voraussetzungen.</u>
Selbstverständlich kann der 325 e – wie das gesamte BMW Katalysator-Modellprogramm – vorbereitet zur späteren Umrüstung ausgeliefert werden.
Sie kaufen also ein Katalysator-Automobil jetzt, fahren es mit einem Katalysator aber erst dann, wenn der gegenwärtige Engpaß bei der Versorgung mit bleifreiem Benzin überbrückt ist.

<u>Werden Sie jetzt ganz im Sinne der Allgemeinheit für die Umwelt aktiv.</u>
Wer aus sozialer, ökonomischer und vor allem ökologischer Weitsicht besondere Ansprüche an ein Fahrzeug der ersten Klasse stellt, findet bei BMW viele ideale Angebote.
Ein eindrucksvolles Beispiel: der neue 325 e mit Katalysator.



Nutzen Sie das BMW Umwelt-Telefon 0130-3332

Werktags von 9-17 Uhr, zum Ortstarif. Wir informieren Sie über die für Ihre Anforderungen beste Lösung aus dem umfassenden BMW Programm umweltfreundlicher Automobil-Konzepte. Oder wenden Sie sich an Ihren BMW Händler. Er berät Sie gern ausführlich.

BMW auf Btx ✱ 20900 #



Herzattacke bei Verhör durch „DDR"-Grenzer

AP, Berlin

Eine 64 Jahre alte Rentnerin aus Berlin hat während eines Verhörs und einer Leibesvisitation durch „DDR"-Grenzbeamte am Westberliner *Grenzübergang Waltersdorfer* Chaussee einen Herzanfall erlitten. Ein Sprecher der Innenverwaltung bestätigte gestern Berichte, wonach die Frau nach ihrer Rückkehr von einer Tagesreise in die „DDR" am Buß- und Bettag ohne Angabe von Gründen in eine Kontrollbaracke geführt wurde, wo sie sich einer peinlichen Leibesvisitation unterziehen mußte. Sie habe sich nackt ausziehen müssen und sei noch während der Untersuchung ohnmächtig zusammengebrochen.

Der Vorfall soll bei dem nächsten Treffen der Besuchsbeauftragten des Berliner Senats und der „DDR" zur Sprache gebracht werden. Die Berliner Innenverwaltung geht davon aus, daß Verhör und Leibesvisitation im Zusammenhang stehen mit Ausreisewünschen von Angehörigen der Frau in der „DDR". Dies wird auch daraus geschlossen, daß die Angehörigen, die die Rentnerin zum Grenzübergang gebracht hatten, ebenfalls abgeführt und durchsucht worden seien.

Offenbar befürchteten die „DDR"-Behörden, die Rentnerin habe im Auftrag ihrer Angehörigen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, Geld in die Bundesrepublik Deutschland schaffen sollen. Die Berliner Innenverwaltung sprach die Hoffnung aus, daß es sich hier um einen Einzelfall handle.

„DDR"-Bevölkerung im Stimmungstief

Hoffnung auf Reiseerleichterungen erfüllte sich nicht / Klagen über Versorgungsmängel / Westliche Stellen legen Bericht vor

DW. Bonn/Berlin

Die „DDR"-Bevölkerung befindet sich zur Zeit nach der vergeblichen Hoffnung auf Reiseerleichterungen, dem verschobenen Honecker-Besuch und zahlreichen, eklatanten Versorgungsmängeln in einem Stimmungstief. Das geht aus übereinstimmenden Berichten von Reisenden und „DDR"-Übersiedlern hervor, die westlichen Dienststellen vorliegen und der Bundesregierung und dem Berliner Senat ebenfalls bekannt sind.

Die pessimistische Grundtendenz bezieht sich auf mehrere, stark diskutierte Vorgänge und Sachverhalte:

- Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, wobei über erhebliche Angebotslücken bei steigenden Preisen für höherwertige Konsumgüter mit nachlassender Qualität geklagt wird:
- nicht erfüllte Hoffnungen und von westlicher Seite genährte Mutmaßungen über bestimmte Reiseerleichterungen im Zusammenhang mit dem 35. Jahrestag der „DDR" Anfang Oktober;
- die erneut ins Stocken geratene Ausreisewelle, wobei es ein eindeutig negatives Echo auf die Aktionen der *Botschaftsflüchtlinge* in deutsche Vertretungen in Ostblock-Hauptstädten gibt. In der „DDR" herrschen Befürchtungen, daß dadurch der bisher freie Zugang in die CSSR unterbunden werden könnte;

Kein „goldener Westen"

- zu hoch gespannte Erwartungen auf allgemeine Erleichterungen im Zusammenhang mit den beiden Milliardenkrediten Bonns an Ost-Berlin.
- die Besuchsabsage von Erich Honecker, die in der „DDR" allgemein auf sowjetischen Druck zurückgeführt wird. Die westlichen Medien werden kritisiert, weil sie „zuviel Wind" vor dem Besuch gemacht und ihn auf diese Weise „zerredet" hätten. Die *Äußerungen* des italienischen Außenministers Andreotti über die notwendige Teilung Deutschlands wurden zum Teil heftig kritisiert.

Zur Versorgungslage, die den Zustand bis Anfang November beschreibt, werden in der Unterlage beispielsweise Stimmen wie diese zitiert: „Wir dürfen nur arbeiten und haben nichts davon." – „Wo bleibt nur alles, was wir produzieren? Wir kriegen kaum etwas davon zu sehen."

Nach den Bekundungen der „DDR"-Reisenden und Übersiedler werden zur Zeit nur noch wenige *Ausreiseanträge genehmigt*. Ein Antragsteller wird in dem Papier mit der Bemerkung zitiert: „Wir haben es einfach nicht länger ertragen, mit anzusehen, *wie* einer nach dem anderen abwandert und wie unser Leben immer mehr eingeengt wird. Wir wollen nun auch hier weg. Jetzt heißt es nur noch warten, wie lange, weiß keiner. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf."

Antragsteller ließen, so heißt es, in ihrer *Beharrlichkeit nicht nach* und in der Regel keine Anzeichen von Resignation erkennen: „Auf ablehnende Bescheide wird sofort mit der Einreichung eines neuen Antrages reagiert. Eingaben an den Staatsrat, Bemühungen über Rechtsanwälte, Bitten an Verwandte und Freunde im Westen, doch irgendwelche *Hilfestellung* zu leisten, Hinweise auf die UNO-Menschenrechtskommission müßten auf Dauer zum Erfolg führen, meinen viele."

In dem Papier wird ein 32jähriger Mecklenburger zitiert, der für seine Familie einen Ausreiseantrag gestellt hat und nicht Wohlstand, sondern geistige Freiheiten in der „DDR" vermißt: „Was nutzen uns die besten materiellen Voraussetzungen, wenn sich das Vertrauen des Staates in seine Bürger darin erschöpft, ihnen das primitivste Recht auf Freizügigkeit und individuelle Lebensgestaltung vorzuenthalten? Sehr viele Menschen in der DDR denken so wie wir, haben aber Angst vor einem Ausreiseantrag, weil sie die Konsequenzen fürchten. Wir halten uns für noch jung genug, um nochmals neu anzufangen und unser Leben nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Wir haben alles genau und gründlich überlegt. Wir haben hier nichts zu verlieren, und wir kennen die Vorzüge und Nachteile, die uns in Westdeutschland erwarten. Wir haben viel hinter uns und natürlich noch viel vor uns."

Andererseits registriert der Bericht weiterhin „Unverständnis und Ablehnung" hinsichtlich der Übersiedlungswünsche vieler Landsleute. In dem Papier wird eine FDJ-Funktionärin angeführt, die meinte, die Vokabel vom „Goldenen Westen" stimme heute sicherlich nicht mehr. Sie sei in Sorge, daß viele ihrer Landsleute im Westen „eingingen", weil sie sich von der anderen Lebensform hätten blenden lassen.

Wie geht es weiter?

Funktionsträger wie sie geraten anscheinend immer häufiger in die Lage, nicht mehr ausreichende Antworten geben zu können. In der amtlichen Zusammenstellung wird eine Äußerung dieser Funktionärin folgendermaßen wiedergegeben:

„In letzter Zeit reichen meine Argumente in meiner FDJ-Gruppe nicht mehr aus. Man kann auf viele Fragen keine Antwort geben. Es ist zuviel, was die Mitglieder wissen wollen. Ich besuche deshalb seit Mitte September 1984 wöchentlich eine Parteischule ... Ich brauche das, um vieles bei uns besser zu verstehen. Es ist hier längst nicht alles richtig, und ich zerbreche mir den Kopf, wie das in 20 Jahren aussehen soll. Viele Jugendliche sind in ihren Gedanken auch schon weiter, wir diskutieren oft darüber. Es kann so nicht 20 Jahre weitergehen, aber wie sonst? Drüben ist vieles besser als bei uns, vielleicht zu gut? Deshalb gibt man aber doch nicht sein Land auf!"

Eine Leipzigerin denkt ebenfalls nicht an Ausreise, macht sich jedoch über die geistige Uniformität ihres Landes die meisten Gedanken: „Ich werfe unserem Staat gar nicht mal vor, daß er nicht in der Lage ist, die Konsumbedürfnisse seiner Bürger zu befriedigen, daß es selbst zur Erntezeit *kein Obst und Gemüse gibt*, daß es alle Waren – wenn überhaupt – nur unter dem Ladentisch gibt usw. Viel schlimmer scheint mir die Tatsache, daß unser Leben vorprogrammiert und planmäßig abläuft. Wir sind so gleichgeschaltet, daß jegliche Individualität verlorengeht."

Kritische Einstellungen gegenüber den „DDR"-Flüchtlingen in Bonner Botschaften zeigen sich an zwei, ebenfalls in dem Bericht zitierten Äußerungen: „Wenn das dort so weitergeht, werden wir möglicherweise nicht mal mehr in die CSSR fahren dürfen. Und das nur, weil ein paar Leute nicht warten wollen, bis sie legal ausreisen dürfen." Eine andere Stimme sagt: „Es ist zu befürchten, daß unsere Bürger mit ihren Asylgesuchen die Verbindungen zwischen Ost und West noch mehr belasten. Dabei kann doch jeder, der bei uns arbeitet, auch leben. Es gibt zwar manches nicht, und einiges ist recht teuer, doch hungern muß keiner."

Die Autoren dieses im Westen notierten Stimmungsberichts sprechen davon, daß die Mehrheit der „DDR"-Bevölkerung die eigene Führung im Umgang mit der Bundesregierung für erfolgreicher hält als umgekehrt. Teilweise finden sich vor allem im Zusammenhang mit den beiden Milliardenkrediten drastische Kommentare über das Bonner Verhandlungsgeschick in der Ausarbeitung:

„Unsere Regierung ist zu gerissen, die Bonner Regierung ist zu dusslig."

„*Die DDR-Führung hat ihren Kredit* bekommen und lacht sich ins Fäustchen."

Der Vertrauensvorschuß, den Bonn mit beiden Krediten gegenüber Ost-Berlin zum Ausdruck bringen wollte, kann anscheinend von vielen Beobachtern der innerdeutschen Szene drüben nicht nachvollzogen werden. Die Zusammenhänge sind äußerst differenziert, und die Bonner Interessenabwägung läßt sich anscheinend durch die elektronischen West-Medien nicht ausreichend nach drüben transportieren.

Schon 45 Prozent der Patienten über 60 Jahre

Krankenhäuser befürchten „unbezahlbare Dimensionen"

PETER JENTSCH, Bonn

Auf die deutschen Krankenhäuser rollt eine Alterslawine zu. Sie führt nach Auffassung der Deutschen Krankenhaus Gesellschaft (DKG) zu einer *Inflation der Inanspruchnahme* von Krankenhausleistungen und treibt damit die Kosten in „unbezahlbare Dimensionen".

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Krankenhausgesellschaft, H. G. Mierzwiak, erklärte in Düsseldorf: „Die sich abzeichnende *Unterfinanzierung* (der Krankenhäuser) wird verhängnisvolle Auswirkungen auf das medizinische Leistungsniveau und die pflegerische Betreuung der Patienten haben." Er appellierte an den Gesetzgeber und die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, bei ihren Entscheidungen diese *Entwicklung* zu berücksichtigen.

Die Sorge der Krankenhäuser gründet sich auf eine von der DKG initiierte *Untersuchung* des Münchner Instituts Infratest Gesundheitsforschung. Danach ist heute bereits der Anteil der über 60jährigen Patienten mit 45 Prozent (*1970: 37 Prozent*) überproportional hoch. Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung liegt bei nur 19,8 Prozent. *Und dieses Verhältnis* wird sich weiter verschlechtern. Im Jahre 2000 wird der Anteil der über 60jährigen Patienten mehr als 50 Prozent betragen.

Die Folgen für die Krankenhäuser beschreibt Infratest so: „Die Gruppe der Alterspatienten weist eine gesteigerte Krankheitshäufung auf. Um ein Krankheitsbild bei über 65jährigen Patienten festzustellen, sind bei 80 Prozent von ihnen mindestens drei Diagnosen erforderlich." Und weiter: Mit dem Alter steigt der medizinische Aufwand. Bei 41,5 Prozent der über 65jährigen (das ist ein knappes Drittel aller Krankenhauspatienten) ist zumindest zeitweise Intensivüberwachung oder Intensivpflege erforderlich. Schließlich liegt bei den Alterspatienten auch die Verweildauer mit 21,2 Tagen erheblich über dem Durchschnitt (14,2 Tage).

Die Deutsche Krankenhaus Gesellschaft kommt zu dem Schluß, daß aufgrund dieser Entwicklung eine „grundsätzliche Überprüfung unserer Gesundheitspolitik unerläßlich ist". *Der Gesetzgeber könne nicht in* Kenntnis sich weiter erhöhender Leistungsanforderungen die Krankenhäuser in weitere Defizite treiben, während er andererseits „krasse Fehlentwicklungen in der Verteilung der Gesundheitsausgaben ignoriert".

Als Beispiel einer solchen Fehlentwicklung nennt die DKG die Aufwendungen der Krankenkassen für die Zahnbehandlung im Vergleich zu den Leistungsausgaben für die Kliniken. Für die stationäre Versorgung wenden die Kassen jährlich 30,8 Milliarden Mark auf, für die ambulante Zahnbehandlung 14 Milliarden Mark. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in den knapp 3200 deutschen Krankenhäusern jährlich von 780 000 Beschäftigten rund elf Millionen Patienten behandelt werden. Darüber hinaus werde in den Kliniken Spitzen- und Intensivmedizin betrieben.

Am Beispiel der 579 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen machte Mierzwiak die nach seinen Worten „bedrohliche Situation" für diesen Bereich des Gesundheitswesens deutlich. So stünden für notwendige Krankenhausinvestitionen im größten Bundesland jährlich nur 1,25 Milliarden Mark *statt der erforderlichen* 1,7 Milliarden zur Verfügung.

Daraus resultiere ein Antragsstau in Höhe von inzwischen vier Milliarden Mark, der weiter steige. Verbunden mit weiteren Betriebsmittelkürzungen lasse das befürchten, daß neben dem baulichen Substanzverfall auch noch Personalkürzungen und Leistungsabbau die Versorgung der Patienten gefährdeten.

Kohl und seine Demonstration vor der IG Bergbau

GÜNTHER BADING, Dortmund

Die Kritik der Gewerkschaften am Bundeskanzler scheint überhandzunehmen. Wo immer Spitzenfunktionäre oder auch die Leute aus der zweiten Reihe derzeit auf Veranstaltungen des DGB – wie vor kurzem beim Gewerkschaftstag der HBV oder bei der Vertrauensleutekonferenz der IG Metall – ans Mikrophon gehen, da steht erst einmal die obligatorische Beschimpfung des Regierungschefs und seiner angeblichen Arbeitgebernähe auf dem Sprechzettel.

Überall? Nicht ganz. Als Helmut Kohl jetzt zum Kongreß der IG Bergbau und Energie (IGBE) nach Dortmund kam, da erwartete ihn ein ganz anderes Bild. Der Kanzler wurde vom Vorsitzenden Adolf Schmidt, Sozialdemokrat wie die meisten Spitzenleute seiner Gewerkschaft und überdies noch SPD-Bundestagsabgeordneter, nicht nur höflich, sondern ausdrücklich „herzlich" begrüßt. Die Kumpel im Saal, 300 ausschließlich ehrenamtliche Delegierte und noch einmal das Doppelte an Gästen, zeigten, daß Adolf Schmidt keine leeren Worte sprach. Sie applaudierten kräftig.

Und das nicht nur bei der Begrüßung. Kohl sprach frei, schob deutlich sichtbar seinen Sprechzettel zur Seite und kam sofort zu Beginn seiner Rede zum Punkt. In der heutigen Debatte um den Umweltschutz drohe die Gefahr, daß „die Probleme des Bergbaus in ein ökologisches Abseits gestellt" würden, sagte der Kanzler. Überall werde unter dem Zeichen der Ökologiedebatte zur Zeit demonstriert. „Ich bin heute nicht zuletzt gekommen, um für die Bergleute an der Saar und an der Ruhr zu demonstrieren." Ob rot oder schwarz – hier rührte sich jede Hand der in der Westfalenhalle versammelten Gewerkschafter zum Applaus.

Der Kanzler überzeugte; er redete den Gewerkschaftern nicht nach dem Munde. Das würde in solcher Runde auch nicht verfangen. Aber man glaubte Helmut Kohl, als er zusicherte, daß er sich heute als Bundeskanzler ebenso für die Anliegen der Bergleute einsetzen werde wie in den Ministerpräsidentenrunden zu seiner Zeit als Chef der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Und der Kanzler trat sogleich den Beweis für das Gesagte an. Viel Unruhe hat in der IGBE das laute Nachdenken des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth über eine Abkehr vom sogenannten „Jahrhundertvertrag" zur Sicherung der Steinkohlenutzung in der Elektrizitätsgewinnung verursacht.

Der Kanzler korrigierte hier eindeutig. Dieser Jahrhundertvertrag stehe nicht zur Disposition. In seiner Partei, der CDU, werde es keine Mehrheiten gegen diese Verabredung geben. Und zwar weder im Bundestag noch im Bundesrat. „Lothar, was müssen dir die Ohren klingen", meinte ein Gewerkschafter verschmitzt zu dieser klaren Aussage.

Und noch eines dankten die Kumpel mit kräftigem Beifall. Kohl sagte mir kurzer, angedeuteter Verbeugung *in Richtung* seines Vorgängers Helmut Schmidt, die von diesem begonnene „Kohlepolitik der Vernunft" sei einer der Lichtblicke in der Amtszeit seiner Vorgängerregierung gewesen. Er stehe nicht an, diese Kohlevorrangpolitik fortzusetzen. Altkanzler Schmidt, auch persönlicher Freund des IGBE-Vorsitzenden gleichen Namens, war als Gast beim Gewerkschaftskongreß in Dortmund mit regelrechtem Jubel begrüßt worden.

Gegen ihn fiel nicht sein Nachfolger ab, wohl aber dessen Herausforderer im parlamentarischen Raum. SPD-Oppositionsführer Hans Jochen Vogel war am Mikrophon zwar laut, blieb aber blaß. Und rasch sprach es sich unter den Delegierten herum, daß er in seinem für die Presse mitgebrachten schriftlichen Redetext auch heftige Angriffe gegen die Entscheidung der Bundesregierung für eine rasche Inbetriebnahme des Braunkohlekraftwerks Buschhaus stehen hatte.

Peinlich das, denn der Gewerkschaftsvorsitzende Schmidt hatte sich im Bundestag gegen das unkluge *Taktieren seiner Fraktion* gewandt und sich für die Regierungslösung ausgesprochen. Anders als beim HBV-Kongreß vor drei Wochen mochte Vogel *seine indirekte Attacke* auf Adolf Schmidt hier nicht wiederholen. Er ließ den Passus einfach aus.

Ein Kirchenrat und die „letzte Lebensspanne"

idea, Darmstadt

Kritik an der nach seiner Auffassung zu aufwendigen medizinischen Versorgung alter, kranker Menschen *hat jetzt ein evangelischer Theologe* geübt. Der im Ruhestand lebende Kasseler Oberlandeskirchenrat Walter Roth schrieb im „Deutschen Pfarrerblatt", die „letzte Lebensspanne" werde häufig mit einer „unverhältnismäßig hohen Summe erkauft". Dies gehe zu Lasten der Entwicklungsländer.

Dort verhungere „alle zwei Sekunden ein Kind – und wir schrauben den Konsum höher und höher, auch den Konsum an Lebensjahren". Nach Roths Ansicht müsse kritisch überlegt werden, „welchen Prozentsatz seines Sozialprodukts ein Staat für die rein vegetative Existenzverlängerung seiner Altersschicht aufwenden darf". Er tritt dafür ein, bei Schwerkranken, deren Tod abzusehen ist, die medizinische Versorgung einzustellen. Entsprechende Gesetze sollten „weiterentwickelt" werden.

Ersatzkassen heben Beitrag wieder an

DW. Freiburg

Die Barmer Ersatzkasse (BEK) und die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) nehmen die zum 1. Ja*nuar 1984 vollzogene Beitragssen*kung zurück. Damit erhöht sich der Beitragssatz bei der BEK zum 1. Januar 1985 von 11,6 auf 12,2 Prozent, *die DAK hebt ihre Beiträge* von 11,6 auf 12,3 Prozent an. Beide Kassen begründeten diese Maßnahme gestern mit einem ungeheuren Kosten*schub im Gesundheitswesen*.

Die Barmer Ersatzkasse wies darauf hin, daß mit der Beitragssenkung zu Beginn dieses Jahres der 1983 erzielte Überschuß von 547 Millionen Mark an die Mitglieder zurückgegeben werden sollte. Aufgrund der Kostenentwicklung lasse sich der Beitrag im nächsten Jahr jedoch nicht halten. 1984 müsse mit einem Defizit von mehr als 400 Millionen Mark gerechnet werden. Für das nächste Jahr werde mit Ausgaben von 14,23 Milliarden und Einnahmen von 14,03 Milliarden Mark gerechnet.

Sieg der Demokratie in Uruguay verstärkt den Druck auf Pinochet

Die Politik der „harten Hand" isoliert das Regime / Hoffnungsträger Sergio Jarpa

WERNER THOMAS, Miami

In Montevideo wurde gefeiert. Die Menschen tanzten auf den Straßen. Der Wahlsieger Julio Sanguinetti und sein unterlegener Kontrahent Alberto Zumaran sangen gemeinsam die Nationalhymne. Die Zeitung „La Hora" verkündete per Schlagzeile: „Die Diktatur ist gefallen."

In Santiago wurde demonstriert. Gestern haben zweitägige Protestaktionen gegen die Militärregierung begonnen, trotz des Ausnahmezustandes. Politische Beobachter befürchten blutige Zwischenfälle und erwarten Massenverhaftungen.

Uruguays Rückkehr zur Demokratie hat den Druck auf General Augusto Pinochet verstärkt. Wenn auch Brasilien Anfang nächsten Jahres einen neuen zivilen Präsidenten erhält, werden Chile und Paraguay die einzigen Militärdiktaturen Südamerikas sein. In Paraguay ist jedoch ein Ende der langen Herrschaft des Generals Alfredo Strössner (30 Jahre) abzusehen. Pinochet will dagegen noch bis mindestens 1989 regieren.

Die Politik der „harten Hand" (Pinochet), eine Verhaftungswelle, das nächtliche Ausgangsverbot und die Pressezensur brachten den General noch tiefer in die Isolation. Der Konflikt mit der von dem konservativen Erzbischof Juan Francisco Fresno geführten katholischen Kirche verschärfte sich. Von seiten der Regierung kam öffentliche Kritik.

Der Sprecher des State Department, John Hughes, bedauerte dieser Tage die Konfrontations-Situation in Chile und äußerte den Wunsch für einen baldigen Demokratisierungsprozeß. In Washington werden die Entwicklungen in Santiago mit wachsender Sorge verfolgt. Man befürchtet, daß die politische Radikalisierung lediglich den marxistischen Kräften hilft und dazu beiträgt, daß die etwas links von der Mitte angesiedelten Christdemokraten ihren Einfluß verlieren. Viele Christdemokraten sehen die Situation ähnlich. Ein Vertreter des State Department berichtete, die Reagan-Regierung versuche „alles", General Pinochet diesen Standpunkt klarzumachen. Kürzlich wurde der seit Monaten geplante Besuch einer hohen amerikanischen Militärdelegation in Santiago abgesagt.

Pinochet, der letzte Woche sein 69. Lebensjahr vollendete, stützt seine Macht nach wie vor auf die Streitkräfte. Er fungiert immer noch als Armee-Kommandeur. Die Stimmung innerhalb des Offizierskorps läßt sich nur schwer einschätzen, da die Zeitungen einer scharfen Zensur unterliegen. Im Gegensatz zu früher, wo die Blätter gelegentlich über kritische Kommentare des Luftwaffenchefs General Fernando Matthei informierten, dürfen Erklärungen dieser Art heute nicht veröffentlicht werden. Diplomatische Beobachter meinen aber, daß die einflußreichsten Kommandeure weiterhin hinter Pinochet stehen, auch General Matthei.

Man nimmt allerdings an, daß Männer wie Matthei und Innenminister Sergio Onofre Jarpa den Präsidenten drängen, so bald wie möglich die Zügel zu lockern und doch noch Parlamentswahlen vor 1989 anzusetzen, in zwei oder drei Jahren etwa. Ein Vertreter einer westlichen Botschaft analysierte: „Das wäre eine vernünftige Idee in Pinochets Interesse. Nur so kann der Präsident dem Druck der Opposition gegen seine Regierung entgegenwirken."

Die meisten Pinochet-Berater rechnen noch mit einem anderen Faktor, der den General zumindest vorübergehend entlasten kann: Mit dem Weihnachtsfest beginnt die Zeit der Sommerferien, die bis Ende Februar dauert. Die Menschen strömen zu den Pazifikstränden oder in die Berge. Santiago wirkt dann wie ausgestorben. Im vergangenen Jahr konnte sich Pinochet während dieser Zeit auf seinem Sommersitz in Vina del Mar erholen: auch die Opposition hatte pausiert. (SAD)

Atatürks Reformen blieben Stückwerk

Regierung fördert islamische Rückbesinnung / Immer mehr Moscheen und Koranschulen

E. ANTONAROS, Athen

Vor einigen Tagen wurden in einem kleinen Dorf bei Istanbul 18 türkische Frauen festgenommen, weil sie ausgerechnet am türkischen Nationalfeiertag mit einer schleierähnlichen Kopfbedeckung auf der Straße erschienen waren. Was damals als „folkloristische" Meldung verbreitet wurde, ist ein weiterer handfester Beweis dafür, daß der Islam nicht nur als Religion, sondern als Lebensweise tiefe Wurzeln in der türkischen Gesellschaft hat. Zur Zeit erlebt nämlich die Türkei ungeachtet ihrer weiterhin prowestlichen Orientierung eine Mischung aus islamischer Renaissance und pantürkischem Nationalismus.

Auf dem Papier haben die türkischen Mullahs – sie werden Hodschas genannt – absolut keine Macht: Seit den Reformen von Staatsgründer Kemal Atatürk, der in den zwanziger Jahren die Anlehnung der Türkei an den Westen und den Bruch mit der Macht der Kalifen als eine historische Notwendigkeit diktierte, ist die Türkei laut Verfassung ein laizistischer Staat. Der heute noch von den Türken abgöttisch verehrte Erneuerer hatte nicht nur den Sultan abgesetzt, sondern auch Fez, Schleier, Vielehe und Religionsunterricht abgeschafft und eine kulturelle Hinwendung an den Westen durchgesetzt.

Kopftuch auch im Sommer

Atatürks Nchfolger betrachten sein Lebenswerk zwar als heilig und unantastbar. Alle Parteien haben sich seit der Gründung der Republik dazu bekannt. Aber diese Reformen haben – so sehr diese Erkenntnis die Türken schmerzen mag – nur eine dünne Oberschicht erfaßt und die breiten, schnell wachsenden anatolischen Massen ihrer östlich-islamischen Denkweise und Grundhaltung nicht entlocken können.

Die Wandlung der türkischen Gesellschaft und der scharenweise Zuzug von arbeitslosen Türken aus Ostanatolien (wo der islamische Fundamentalismus nie ausgerottet werden konnte) in die Großstädte verdeutlichen die Macht des Islam auch in der säkularen Türkei: Frauen, die ein Kopftuch, langärmlige Blusen, lange Röcke und Pluderhosen auch im Sommer tragen, bestimmen das Straßenbild, immer mehr Männer lassen ihren spitzen Vollbart wachsen.

Trotz den Lippenbekenntnissen zu Atatürks Reformwerk kann keine politische Partei diese Tatsachen ignorieren, vor allem die seit Ende 1983 regierende Mutterlandspartei nicht: Und dies nicht nur, weil Ministerpräsident Turgut Özal ein praktizierender Moslem ist, der mehrfach täglich sein Gebet in Richtung Mekka macht und seine Pilgerreisen absolviert, sondern weil sie in ihren Rängen zahlreiche Angehörige der 1980 von den Generälen verbotenen fundamentalistisch ausgerichteten Nationalen Heilspartei hat.

Bereits seit der Einführung der Demokratie hatten die Politiker schon 1949 mit der Zulassung der ersten Theologie-Schulen zunächst zaghafte Zugeständnisse an die religiösen Wählermassen gemacht. In den siebziger Jahren konnte Heilspartei-Chef Erbakan als Vizepremier in mehreren Koalitionsregierungen zahlreiche Reformen wieder rückgängig machen, vor allem die schrittweise Wiedereinführung des Religionsunterrichts durchsetzen, der schließlich 1982 als Pflichtfach eingeführt wurde, Millionen für den Bau von Moscheen freistellen, die Eröffnung von immer mehr Koranschulen erzwingen.

Aber seit gut zwei Jahren erlebt die Türkei eine von Staats- und Regierungsspitze geduldete, ja, in der letzten Zeit oft geförderte islamische Rückbesinnung, die fast alle Bereiche des türkischen Alltags zu erfassen scheint: Arabisch ist als Wahlpflichtfach an allen Mittel- und Oberschulen eingeführt worden, in jeder Behörde muß der Koran ausliegen, ein Bierausschankverbot für Erfrischungsbuden ist erlassen worden, im Fernsehen darf keine Bierwerbung stattfinden, bei Paraden und anderen öffentlichen Veranstaltungen dürfen die Schulmädchen keine kurzen Röcke tragen. Die Chemie-Professorin Nebahat Koru hat durchgesetzt, daß sie ihr Kopftuch in den Hörsälen der Universität Izmir nicht abzulegen braucht.

Überall entstehen Moscheen, obwohl die Türkei bereits 48 000 Gebetshäuser hat: In Ankara wird zur Zeit mit saudischem Geld eine der größten Moscheen der Welt gebaut, die nach ihrer Fertigstellung 40 000 Menschen fassen soll. Gegenüber nur 36 Koranschulen im Jahre 1960 gibt es heute 370 Lehranstalten dieser Art mit mehr als 180 000 Schülern.

Rolle der Saudis

Premier Özal, der die islamische Anlehnung der Türkei durch den forcierten Außenhandel mit Ländern wie Iran und Saudi-Arabien zusätzlich fördert, ist von seinen innenpolitischen Gegnern in letzter Zeit mit scharfer Munition unter Beschuß genommen worden, weil er angeblich zahlreiche wichtige Positionen im Staatsapparat an fundamentalistisch gesinnte Personen vergeben haben und dadurch das islamische Wiedererstarken vorantreiben soll. Nach Ansicht des früheren Ministerpräsidenten Admiral a. D. Bülend Ulusu sind die radikalen Grupen für die Türkei eine größere Gefahr als die Kommunisten.

Zu diesem Thema haben sich die Generäle bisher nicht besonders deutlich geäußert. Das Militär geht zwar traditionsgemäß auf Distanz zum Islam und versteht sich als der natürliche Garant für Atatürks Reformwerk. Von radikal-fundamentalistischen Gruppen halten sie gar nichts, und einer politischen Einflußnahme der islamischen Kräfte würden die Offiziere bstimmt im Wege stehen. Aber andererseits fürchten sie, daß durch eine Förderung der Religionslosigkeit der von ihnen noch mehr befürchtete Kommunismus Auftrieb erhalten könnte. Daher zeigen sie Verständnis für das „Religionsbedürfnis" der aus Anatolien in die Großstädte strömenden Türken. (SAD)

Wirrwarr beim britischen Ladenschluß

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Über eines besteht seltene Einigkeit unter Großbritanniens Volksvertretern: „Es wird eine blutige Schlacht geben" in den beiden Häusern des Parlaments, wenn eine beabsichtigte Liberalisierung der Ladenschlußgesetze auf die Tagesordnung kommt. Denn kaum ein aktuelles Thema wird in diesen Tagen kontroverser diskutiert. Kaum eines läßt sich von einem geschickten Abgeordneten auch wählerwirksamer aufbereiten.

Allein in den vergangenen acht Jahren sind dreizehnmal an den teils noch aus dem Mittelalter stammenden „shopping laws" Veränderungen vorgenommen worden. Entstanden ist dabei freilich nicht viel mehr als ein verwirrender Paragraphendschungel und größere Rechtsunsicherheit als zuvor.

Frau Thatchers Kabinett ist entschlossen, diesen Dschungel zu roden. Eine im vergangenen Jahr eingesetzte Expertenkommission hat jetzt ihre Empfehlungen vorgelegt. Das Kernstück: Künftig soll es jedem Geschäftsmann gestattet sein, Handel zu den ihm genehmen Stunden zu treiben – auch sonntags. Theoretisch wäre es damit völlig legal, seinen Laden 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche offenzuhalten.

Es ist diese „ohne jeden Vorbehalt" getroffene (und Margaret Thatchers Wirtschaftsdoktrin vom „laissez faire" reflektierende) Empfehlung der Kommission, an der sich die Geister scheiden. Die Mehrheit der Konservativen steht fest hinter der Regierungschefin und fordert mit ihr „freie Bahn dem Tüchtigen".

Die Labour-Opposition und die 417.000 Mitglieder starke Verkäufergewerkschaft USDAW dagegen prophezeien eine unzumutbare Beschneidung von Arbeitnehmerrechten. Die Kritiker der Initiative kündigten bereits den Kampf bis zum „letzten Fahnder" des Gewerbeaußendienstes an, der die Beachtung der derzeit noch geltenden Vorschriften zu überwachen hat.

Skurril ist es in der Tat, was danach verboten ist und was nicht. So können die britischen Krämer schon jetzt an einem Sonntag Whisky an den Mann bringen – das dazugehörige Sodawasser dagegen nur unter bestimmten, genau definierten Vorbedingungen. Schnittblumen gibt es an jeder Straßenecke, der sonntägliche Verkauf von Topfpflanzen hingegen ist illegal.

Dies gilt auch für Postkarten (zulässig) und Glückwunschkarten (unzulässig). Ein jüdischer Bäcker hat am Sonntag Hochbetrieb, bei seinen christlichen Kollegen muß der Ofen kalt bleiben. Englischen Lebensmittelhändlern ist es streng verboten, am Sonntag ihren Laden zu öffnen – was den Sonntag für die aus Griechenland, Indien, China stammende Konkurrenz zum umsatzstärksten Tag der Woche macht, denn sie darf sehr wohl Handel treiben.

So verwundert es kaum, daß sich eine ganze Reihe englischer Geschäftsleute schon längst offen über den verschrobenen Vorschriftenwirrwarr hinwegsetzt. Die Behörden sehen von einer umfassenden Strafverfolgung der zahlreichen Schlußzeiten-Sünder seit langem wohlweislich ab. Im Grunde sind Geschäfte, zumindest in den Großstädten, schon heute praktisch „durchgehend geöffnet". Die Empfehlung der Experten-Kommission zielt letztlich also nur auf die nachträgliche Legalisierung von bestehenden Tatsachen.

Wenn eine Sonntagsöffnung legalisiert wird, so argumentieren die Befürworter, dann sei dies für Kundschaft wie Geschäftsleute gleichermaßen attraktiv. Zwar könnten „bis zu drei Prozent des heutigen Einzelhandelspotentials" auf der Strecke bleiben, aber dies werde angeblich durch zahlreiche neue Arbeitsplätze bei den „Großen" volkswirtschaftlich bestens kompensiert.

Die Kritiker legen solchen Optimismus jedoch nicht an den Tag. Leslie Seenie, der Generaldirektor der nationalen Handelskammer, sagt dazu: „Kleinunternehmen werden sich nicht mehr halten können, ich befürchte den Verlust von 20 000 Arbeitsplätzen im Einzelhandel." Auch die Verkäufergewerkschaft argwöhnt, daß eher an den Schichtplänen des existierenden Verkaufspersonals manipuliert wird, als daß es zu nennenswerten Neueinstellungen kommt. (SAD)

Venezuela sieht sich als neue Ordnungsmacht

Karibische Eingreiftruppe für regionale Krisenfälle

MANFRED NEUBER, Bonn

Venezuela will zum Schutze der kleinen Inselstaaten in der Karibik eine Eingreiftruppe aufstellen. Durch dieses Engagement soll in Zukunft vermieden werden, daß Großmächte aus Ost und West bei örtlichen Konflikten intervenieren. Caracas sieht sich in der Rolle eines regionalen Ordnungshüters.

Das Ersuchen um militärischen Beistand in Krisenfällen wurde von der Organisation Ostkaribischer Staaten an Venezuela herangetragen. Dieser Gemeinschaft gehören Grenada, Antigua, St. Lucia, St. Kitts-Nevis, St. Vincent, Dominica und Montserrat an. Auch Barbados zeigt großes Interesse an diesen Plänen.

Nach der amerikanischen Rettungsaktion in Grenada suchten die Regierungen der Inselstaaten nach Wegen, wie ihre Sicherheit gestärkt und eine Verwicklung fremder Mächte abgewendet werden könne. Der Polizeichef von St. Lucia trat als ihr Unterhändler in Caracas auf.

Dort setzt der sozialdemokratische Präsident Lusinchi den Kurs seines christlich-demokratischen Vorgängers Herrera Campins fort, einer Ausbreitung der revolutionären Gefahr im karibischen Raum entgegenzuwirken. *Mit der Bildung einer Son*dereinheit für schnelle Einsätze geht Lusinchi sogar einen Schritt weiter.

Eindämmung

Das spanisch-sprechende Venezuela begann in den siebziger Jahren, seine Beziehungen zu den englischsprechenden Inselstaaten auszubauen. Gegenüber dem Handels- und Kulturaustausch soll nun das gemeinsame Sicherheitsinteresse Vorrang erhalten. Mit Havana unterhält Caracas nur auf unterer Ebene diplomatische Kontakte.

Unterdessen bemühen sich die Vereinigten Staaten darum, die militärische Kooperation mit Kolumbien und Venezuela in der Karibik zu verstärken. Dadurch soll die von der Sowjetunion über Kuba und Nicaragua ausgehende Bedrohung wichtiger Schiffahrtswege des Westens eingedämmt werden.

Admiral James D. Watkins, Chef der US-Marineoperationen, besuchte unlängst mehrere südamerikanische Länder und führt Besprechungen mit befreundeten Militärs aus dieser Region in Washington. Es werden gemeinsame Strategien ausgearbeitet und Flottenbesuche sowie Seemanöver vereinbart.

Gemeinsam wollen die USA und die Südamerikaner die Bewegungen sowjetischer Unterseeboote überwachen und das Einschleusen von Kuba ausgebildeter Guerrilleros unterbinden. Als Anrainer der Karibik sind Kolumbien und Venezuela von den Nordamerikanern bei dieser Planung besonders angesprochen.

Sowjetflotte im Visier

Die Sowjets haben die Seestreitkräfte Kubas in den vergangenen Jahren beträchtlich verstärkt. Sie bestehen jetzt aus drei U-Booten, zwei Fregatten und mehr als 80 mit Torpedos und Raketen bestückten Schnellbooten. Von Kubas Häfen aus operieren russische U-Boote und Kriegsschiffe.

Während Kolumbien über zwei U-Boote, drei Zerstörer, eine Fregatte und einige Kanonen- und Patrouillenboote verfügt, zählt die Marine Venezuelas drei U-Boote, sechs Fregatten und einige Dutzend kleinerer Einheiten. Sie sind – wie die meisten Kriegsmarinen Südamerikas – veraltet.

Die US-Navy hält seit 25 Jahren alljährlich gemeinsame Manöver mit südamerikanischen Kriegsschiffen unter der Bezeichnung „Unitas" ab. In diesem Jahr waren daran sechs US-Einheiten beteiligt; während der Übungen in der Karibik kreuzte auch das wieder in Dienst gestellte amerikanische Schlachtschiff „Iowa" auf.

Argentinien nahm 1984 nicht an den „Unitas"-Übungen teil. Als ein US-Kriegsschiff neulich Puerto Madryn, den einzigen geschützten Tiefseehafen im Süden des Landes anlief, kam es zu Demonstrationen wegen der Haltung der USA im Falkland-Krieg.

In Puerto Madryn hatten die Briten 1982 die gefangengenommenen Argentinier abgesetzt. Das Verteidigungsministerium in Buenos Aires sicherte den Amerikanern zu, daß sie weiter in argentinischen Häfen versorgt werden.

Kanadas neuen Premier packt die Sparwut

Die Opposition spricht von Import des „Thatcherismus"

A. v. KRUSENSTIERN, Ottawa

Kaum im Amt, verkündete Kanadas Premierminister Brian Mulroney ein rigoroses Sparprogramm und machte bei sich selbst den Anfang: Er kürzte sein Gehalt, das 45 900 kanadische Dollar (etwa 105 000 Mark) im Jahr beträgt, um 15 Prozent. Die Mitglieder seines Kabinetts mußten sich vergleichbare Kürzungen gefallen lassen.

Der Wirtschaftsjurist und ehemalige Industriemanager Mulroney kann es sich leisten, rigoros zu sein. Die von ihm geführte Konservative Partei errang im September den größten Wahlsieg in der Geschichte Kanadas. Ihr fielen 211 der 282 Sitze im kanadischen Unterhaus zu, und die Liberalen, die Kanada jahrzehntelang regiert haben, mußten sich mit 40 Sitzen begnügen.

Die Liberalen hatten sich unter *Premierminister Pierre Elliott Tru*deau bemüht, Kanada zum dirigistischen Wohlfahrtsstaat umzufunktionieren. Das Ergebnis waren eine stagnierende Wirtschaft, gigantische Haushaltsdefizite und über zehn Prozent Arbeitslosigkeit. Schließlich half auch Trudeaus Charisma nicht mehr, die Wähler wollten einen neuen Kurs, und Mulroney kann wie kaum ein anderer Regierungschef der westli*chen Welt behaupten, ein klares Man*dat zu haben.

Mulroneys vordringlichstes Ziel ist es, das Defizit zu verringern und die Wirtschaft anzukurbeln. Schon im nächsten Haushaltsjahr will er 3,5 Milliarden kanadische Dollar (über acht Milliarden Mark) einsparen, vor allem durch die Streichung staatlicher Beihilfen und Subsidien.

Subsidien gestrichen

Hausbesitzer erhalten künftig keinen staatlichen Zuschuß mehr, wenn sie ihre Heizung von Öl auf Erdgas umstellen oder ihre Isolierung mit Schaumstoff verbessern. Der Benzinpreis wird nicht mehr künstlich niedrig gehalten, sondern muß sich dem Weltmarkt anpassen. Mit Steuergeldern finanzierte Arbeitsplätze für Studenten während der langen Sommerferien fallen fort. Staatliche Firmen, die mit Verlust arbeiten, sollen entweder entstaatlicht oder aufgelöst werden.

In seiner Sparwut setzt Mulroney sich sogar über seine eigenen Wahlkampfversprechen hinweg. Vor der Wahl stellte er eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um sechs Prozent in Aussicht. Jetzt will er den Verteidigungsetat kürzen, wenn auch nur um den verhältnismäßig geringen Betrag von 154 Millionen Dollar im nächsten Jahr.

Die Opposition reagierte auf Mulroneys Sparprogramm mit lautem Wehgeschrei. Ed Broadbent, Chef der (sozialdemokratischen) Neuen Demokratischen Partei, nannte den neuen Regierungschef „grausam". Und der liberale Kolumnist Tom Axworthy klagte im „Toronto Star": „Der Thatcherismus kommt nach Kanada."

Beifall von den USA

Auf den Vorwurf, die Pläne der Regierung würden die Arbeitslosigkeit weiter vergrößern, erwiderte Finanzminister Michael Wilson, nur eine im frischen Wind des freien Wettbewerbs gesundete Wirtschaft könne Arbeitsplätze schaffen: „Wir haben nie gesagt, daß die Regierung mit *Steuergeldern künstliche Arbeits*plätze schaffen wird."

Südlich der kanadischen Grenze wurde Mulroneys Programm mit Beifall aufgenommen. Der neue Premier ist ein geistiger Verwandter Ronald Reagans. Für beide ist die Regierung ein notwendiges Übel, das gezähmt werden muß. Freie Marktwirtschaft ohne staatliche Einmischung ist das beste Rezept, um Arbeitsplätze, Wachstum und Prosperität zu schaffen.

Trudeau hatte versucht, ausländische und vor allem amerikanische Investitionen in Kanada einzudämmen. *Mulroney will das Gegenteil.* Investitionen schaffen Arbeitsplätze, und ausländisches Kapital ist darum willkommen.

Mulroney und seine Konservativen *haben bis 1989 Zeit, um zu beweisen,* daß ihr Rezept das richtige ist. Allerdings hängt der Erfolg von einem Faktor ab, auf den keine kanadische Regierung einen Einfluß hat, und das ist die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft. Kanada und die USA sind wirtschaftlich so eng verbunden, daß auch das beste Rezept in Kanada nur dann anschlagen kann, wenn die Wirtschaft südlich der Grenze blüht und gedeiht.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Prüf-Fristen für Gesetze?

Die Tatsache, daß das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz noch nach mehr als eineinhalb Jahren nach seinem Inkrafttreten für verfassungswidrig erklären darf, wie es jetzt bei dem Investitionshilfegesetz geschehen ist, ist meines Erachtens im höchsten Grade unerfreulich. Nicht nur, daß durch die Erhebung der Abgabe die Betroffenen geschädigt worden sind und die Rückerstattung dem Staat vermeidbare Kosten verursacht; vielmehr ist unsere Regierung auch gehindert worden, die mit dem Gesetz verbundenen Ziele auf andere Weise – etwa durch die Erhebung einer Ergänzungsabgabe – zu verwirklichen.

Ich bin daher der Meinung, daß ernsthaft zu überlegen ist, ob man für die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen nicht eine möglichst knapp bemessene Frist – etwa *ein Vierteljahr – setzen sollte. Möge* man, wenn dazu notwendig, einen oder mehrere neue Senate des BVerfG einrichten, die jedes Bundesgesetz alsbald nach seiner Verkündigung auf seine Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und bis zum Ablauf der vorgenannten Frist darüber zu entscheiden haben. Wenn Richter, die sich ausschließlich mit Verfassungsrecht zu befassen haben, nicht innerhalb eines Vierteljahres die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes zu erkennen vermögen, liegt meines Erachtens ohnehin eine solche nicht vor.

Allenfalls bei sehr umfangreichen Gesetzeskodifikationen kann die Prüfung vielleicht mehr als drei Monate erfordern. Dann könnte man aber die Prüfung schon mit der Einbringung des Gesetzes im Bundestag beginnen lassen, *indem man dem BVerfG den* Gesetzesentwurf zugänglich macht und seine Mitglieder verpflichtet, an der Beratung des Gesetzes im Rechtsausschuß des Bundestages als Zuhörer teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. D. Himer,
Hamburg 65

Zwei Bilder von Bielefeld

„Leserbrief: Universität als Zerrbild"; WELT vom 28. November

Der ausführliche Leserbrief des Rektors der Universität Bielefeld vom 20. November löst Betroffenheit aus. Denn statt sich mit den inhaltlichen Einzelheiten der Kritik an dieser staatlichen Institution auseinanderzusetzen, poltert und polemisiert Rektor Grotemeyer gegen Verlag und Herausgeber der Dokumentation über das „rot-grüne" Bündnis in Stadt und Universität Bielefeld.

Dabei tritt ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie zutage: Rechtliche und politische Mißstände, besonders die verfassungsfeindlichen Aktivitäten der DKP an der Universität Bielefeld, werden bagatellisiert und sollen anscheinend auch weiterhin als Beweis für das liberale Klima an der Universität gepriesen werden. Andererseits erfahren Kritiker dieser liberalistischen Haltung nicht dieselbe großzügige Duldung. Denn wer von seinem Grundrecht auf Meinungsfreiheit Gebrauch macht, muß damit rechnen, daß das Rektorat Strafanzeige wegen Verleumdung erstattet.

Prof. Dr. Karl Aschersleben,
Universität Bielefeld

*

Als Mutter von Studenten der Bielefelder Universität und als Kennerin der Dokumentation „Bielefeld auf dem Weg ins rot-grüne Abseits?" und als Bundesbürgerin der freiheitlich/rechtlichen Bundesrepublik mit wachem Verstand und Beobachtungsgabe für die Politik von Weimar über Hitler bis zum Grundgesetz der Bundesrepublik kann ich die Meinung von Rektor Dr. Grotemeyer weder verstehen noch teilen.

Vielmehr begrüße ich, meine Familie und ein weiter Bekanntenkreis das Erscheinen einer solchen, auf Tatsachen beruhenden Dokumentation sehr und hatte gehofft, daß sie ein Signal setzt für alle anderen westdeutschen Universitäten, an denen es in politischer Hinsicht nicht anders aussieht.

Nicht ohne Grund wurde auch bereits in der WELT geschrieben: Europas Schicksal wird nicht in seinen Parlamenten, sondern in den Schulen, Hochschulen, Universitäten und Medien entschieden.

Nicht wie der Rektor ausführt: „... daß dadurch das wissenschaftliche Ansehen der Universität Bielefeld im In- und Ausland geschädigt werden könne", steht hier zur Debatte, und das weiß der Rektor ja auch, sonst betonte er nicht am Ende seines Schreibens: „... es handelt sich um eine politische Vereinigung, die poli*tische Ziele verfolgt ... eine ganze* Universität in Verruf bringt."

Eine Universität bringt sich allein dadurch in Verruf, daß in ihr linke Systemveränderer agieren können und vom Hausherrn nicht daran gehindert werden, im Gegenteil durch ihn alle Vorteile eingeräumt bekommen und das auf Kosten der Steuerzahler, während demokratiebewußte und -treue Studenten nicht die gleichen Rechte genießen.

Sollte dieser Artikel unter dem Aspekt „Angriff ist die beste Verteidigung" verfaßt worden sein?

E. Reimann,
Bielefeld 1

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Lob für Genscher

Deutsch-polnische Beziehungen, *sie können doch nur gedeihen auf* Verständnis für das polnische Volk, das sich gegen seine Unterdrücker wehrt. Vogels unnötige Kritik an Genschers Haltung hat ihm sicherlich Pluspunkte beim Diktator General Jaruzelski eingebracht, beim Unterdrücker freier Gewerkschaften. Genscher sammelte sich Pluspunkte beim polnischen Volk und bei anderen unfreien Völkern, jedenfalls bei allen Aufrechten.

Vogels geistiger Kniefall vor den Warschauer Machthabern ist wie eine Ohrfeige für diejenigen, die das Andenken an den Blutzeugen Popieluszko ehren, und das ist die weit überwiegende Mehrheit aller Polen.

So gesehen schadet Vogel den deutsch-polnischen Beziehungen. Gerade die Polen betrachten es als schäbige Feigheit, Widerstandskämpfer von einst zu loben, aber den Widerstandskämpfern von heute in den Rücken zu fallen.

Die verkrampfte innenpolitische Situation in Polen nach dem Mord an Popieluszko wäre durch parteigerecht verfälschtes Besuchs- und Besprechungsprogramm nur einseitig zugunsten der Unterdrücker ausgeschlachtet worden. Dazu hätte sich wohl Herr Vogel, aber nicht Gen*scher, ein wirklicher Herr, hergege*ben.

Der wahre Grund für das Platzen der Genscher-Reise liegt ohnehin in Warschau. Dort wollte man jetzt kei*nen aufrechten Vertreter des freien* Deutschland. Deshalb die beispiellos brüskierenden Vorschriften für den Besuch. – Tiefer hängen, das gilt für das Warschauer Propagandatheater und ebenso für die aufgeblasene, völlig ungerechtfertigte Kritik an Genschers Entscheidung.

Dr. Weiser,
Wiesbaden

Sinnvolle Maut

„Wer nicht zahlen will, soll doch zu Hause bleiben"; WELT vom 17. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Einführung der Autobahn-Vignette sollte von deutscher Seite mit einer Maut für Schweizer, die die Autobahn benutzen, begegnet werden. Dabei wäre zu überlegen, ob diese nicht höher ausfallen sollte als rund 40 Mark, da dem Fahrer ein ungleich größeres Autobahnnetz zur Verfügung steht.

Ich habe durchaus Verständnis für die Mauterhebung bei der Benutzung von teuren, topographisch bedingten Kunstbauten wie Paßstraßen und Tunnels. So wird von mir die Maut auf der Brenner-Autobahn nicht beanstandet, und den Schweizern soll es unbenommen bleiben, ähnlich zu verfahren, wenn sie es nötig haben.

Alle weiteren Gebührenerhebungen erinnern mich an Straßenräuberei vergangener Zeiten.

Mit freundlichen Grüßen
F. Mülln,
Kandern 1

Wort des Tages

„Erfahrungen, wenn man mit offenen Augen durchs Leben geht, sind durch nichts zu ersetzen, nicht durch Wissenschaft, nicht durch Lernen, nicht durch eingeborene Klugheit. Wenn man durch eine bewegte Zeit hindurchgeschritten ist, bald an höherer, bald an weniger hoher Stelle, und alle Ereignisse in sich aufgenommen hat, dann bekommt man ein Gefühl dafür, was das Echte, Wahre, das Bleibende ist."

Konrad Adenauer, deutscher Politiker (1876–1967)

Personalien

VERANSTALTUNG

Mit 120 Clubfreunden und Gästen beging der Wirtschaftspolitische Club Bonn sein 18. traditionelles Jagdessen im Rittersaal der Godesburg. Clubpräsident **Reinhard Hauschild** begrüßte Botschafter, *Offiziere und Bürgermeister*. Dank und Anerkennung gab es für die Küchen- und Servicebrigade der Godesburg – und für den Club, den stellvertretend für alle Gäste Südafrikas Botschafter **van Heerden** aussprach.

GEBURTSTAGE

Seinen 75. Geburtstag feierte einer der ältesten noch aktiven Journalisten im deutschen Sprachraum: **Alfred Joachim Fischer**. Sein Lebenslauf ist in Kurzform eine Geschichte unseres Jahrhunderts: Jahrgang 1909, freier Journalist, verdiente sich schon als Schüler Taschengeld durch Artikel. 1933 emigriert (aus rassischen und politischen Gründen), Odyssee durch 20 Länder, später kamen 41 weitere hinzu. Seit 1954 Mitarbeiter des SFB-Schulfunks. Interviewte unter anderen: **Adenauer, Brandt, Ecevit, Erhard, Ben Gurion, Heinemann, Heuss, Inonü, Kreisky, Thomas Mann, Makarios, Golda Meir, Pandit Nehru, Ernst Reuter, Kurt Schumacher, Tito.**

*

Weit über die Münchner Universität hinaus reicht das Wirken des Seniors der bayerischen Geschichtswissenschaft, Professor **Max Spindler**, der heute seinen 90. Geburtstag feiert. Nach dem Krieg gründete der Historiker an der Münchner Universität das Institut für Bayerische Geschichte. Spindler widmete sich vor allem der Zeit König Ludwigs I. 1966 erschienen von ihm unter dem Titel „Erbe und Verpflichtungen" Aufsätze und Vorträge zur bayerischen Geschichte. Seit 1960 arbeitete Spindler an seinem Hauptwerk, dem „Handbuch der bayerischen Geschichte", das er von 1967 bis 1975 in sechs Bänden (vier Teile) zusammen mit etwa 50 Kollegen und Schülern edierte.



Von links: Josef Kolar, Mitglied des Prager Ensembles, und das Botschafterehepaar Ruzena und Dusan Spacil. FOTO: EVI KEIL

VERANSTALTUNG

*Das Jahr der tschechischen Mu*sik, das weltweit 1984 gefeiert worden ist, wurde in Bonn mit einem Konzert in der tschechoslowakischen Botschafterresidenz beendet. Zu Gast war das berühmte Ensemble „Musica da Camera Praga", ein Quintett, dessen Mitglieder den Prager Sinfonikern angehören. Im internationalen Gästekreis spielten die Prager Werke von Mozart und Bach sowie den Zeitgenossen Ryba und Rejcha. Das Jahr der tschechischen Musik war von der UNESCO beschlossen und ausgerufen worden, weil sich zahlreiche Jahrestage großer Komponisten der Tschechen rundeten: 1824 war Friedrich Smetana gestorben, vor 80 Jahren der Komponist Antonín Dvořák.

„Schwarz-Rot-Gold": Krimifolge wird fortgesetzt

Zigarettenkrieg im Hafen

Vom weißen Kragen kann kein Krimi leben, und vor dem Betrüger-Schreibtisch läßt sich nur mühsam eine richtige „action" arrangieren. Dieter Meichsner versucht es trotzdem. Nach der ersten Staffel von „Schwarz-Rot-Gold" vor zwei Jahren setzt er im NDR die Reihe fort. Zunächst sind zwei neue Stücke fertig. Wie gesagt, die Weiße-Kragen-Verbrechen werden wie seriöse Geschäftstransaktionen diskret und in raffinierter Tarnung abgewickelt. Spektakel finden nicht statt. Der Zoll-Amtmann Zaluskowski, zum Beispiel, stand bisher in allen Folgen kurz vor dem Hinschmeißen seines Jobs, weil die Burschen so nahe an der Legalität operierten, daß der Staatsanwalt immer nur abwinkte. Zaluskowski ist Uwe Friedrichsen,

Blauer Dunst – ARD, 20.15 Uhr

und was an den Zoll- und Schmuggelstorys sich im Gewirr der Gesetze, Vorschriften, Kompetenzen und dergleichen völlig verlaufen hatte, löst er mit breitem Freihafen-Lächeln und seiner vergnüglich anzuschauenden Rotzigkeit auf. Und das ist gut so. Wir alle, die den Stücken viel Spaß (und Information, bitte sehr) abgewinnen, sind dem „Zalu" sehr dankbar, daß er uns aus dem vergeblichen Nachzeichnen der Schmuggelware, der Hilflosigkeit angesichts der labyrinthischen Umtriebe herauslotst. Wenn Uwe Friedrichsen seine Stirn in Falten legt, wenn er sagt, so sei das, dann können wir unser Wirrsal im Kopfe abschalten, es geht so weiter.

Das ist natürlich auch für Meichsner ein Glücksfall, denn mit den Mitteln des auf Aktion ausgerichteten Krimis käme er nicht weit. Wie das jüngste Stück zeigt. Es spielt in den Kreisen des Zigarettenschmuggels, Riesencontainer werden da nach Hamburg geschafft, dann tauchen sie in Italien und in der Schweiz auf, jugoslawische Grenzstempel finden sich auf den Begleitpapieren ein, die Ware selbst erweist sich als von minderwertiger Qualität, bulgarische Zigarettenfälscher haben da mitgemischt, aber im Hintergrund lauert die Mafia, schießt sogar einen braven italienischen Zollfahnder tot.

Der Zuschauer irrt – rauschenden Kopfes – mit Herrn Friedrichsen herum, doch immer wieder erfrischt von dem Anblick italienischer Landschaften, schöner Frauen und derlei dramaturgischen Gummibärchen, schließlich löst sich alles in Wohlgefallen auf. Ein Kerl wird abgeführt, er fiel aber nicht auf die Guardia di Finanza herein, sondern auf die geniale Idee unseres Hamburger Zollfahnders, der ihm eine leckere Frau als Köder auslegte. Man sieht, trotz der Schwierigkeiten beim bildlichen Vorzeigen eines un-optischen Zollvergehens, hat die Direktion keine Mühe gescheut, um uns die kontinentale Verfolgungsjagd angenehm und spannend zu machen.

Es fragt sich allerdings, ob es auf die Dauer den Zuschauer nicht allzu sehr anstrengt, einersetis dem schönen Märchen von den Guten und den Bösen zu folgen, immer brav auf „Zalus" forschen Spuren, immer dem Gesetz treu und der Bundesabgabeordnung für Tabakwaren – andererseits mit dem gribbligen Frust im Nacken, es könnte in den 100 Minuten vielleicht doch nicht das passieren, was der übliche Krimi-Verzehr sonst so bietet. Immerhin hat diese Folge nicht nur Zöllner Lust und Leid auf den Monitor geworfen, sondern auch des Krimifreundes gedacht. Auch die Hamburger (echten) Zöllner waren zufrieden. Sie hatten beratend mitgemischt. VALENTIN POLCUCH



Edgar Bessen, Uwe Friedrichsen und Udo Thomer als Hamburger Zollfahnder im Krimi „Blauer Dunst" FOTO: U.ROHNERT

KRITIK

Verstaubte Konserve

Das ZDF war nicht unbedingt gut beraten, als es zur Erinnerung an Paul Dahlke noch einmal dessen Verkörperung des Dorfrichters Adam in Detlof Krügers Fernsehfassung des **„Zerbrochenen Kruges"** von 1965 ausstrahlte. Krügers Film war nur Dutzendware, eine schnell heruntergekurbelte Angelegenheit ohne jede szenische Feinheit, die den Schauspielern kaum Gelegenheit zur Entfaltung ihres Könnens bot. Entsprechend summarisch, ja, beinahe lustlos fiel auch die Darstellung Dahlkes aus – weit unter dem gewohnten Niveau dieses großen Künstlers.

Wer wird da nicht an Gustav von Usickys genialen Wurf von 1937 gedacht haben, mit Emil Jannings in der Dorfrichterrolle und Elisabeth Flickenschildt als Frau Marthe! Auch damals spielte Paul Dahlke mit – als der zu Unrecht beschuldigte Jüngling Rupert. Er gab ihn umwerfend komisch als tumben, übergewichtigen Dorf-Adonis, bot den großartigen Leistungen von Jannings und Flickenschildt also durchaus Widerpart.

Jetzt als Dorfrichter reichte er nicht im entferntesten an Jannings heran. Die Differenz war für den Zuschauer fast schmerzlich. Bei Jannings ein genüßliches Auskosten auch noch der allerletzten Nuance, die die Rolle hergibt, bei Dahlke ein schnelles Darüberhinwegfahren, ein Zuschütten aller psychologischen Tiefen. Schade. Man zeige nun so bald wie möglich noch einmal den Film von Ucicky! ANDREAS WILD

Amüsantes Kaleidoskop

Was das Unterhaltungsmagazin der ARD **„bitte umblättern"** diesmal bot, konnte sich sehen lassen. Die Mischung der Episoden war optimal, die Interviewpartner durchweg interessant und deshalb lohnend Beim Fabrikanten und Politiker Philip Rosenthal hätte man sich zwar etwas mehr kritischen Biß gewünscht und bei Filmkomponist Giorgio Moroder eine bessere Ausleuchtung des „workshops", also des Entstehungsprozesses der Musik, durch die er berühmt geworden ist.

Fehlerfrei hingegen die Präsentation der schwäbischen Brüder Holy, die sich aus einfachen Schneidermeistern innerhalb kurzer Zeit zu international hochgeschätzten Couturiers gemausert haben. Und anschließend freute sich die niedliche amerikanische Kinodebütantin Kathleen Turner so hübsch über ihren Erfolg in „Auf der Jagd nach dem grünen Diamanten", daß der Zuschauer spontan an der Freude teilnahm.

Zum Schluß gab es dann eine echte Sensation: Gezeigt wurde Peter Elliot, Choreograph und Ethologe in einem, der junge Hollywoodschauspieler für den neuen Tarzanfilm „Greystoke" „auf Schimpanse trainiert". Er tut das so gut, daß man – auch wenn die Schauspieler noch nicht als Affen kostümiert sind – am Ende kaum noch weiß, ob es sich nun um Menschen handelt oder vielleicht doch um Schimpansen, die als Menschen kostümiert wurden. DORIS BLUM

STUDIO

Schlechte Zensuren für ihren Medienkonsum bekamen bundesdeutsche Familien von der nordrhein-westfälischen Arbeitsgemeinschaft „Arzt und Lehrer" des Hartmannbundes, des Verbandes der Ärzte. Bei dem Symposion **„Video und Fernsehen – Gefahr oder Orientierungshilfe?"** in Marl beklagten Teilnehmer, daß Kinder mit rund 30 Stunden in der Woche vor dem Bildschirm etwa so viel Zeit wie in der Schule verbringen. In vielen Familien laufe von nachmittags an ununterbrochen das Fernsehgerät. „Das Familienleben plätschert weg", urteilte ein Familienrichter. Die Familie reduziere sich auf eine Wohn-, Eß- und Schlafgemeinschaft, hieß es. „Sprachlosigkeit" werde den Kindern anerzogen, Konfliktbewältigung im Gespräch finde nicht statt. Bei Videofilmen wurde neben Horror und hartem Porno insbesondere die Verherrlichung von Gewalt kritisiert. Ein Psychiater stufte seine Arbeit mit aggressiven Jugendlichen als hoffnungslosen Kampf gegen den aggressiven Fernsehhelden ein. Gesundheitliche Schäden eines übersteigerten Fernsehkonsums können nach ärztlichem Urteil Konzentrationsmängel, Kreislaufstörungen wegen Bewegungsarmut und nervöse Störungen sein. Deshalb wurde von Tagungsteilnehmern an die Ärzteschaft appelliert, bei derartigen Beschwerden nach dem Fernsehverhalten der Kinder zu fragen.







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

8.55 Tagesschau
8.58 Aus dem Bundestag
15.58 zweite und dritte Lesung des Bundeshaushalts

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wanderungen durch die DDR
Werner Filmer und Dieter Storp reisten vierzehn Tage die Saale entlang, jenem deutschen Fluß, der im Fichtelgebirge entspringt und in die Elbe mündet. Dabei entstand eine eindrucksvolle Beschreibung eines geschichtsträchtigen Landstrichs, die über einen herkömmlichen Reisebericht weit hinausgeht.
16.55 Der Mann von Button Willow (2)
17.10 Giulietta aus Siena
Mehrere der 17 Stadtviertel von Siena liegen miteinander in Streit. Während nun das traditionelle Pferderennen auf der Piazza del Campo stattfindet, treffen sich Giulietta, ein Mädchen aus dem Gänseviertel, und Meo, ein rothaariger Junge aus dem Turmviertel, deren Familien arg verfeindet sind ... Italienischer Beitrag zum europäischen Austausch von Kinderfilmen.
17.40 Märchen aus der Federdose
Zeichentrickfilm von Zdenek Ostrcil
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schwarz Rot Gold: Blauer Dunst
Auf einem komplizierten Transportweg schmuggeln geldgierige Gangster jede Menge Zigaretten nach Deutschland. Doch die haben nicht mit Zollfahnder Zaluskowski gerechnet, der allerdings zu nicht ganz legalen Methoden greift, um den Ganoven das Handwerk zu legen. Neue Folge der Wirtschaftskrimi-Reihe von Dieter Meichsner.
22.00 Brennpunkt
Thema: Angst vor AIDS
Die Krankheit AIDS breitet sich offenbar auch in der Bundesrepublik Deutschland mit großer Geschwindigkeit aus und wird zu einer Herausforderung nicht nur für die Medizin, sondern auch für die Gesellschaft. Was geschieht, wenn die Angst vor AIDS in Hysterie umschlägt und Sündenböcke gesucht werden? Die Homosexuellen als Hauptbetroffene der noch immer rätselhaften Seuche fürchten eine neue Ghettoisierung. Wie schützt der Staat seine Bürger, ohne liberale Prinzipen preiszugeben?
22.50 Tagesthemen
23.00 Ohne Filter
Musik pur
Der Moderator bittet um Zimmerlautstärke. Da hackt nämlich Chi Coltrane, 35jährige „New Lady of Rock", zum rauhen Gesang hart in die Tasten. Dabei ist auch Amerikas derzeit erfolgreichste Rockgruppe, „Huey Lewis and the News". Ihr letztes Album hatte über vier Millionen Auflage! – Weitere Gäste: Arlen Roth, Gitarre, Jack Bruce, Baß, die Funkgruppe „Slickaphones", Edo Zanki, Gesang
Moderation: Frank Laufenberg
0.00 Tagesschau

ZDF

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Das Geheimnis des Nikola Tesla
Jugoslawischer Spielfilm (1980)
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
16.00 heute
16.05 Robin Hood
Teil 1
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.30 Robin Hood
Teil 2: Richard Löwenherz
König Richard Löwenherz ist nach England zurückgekehrt. Als er sich im Sherwood Forest von seinen Leuten entfernt, wird er von Räubern überfallen. Zum Glück gelingt es Robin und seinen Gefährten, ihn zu befreien. Aus Dankbarkeit lädt der König sie zu einem Fest auf das Schloß ein. Sehr zum Mißfallen des Sheriff von Nottingham, der durch Robin seine Machtinteressen gefährdet sieht.
16.55 Sport aktuell
Aus Tiflis:
Fußball-UEFA-Pokal
Spartak Moskau – 1. FC Köln
(Videotext-Untertitel)
in der Pause gegen:
17.45 heute
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 ZDF-Magazin
Moderation Gerhard Löwenthal
19.55 Sport aktuell
Aus Hamburg:
Fußball-UEFA-Pokal
3. Runde, Hinspiele
Spartak Moskau – 1. FC. Köln
Hamburger SV – Inter Mailand
HSV-Manager Günter Netzer freut sich auf ein volles Volksparkstadion: „Inter war unser Wunschgegner. Auch, wenn wir zuerst zu Hause spielen müssen!" Für den HSV wird diese Begegnung jedenfalls kein Spaziergang.
in der Pause gegen:
20.45 heute-journal
21.45 Spielregeln
Jugend und Justiz:
Zensuren
Thomas steht vor dem Schulabschluß und hat eine Lehrstelle in Aussicht. Er glaubt, daß ihm sein Deutschlehrer „auf dem Kieker" habe. Trotz sorgfältiger Vorbereitung schreibt Thomas in seiner letzten Deutscharbeit eine Vier. Das bedeutet: Er bleibt sitzen! Obwohl zwei Germanisten den Aufsatz für gelungen halten, bleibt der Lehrer bei seinem Urteil. Die Eltern des Jungen gehen vor Gericht.
22.30 Der Denver-Clan
23.15 In aller Stille
Belgischer Spielfilm (1977)
Fred (Mark Bober), Totengräber in einem Ardennen-Dorf, empfindet viel für Isabel ((Peggy de Landsheer), die Tochter eines Notars. Isabel ihrerseits liebt Peter (Johan Leysen), mit dem sie und Fred seit ihrer Jugend befreundet sind. Peter aber erwidert Isabels Zuneigung nicht.
Regie: Ralf Boumans
0.45 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Musik: Andy Borg
und die Gruppe „Superchart"
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.15 Der Einsiedler
Niederländischer Spielfilm (1979)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (12)
19.15 Schwarzarbeit – kein Kavaliersdelikt
19.30 Landwirtschaft 2000
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden? (7)
21.30 Offerte
21.45 Geheimnisse einer Seele
UFA-Spielfilm (1926)
23.20 Thirty minutes
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Filmbriefe (10)
19.00 Deutschlands grüne Inseln
Sylt – Enzian und Entenmuscheln
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Persönlich
Mit Menschen im Gespräch: Philip Rosenthal
21.00 Wie ein Wald verschwindet
Der Hangelstein
Film von Joachim Faulstich
21.58 Drei aktuell und Sport
22.00 Komm mit mir nach Chicago
„DDR"-Fernsehfilm

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Frauen unter Strom (2)
Rockmusikerinnen heute
20.15 Weil ich weiß, so ist das gewesen und nicht anders
Der Maler Otto Dix
21.00 Immer die verflixten Frauen
Amerikanischer Fernsehfilm (1958)
Mit Shirley MacLaine, Rod Taylor, David Niven u. a.
22.35 Theater-Talk
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
20.15 Sketchup
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Meine Tochter (2)
22.45 Z. E. N.
22.50 Revolution auf leisen Tasten
Neue Medien verändern die Bürolandschaft
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

RADSPORT / Thuraus verblüffende Karriere

Mit dem Weltmeister zur Tour de France?

KLAUS BLUME, Bonn

Der Mann ist ein Phänomen: Einen ganzen Sommer lang hat sich der *Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau* in beruflicher Abstinenz geübt – doch das hat ihn offensichtlich nicht ins Abseits gebracht. Als der mittlerweile 30jährige ehemalige Vize-Weltmeister zu seinem ersten Sechstage-Rennen in dieser Saison in München einrückte und gemeinsam mit seinem australischen Partner Gary Wiggins Zweiter wurde, jubelte Olympiapark-Chef Werner Göhner: „Thurau ist ein Publikumsmagnet."

Als Stehaufmännchen der Branche bezeichnet ihn die eigene Zunft, was sich durchaus belegen läßt. Thurau, von seinen Kritikern längst abgeschrieben, hat dieser Tage einen unterschriftsreifen Vertrag der belgischen Firma „Splendor" vorgelegt bekommen. Inhalt: Der ehemalige Klassiker-Sieger aus Deutschland möge doch bitte die Straßen-Saison im nächsten Jahr an der Seite des belgischen Weltmeisters Claude Criquielion bestreiten. Zur Erläuterung: Das Unterkommen in einem Weltmeister-Team nennt man im Radsport eine erste Adresse, und Offerten solcherart erhält Thurau erstaunlicherweise und obendrein als einziger deutscher Radrennfahrer noch immer.

Doch nicht genug mit dem „Splendor"-Angebot. Thurau hat nach Arbeitsstationen in Holland, Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland in diesen Tagen noch eine zweite Offerte eines weiteren Top-Teams erhalten. Am Montag kommender Woche will er seine Entscheidung bekanntgeben.

Doch wie auch immer diese aussehen wird – Thurau wird auf alle Fälle im nächsten Jahr wieder die Tour de France, das schwerste Etappenrennen der Welt, bestreiten. Um dafür voll gerüstet zu sein, wird er in diesem Winter nur wenige Sechstage-Rennen absolvieren: in Zürich, Maastricht, Köln, Rotterdam und Bremen.

Auch die Saison der schweren Eintagsklassiker im Frühjahr wird Thurau auf ein erträgliches Maß reduzieren – schon, um womögliche Blessuren nach Stürzen und die obendrein im Frühjahr üblichen Erkältungen nicht zu verschleppen, sondern auszukurieren. Geplant ist deshalb lediglich die Teilnahme am italienischen Rennen Mailand–San Remo, am schweren belgischen Ardennen-Klassiker Lüttich–Bastogne–Lüttich und am deutschen Weltpokal-Rennen „Rund um den Henninger Turm" in Frankfurt. Danach soll bei kleineren Rennen die Intensiv-Vorbereitung auf die Tour de France rollen.

Ähnlich sorgfältig arbeitete Thurau vor zwei Jahren, als er beim damaligen italienischen Straßen-Weltmeister Giuseppe Saronni anheuerte und beim schweren Etappenrennen „Giro d'Italia" überraschend den fünften Platz belegte. Die italienische Presse jubelte seinerzeit über ein ungeahntes Comeback. Sorgfältige Planungen brachten auch danach internationale Erfolge. Ein Jahr später versteifte sich Thurau zwar ganz und gar auf die Winterbahn-Saison – doch ebenfalls mit Erfolg. Nach Abschluß aller Rennen war er der beste Sechstage-Fahrer der Welt.

In den traditionellen Radsport-Ländern Belgien, Frankreich und Italien aber gehört der Frankfurter noch immer zu jenen, deren sportlicher Einsatz besonders hoch geschätzt wird. Hätte er sonst von den Weltmeistern Giuseppe Saronni und Claude Criquielion das Angebot erhalten, an ihrer Seite bei schweren Rundfahrten in die Pedalen zu treten? Für einen Mann mit Karriereknick eine verblüffende Karriere.

BOXEN / Computer-Tomographie für Kopzog

Neue Tests sind notwendig

dpa, Velbert

Michael Kopzog (24) wird noch in dieser Woche am Essener Klinikum neurologisch untersucht. Der ehemalige Deutsche Mannschafts-Meister BC Velbert reagierte damit auf die von der Ärztekommission des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) ausgesprochene sechsmonatige Sperre für Kopzog. Wenn es die Ärzte in Essen für notwendig halten, soll sich der Boxer zum zweiten Mal in diesem Jahr einer Computer-Tomographie unterziehen.

„Wegen der zu vielen Kopftreffer, die er aufgrund seines Kampfstils seit etwa zwei Jahren kassiert", hatte DABV-Chefarzt Dr. Wilhelm Funke (Erding) die Sperre nach dem Halbfinalkampf bei den Deutschen Meisterschaften am vergangenen Wochenende in Duisburg gefordert, den der dreifache Deutsche Meister Kopzog gegen den Olympia-Teilnehmer Alexander Künzler (Karlsruhe) deutlich verlor. Auch in diesem Treffen kassierte Kopzog zahlreiche Treffer.

Mehrere Experten am Ring waren schon seinerzeit der Meinung: „Der Kampf hätte vorzeitig abgebrochen werden müssen, um Kopzog zu schonen."

UEFA-POKAL / Heute spielt der 1. FC Köln gegen Spartak Moskau in Tiflis und der Hamburger SV empfängt Inter Mailand



Von den Fans umlagert: Karl-Heinz Rummenigge FOTO: AP

Happel – bisher noch nie gegen Italiener verloren

sid/dpa, Hamburg

Die 40 mitgereisten italienischen Journalisten staunten bei der Ankunft von Inter Mailand auf dem Hamburger Flughafen, welch großer Bahnhof ihrer Neuerwerbung Karl-Heinz Rummenigge bereitet wurde. Autogrammjäger drängten sich um den teuersten Spieler im italienischen Team und auch die deutschen Reporter bombardierten den früheren Münchner mit Fragen.

Rummenigges Prognose für das heutige Achtelfinal-Hinspiel von Inter Mailand beim Hamburger SV (20 Uhr): „Der HSV wird nach dem 2:4 in Düsseldorf alles versuchen, um sich im UEFA-Pokal zu rehabilitieren. Es wird sehr schwer für uns." Der Anreiz für die Lösung dieser Aufgabe ist entsprechend. Eine Prämie von 20 000 Mark erwartet jeden Inter-Spieler bei einem Weiterkommen.

Ein Geschäft ist das Spiel für den HSV schon vor dem Anpfiff. Vize-Präsident Helmut Kallmann frohlockte über das große Interesse: „Wir nehmen etwa 1,5 Millionen Mark ein. Das ist eines der besten finanziellen Ergebnisse überhaupt."

Felix Magath, dessen Einsatz bis gestern noch fraglich war, soll für den sportlichen Erfolg der Hamburger sorgen. Der wieder genesene Mittelfeldregisseur gab die Parole aus: „Wir brauchen ein schnelles Tor."

Während Trainer Ernst Happel für die Hamburger ein gutes Omen ist – er hat noch nie gegen eine italienische Mannschaft verloren –, ist der Flug des 1. FC Köln zum Pokalspiel gegen Spartak Moskau nach Tiflis (17 Uhr) eine Reise ins Ungewisse. Bis auf Klaus Allofs und Pierre Littbarski kennt niemand den Austragungsort.

Dafür haben sich die Kölner mit Hilfe einer Video-Aufzeichnung des Spiels Moskau gegen Leipzig über die Spielstärke des Gegners informiert. Klaus Allofs sagte: „Wir wissen jetzt, wie stark Spartak ist. Ich glaube aber, daß wir weiterkommen können und bin sicher, daß die Mannschaft konzentrierter zur Sache geht als zuletzt in Hannover."

Die Formschwankungen seiner Mannschaft bereiten Kölns Trainer Hannes Löhr größtes Kopfzerbrechen. In Tiflis will er deshalb den umstrittenen Jimmy Hartwig einsetzen. „Die Tendenz ist so. Die größere internationale Erfahrung gegenüber Hartmann wird wohl den Ausschlag geben", erklärte er vor dem gestrigen Abflug in die Sowjetunion.

Spiele im Überblick

Im Achtelfinale des UEFA-Pokals sind von den vier gestarteten Bundesligavereinen mit dem Hamburger SV und dem 1. FC Köln nur noch zwei vertreten. Werder Bremen schied in der ersten und Borussia Mönchengladbach in der zweiten Runde aus. Die Spiele im einzelnen:

Spartak Moskau – **1. FC Köln**
Hamburger SV – Inter Mailand
RSC Anderlecht – Real Madrid
Craiova – Zeljeznicar Sarajevo
Widzew Lodz – Dynamo Minsk
Tottenham – Bohemians Prag
Manchester United – Dundee
Szekesfehervar – Belgrad

Die Rückspiele finden am 12. Dezember statt. Die Auslosung für das Viertelfinale aller drei Pokal-Wettbewerbe wird am 14. Dezember vorgenommen.

Pokal im Fernsehen

Die beiden Spiele der deutschen Teilnehmer werden heute vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) live übertragen. Mit dem Spiel Spartak Moskau gegen den 1. FC Köln meldet sich Günter-Peter Ploog ab 16.55 Uhr aus Tiflis und vom Spiel Hamburger SV gegen Inter Mailand berichtet ab 19.55 Uhr Eberhard Figgemeier. Wegen der beiden Direkt-Übertragungen entfällt die für 22.05 Uhr vorgesehene Sendung „Sport Aktuell".

Tennis: Das Doppelspiel mit dem Doppel

Es gilt aufzuhorchen. Spät, doch nicht zu spät, entwickelte der mitgliederstärkste Tennisverband der Welt, der Deutsche Tennisbund (DTB), mit seinen 1,8 Millionen Mitgliedern eine unerwartete Initiative. Da lud man 22 deutsche Ranglistenspieler erstmals zu einem reinen Doppellehrgang mit abschließendem Turnier nach Sindelfingen ein. „Wir bezwecken hiermit, etwas für das Doppelspiel in Deutschland zu tun und einen intensiveren Kontakt zu den Spielern zu erhalten." Mit diesem so herzlich einfachen Satz hat der DTB den ersten richtigen Schritt getan. *Gratulation an den Sportdirektor* Günther Sanders, der nach Monaten des Leerlaufs in der DTB-Zentrale in Hannover mit diesem Weg in die Offensive gegangen ist.

Und das aus zweierlei Gründen: Da steht das Doppel erst einmal ganz oben auf der Rangliste der Versäumnisse des DTB in der Vergangenheit. Weder die Bundestrainer noch die Offiziellen hatten erkannt, welche Wichtigkeit und welchen Stellenwert dieses Spiel einnimmt. Dabei liegen die Vorteile des Doppels klar auf der Hand. Hier können die Spieler alles, aber auch wirklich alles erlernen, was für das Einzel wichtig ist, angefangen vom Return bis hin zum Aufschlag. Man ist gezwungen, ans Netz zu gelangen, und das so schnell wie möglich. Also ist ein plazierter oder sogenannter Kanonenaufschlag ebenso gefordert wie ein offensiver Return und ein aus dem Laufen geschlagener Volley.

Das Stellungsspiel, die Antizipation am Netz sowie die Reaktion, sind dabei nur zwangsläufige Erfordernisse, um erfolgreich zu sein – ob im Einzel oder Doppel. Nur scheinen die Bundestrainer noch nie etwas davon gehört zu haben. Denn wie sonst ist es zu erklären, daß das Doppelspiel beim DTB so sträflich vernachlässigt worden ist.

So erscheint es nur als ein Schönheitsfehler, daß dieser geplante Lehrgang auf Grund zahlreicher Absagen erst einmal auf den Februar vertagt

STAND PUNKT

worden ist. Man hatte in Hannover die Aktivitäten der Spieler schlichtweg unterschätzt. Denn gut ein Dutzend Aktiver benutzt die tote deutsche Turniersaison, um in Australien oder Südamerika Weltranglistenpunkte zu sammeln. Eine Tatsache, die selbst Insider überrascht. Also muß ein neuer Termin gefunden werden, nicht zuletzt auch um den Kontakt zwischen Spieler und Verband aufzubauen. Eine Tatsache, die in den letzten Jahren beim ein- oder zweimaligen Einsatz im Kings- oder Davis-Cup ebenfalls vergessen wurde.

Doch halt, wie wär's eigentlich mit dem Doppellehrgang einige Etagen tiefer? Sprich bei den 15- bis 18jährigen. Die kennen nämlich das Doppelspiel ebenso allerhöchstens durch das Fernsehen und aus Büchern. Es gibt dort im DTB mit Ulrich Bunkowitz einen forschen Jugendwart. Es würde auch dem DTB gut stehen, mal einen Lehrgang der Praxis durchzuführen, anstatt die Jugendlichen mit Lehrgängen zu füttern, in denen irgendwelche Trainingspläne mit Formulierungen durchgepaukt werden, die sie strenggenommen sowieso nicht verstehen.

Laßt dem Spiel auf dem Platz freien Lauf, dann schaffen wir auch das, was Sportdirektor Sanders trefflich formuliert: „Vielleicht gelingt es uns in Deutschland durch eine Vielzahl derartiger Spielmöglichkeiten (Doppeltraining), das Interesse am Doppelspiel zu wecken, mit dem Ziel, möglichst viele schlagkräftige Doppel zu erhalten."

HANS-JÜRGEN POHMANN

SPORT-NACHRICHTEN

Vergleich perfekt

Bonn (dpa) – Zu einem Vergleich zwischen dem Fußballspieler Andreas Brehme (Kaiserslautern) und seinem ehemaligen Werbemanager Holger Klemme kam es vor dem Bonner Landgerichts. Klemme hatte angeblich behauptet, Brehme sei „finanziell im Eimer".

Austragungsort verlegt

London (sid) – Das Wiederholungsspiel im Fußball-Europapokal der Pokalsieger zwischen Celtic Glasgow und Rapid Wien wird nicht wie ursprünglich angekündigt in Aberdeen sondern in Manchester stattfinden.

Nur Pfaff ausgeschieden

Melbourne (sid) – Als einzige von sechs deutschen Teilnehmerinnen an den „Australien Open" in Melbourne schied Eva Pfaff (Königstein) in der ersten Runde aus. Sie verlor gegen Andrea Leand (USA) 2:6, 4:6.

Christiansen nach Kanada

Hamburg (dpa) – Gymnastik-Bundestrainerin Mariana Christiansen wird ihren Vertrag mit dem Deutschen Turner-Bund nicht verlängern. Stattdessen arbeitet sie künftig am Sport Seneca-College in Toronto (Kanada) als Artistic Director für Choreographie, Tanzformen und Bewegung in den Sportarten Kunstturnen, Eiskunstlauf und Gymnastik.

Urs Räber gestürzt

Davos (sid) – Urs Räber, Gewinner des Abfahrt-Weltcups, erlitt bei einem Trainingssturz im Training eine Gehirnerschütterung. Sein Start in der ersten Weltcup-Abfahrt in Val d'Isere am 6. Dezember ist fraglich.

Präsidium bestätigt

Frankfurt (sid) – Für weitere zwei Jahre wurde das Präsidium des Fußball-Bundesliga-Klubs Eintracht Frankfurt wiedergewählt.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00, 2: 245 561,40, 3: 8943,00, 4: 137,00, 5: 9.40. – **Toto, Elferwette:** 1: 20 961,40, 2: 689,60, 3. 50,00. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 876 936,50, 2: 78 035,40, 3: 3221,60, 4: 66,70, 5. 6,40. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 331,70, 2: 158,50. Rennen B: KLasse 1: 1492,70, Klasse 2: 275,50, Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 72 643,60. (Ohne Gewähr).

Dr. Wilhelm Hartmann

10. 3. 1908 – 24. 11. 1984

ist nach einem erfüllten Leben von uns gegangen.

Anneliese Hartmann geb. Boehm

Winfried Hartmann mit Daniela, Viola und Kati	**Udo und Renate Wolff mit Sonja und Thorsten**
Klaus und Sigrid Bohm	**Uwe und Elisabeth Hartmann mit Christian und Julia**
Stanley und Maxi Boyd mit Melvin	**Claus Hartmann**
Dieter und Sylvia Hartmann mit Andreas, Ulrike und Simone	**Marie-Luise Feuerriegel**
	Ruth Hartmann

Trauerfeier am Freitag, dem 30. November 1984, um 14.30 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu bedenken. Konto-Nr. 1/07 557 Vereins- und Westbank Hamburg (BLZ/200 300 00).

Am 24. November 1984 verstarb das Ehrenmitglied unseres Verbandes, Herr

Generaldirektor i. R.

Dr. Wilhelm Hartmann

im 77. Lebensjahr.

Mit aufrichtiger Anteilnahme nehmen wir Abschied von einer Persönlichkeit, die durch ihren unermüdlichen und engagierten Einsatz über mehrere Jahrzehnte, in den Jahren 1970 bis 1972 als Verbandsvorsitzer den Wiederaufbau der deutschen Lebensversicherung maßgeblich mitgestaltet und sich dabei Respekt und Anerkennung erworben hat.

Unser Verband und mit ihm die gesamte deutsche Lebensversicherung haben mit Dr. Wilhelm Hartmann einen ihrer hervorragenden Repräsentanten verloren.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e. V.
Der Vorstand

In tiefer Trauer geben wir bekannt, daß am 24. November 1984 nach einem langen und mit großer Tapferkeit und Energie ertragenen schweren Leiden im 77. Lebensjahr

Dr. iur. Wilhelm Hartmann

Generaldirektor in Ruhe

Ehrenvorsitzender der Iduna Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe
Aufsichtsratsvorsitzender der Iduna Allgemeine Versicherung AG
Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und des Handwerkszeichens in Gold
Ehrensenator der Technischen Hochschule in Braunschweig

gestorben ist. Herr Dr. Hartmann, von 1951 bis 1972 Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes, von 1972 bis 1984 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Iduna Leben und im Sommer diesen Jahres zum Ehrenvorsitzer ernannt und seit 1963 Aufsichtsratsvorsitzender der Iduna Allgemeine, hat in diesen 33 Jahren maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der Gesellschaften und dem Aufbau der gesamten Unternehmensgruppe genommen. Darüber hinaus ist Herr Dr. Hartmann uns allen ein väterlicher Freund gewesen, auf dessen Rat und dessen Unterstützung wir uns verlassen konnten.

Wir werden Dr. Wilhelm Hartmann nicht vergessen.

Iduna Versicherungen
Aufsichtsräte, Vorstände, Betriebsräte und Mitarbeiter

Trauerfeier am Freitag, dem 30. November 1984 um 14.30 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B. Statt zugedachter Blumen bitten wir, die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Hamburg, Konto Vereins- und Westbank AG Nr. 1/07 557, BLZ 200 300 00 zu bedenken.

Am 24. November 1984 ist im Alter von 76 Jahren

Dr. Wilhelm Hartmann

Generaldirektor in Ruhe

nach langer schwerer Krankheit verstorben.

Herr Dr. Hartmann hat von 1970 bis 1981 als Aufsichtsratsvorsitzer unserer Gesellschaft entscheidend und mit großem Engagement den Weg des Unternehmens bestimmt.

Aufsichtsrat und Vorstand

VdK Versicherung der Kraftfahrt AG, Berlin

Am 24. November 1984 ist unser früheres Aufsichtsratsmitglied, Herr

Dr. jur. Wilhelm Hartmann

Ehrenvorsitzender der Iduna Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe

im 77. Lebensjahr verstorben.

Der Verstorbene gehörte unserem Aufsichtsrat von 1974 bis 1983 an. Wir haben ihn als hervorragenden Kaufmann schätzengelernt.

Herr Dr. Hartmann war mit unserer Bank auf das engste verbunden und gehörte zu denjenigen, die ihr als Freund und Ratgeber sehr nahestanden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand der
VEREINS- UND WESTBANK

Tief betroffen zeigen wir an, daß der langjährige Vorsitzende unseres Aufsichtsrates

Dr. Wilhelm Hartmann

Generaldirektor in Ruhe

* 10. 3. 1908
† 24. 11. 1984

nach langer und mit großer Geduld ertragener Krankheit entschlafen ist.

Von 1960 bis 1982 Mitglied des Aufsichtsrates, ab 1969 als Vorsitzender, hat Herr Dr. Hartmann entscheidend die Geschicke unseres Unternehmens beeinflußt und ist uns Vorbild und Freund gewesen.

Aufsichtsrat und Vorstand

Iduna Bausparkasse AG

Am 24. November 1984 verstarb im 77. Lebensjahr der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, Herr

Dr. Wilhelm Hartmann

Seit Gründung unserer Gesellschaft im Jahre 1969 hat Herr Dr. Hartmann die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden ausgeübt. Mit Rat und Tat hat er sich maßgeblich für die Belange unserer Gesellschaft eingesetzt.

Sein großes Fachwissen und seine menschliche Wärme werden wir schmerzlich vermissen. Wir werden Herrn Dr. Hartmann stets ein ehrendes Andenken bewahren.

HANSAINVEST
Hanseatische Investment-GmbH
Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Mitarbeiter

Hamburg, im November 1984

Am 24. November 1984 verstarb nach langem und schwerem Leiden das ehemalige Mitglied unseres Aufsichtsrates, Herr

Dr. jur. Wilhelm Hartmann

Generaldirektor in Ruhe

im 77. Lebensjahr.

Herr Dr. Hartmann gehörte unserem Aufsichtsrat in der Zeit von 1973 bis 1979 an und hat uns durch seine großen Erfahrungen und sein reiches Fachwissen wertvolle Dienste geleistet.

Wir werden Herrn Dr. Hartmann in Dankbarkeit ein ehrendes Andenken bewahren.

EDEKABANK
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Hamburg, im November 1984

Mein lieber Mann, unser guter Papa, Sohn, Bruder, Onkel, Schwager und Pate

Franz Schwindling

Kaufmann

* 1. 7. 1940 † 25. 11. 1984

ist von uns gegangen.

Unser letzter Gruß ist unser allerherzlichster Dank.

In tiefer Trauer:

Maria Schwindling
mit Axel, Pia und Franz
Maria Schwindling, Mutter
im Namen aller Angehörigen

8011 Kirchstockach-Gudrunsiedlung, Amselstr. 13

Gottesdienst am Donnerstag, dem 29. November 1984, um 14.00 Uhr mit anschließender Beerdigung in Brunnthal.

Bonn spricht von Vergeltung durch Bukarest

AP, Bonn

Die rumänische Regierung hat vier Mitarbeiter der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest aufgefordert, bis Ende der Woche das Land zu verlassen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte dazu, die Bundesregierung sehe in dem Schritt eine Vergeltung für die Ausweisung von fünf rumänischen Diplomaten aus der Bundesrepublik, die sich statuswidrig verhalten hätten. Sie hatten schon vor zwei Wochen die Bundesrepublik verlassen. Das Auswärtige Amt hat inzwischen beim rumänischen Geschäftsträger in Bonn, der in das Auswärtige Amt einbestellt wurde, sowie durch den deutschen Botschafter in Bukarest gegen die Ausweisung protestiert. In politischen Kreisen Bonns wurde zu dem Vorgang erklärt. Rumänien habe das in den ersten Nachkriegsjahrzehnten üblich gewordene Verfahren genutzt, *um sich für die Ausweisung seiner* Diplomaten zu revanchieren.

Bonn beschließt Rentenerhöhung für Kriegsopfer

dpa, Bonn

Die 1,7 Millionen Kriegsopferrenten in der Bundesrepublik Deutschland sollen zum 1. Juli 1985 entsprechend der gesetzlichen Rentenversicherung um voraussichtlich 1,07 Prozent erhöht werden. *Das beschloß gestern* das Bundeskabinett auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

Der Steigerungssatz ergibt sich aus einer Regelung, die im Jahre 1970 getroffen wurde. Sie stellt sicher, daß die Kriegsopferrenten immer im selben Maße steigen wie die Sozialrenten.

Den Bund kostet die Rentenerhöhung nach Angaben des Arbeitsministeriums für ein Jahr rund 106 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben für die Renten der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der Impfgeschädigten und der Opfer von Gewalttaten betra*gen damit jährlich rund 10,6 Milliar*den Mark.

„Prawda" lobt den Kampf gegen die Korruption

rtr, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat die Entlassung zahlreicher der Korruption beschuldigter Funktionäre begrüßt und Parteiführer dazu aufgefordert, in diesen Anstrengungen nicht nachzulassen. Die Partei müsse sicherstellen, daß Funktionäre über jeden Zweifel erhaben seien, hieß es in einem Leitartikel der „Prawda". *Besonders gewürdigt* wurden die Sowjetrepublik Usbekistan in Asien und die Regionen Krasnodar und Rostow in Südrußland, die das Problem mustergültig gelöst hätten.

Die vom früheren Staatschef Andropow eingeleitete Anti-Korruptions-Kampagne schien nach dessen Tod abgeflaut zu sein. Daß in Zeitungen jetzt wieder mehr zu Schritten gegen die Korruption aufgefordert wird, führen westliche Diplomaten darauf zurück, daß Andropow-Anhänger im Politbüro dessen Amts*nachfolger Tschernenko überzeugt* hätten, die Kampagne zu beleben.

Moskau steigert die Rüstungsausgaben

Wintersitzung des Obersten Sowjet / Gorbatschow im Vordergrund – Ustinow fehlt

DW. Moskau

Zum ersten Mal seit vier Jahren hat die Sowjetunion für den Haushalt 1985 eine Erhöhung der Rüstungsausgaben angekündigt. Finanzminister Garbusow gab gestern zur Eröffnung der Haushaltsdebatte des Obersten Sowjet eine Aufstockung des Verteidigungsetats um zwei Milliarden Rubel auf 19,063 Milliarden Rubel (rund 63 Milliarden Mark) bekannt.

Dieser Etat *hat damit nach offiziellen* Angaben, die von westlichen Experten stark bezweifelt werden, einen Anteil von 4,9 Prozent am Gesamthaushalt. Garbusow betonte, die UdSSR erhöhe ihre Verteidigungskapazität, sie strebe aber nicht nach militärischer Vorherrschaft.

Seit 1981 hatte der Haushaltsposten für Rüstung unverändert 17,054 Milliarden Rubel betragen. In diesem Posten sind allerdings die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung, die Bildung strategischer Reserven sowie die zivile Verteidigung nicht einbezogen. Der Kreml hatte in jüngster Zeit mehrfach be*tont, der Anteil der Verteidigungsaus*gaben am Gesamtbudget der UdSSR sei seit 1970 von Jahr zu Jahr kleiner geworden. Westliche Experten setzen jedoch die sowjetischen Militärausgaben weit höher an. Nach amerikanischen und britischen Studien, die *sich auf das Jahr 1981 beziehen*, gibt Moskau im Jahr zwischen 70 und 92 Milliarden Rubel für die Rüstung aus.

Zur Eröffnung der Wintertagung des Obersten Sowjet hatten in der ersten Reihe des Präsidiums Staats- und Parteichef Tschernenko, Ministerpräsident Tichonow, Außenminister Gromyko und Gorbatschow – die Nummer zwei in der Parteihierarchie – Platz genommen.

Verteidigungsminister und Politbüromitglied Marschall Ustinow, der seit dem 17. September nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden war, fehlte auch zur Eröffnung der Wintersitzung. Gorbatschows „Konkurrent" *um die Nachfolge* Tschernenkos, Grigori Romanow, saß unmittelbar hinter dem Parteichef in *der zweiten Reihe.*

Den 1500 Abgeordneten des Obersten Sowjet liegen die Entwürfe für den Volkswirtschaftsplan und das Gesamtbudget für 1985 zur Verabschiedung vor. In einer von der amtlichen Nachrichtenagentur Tass veröffentlichten Rede gab Planungschef Baibakow den für das Jahr angestrebten Zuwachs der Industrieproduktion mit 3,9 Prozent an.

Der Planungschef kritisierte zugleich, daß in der Landwirtschaft 1984 die Pläne nicht erfüllt worden seien. Nach Schätzungen westlicher Experten liegt die diesjährige Getreideernte der UdSSR mit rund 170 Millionen Tonnen weit unter den Planzahlen. Nach Baibakows Worten ist 1985 ein Zuwachs der landwirtschaftlichen Produktion um 6,7 Prozent vorgesehen.

Der gesamte Haushalt der UdSSR für 1985 sieht Einnahmen von 391,5 Milliarden und Ausgaben von über 391,3 Milliarden Rubel vor.

Burns sagt neue historische Phase voraus

rmc. Bonn

Der US-Botschafter in Bonn, Burns, hat in einer Rede in Berlin auf den von Präsident Reagan erklärten Wunsch hingewiesen, „ein gutes Arbeitsverhältnis zur Sowjetunion herzustellen, ein Verhältnis, das durch größere Zusammenarbeit und Verständigung gekennzeichnet ist". Die Rede verdeutlichte nach Reagans Wiederwahl *erstmals* aus berufenem amerikanischen Munde vor der deutschen Öffentlichkeit die selbstauferlegte Verpflichtung des Präsidenten, in seiner zweiten Amtszeit zu einem „realistischen, produktiven West-Ost-Dialog" beizutragen.

Als *entscheidend* zur Verwirklichung dieser Absicht nannte der Botschafter den Willen der USA, „mehr in die Zukunft zu blicken als in die Vergangenheit". Es sei unrealistisch, „daß die Ost-West-Beziehungen in Zukunft wieder in den Bahnen des politischen Denkens und Handelns verlaufen, die wir mit der Entspannung der siebziger Jahre verbinden". Burns sagt im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion eine „neue historische Phase" voraus, in der verbesserte Beziehungen „durchaus neue Formen" annehmen könnten. Nach seiner Auffassung ist es der beste Weg, nicht nach umfassenden Abkommen zu streben, sondern unmittelbare Fortschritte in begrenzten, spezifischen Fragen zu suchen.

Zur Einstellung des Westens meinte der Botschafter, die beste Voraussetzung zur Gestaltung der Beziehungen mit dem Osten sei, einen breiteren Konsens herzustellen. Die westlichen Demokratien müßten der eigenen Bevölkerung einsichtig machen, „daß die Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen, militärischen und moralischen Stärke die beste Garantie ist, die es für den Frieden in unserem Zeitalter gibt". Den Ort seiner Rede ließ Burns nicht unerwähnt, als er sagte, die westlichen Alliierten verstünden ihre Rolle in der Stadt als die eines „Sachwalters der deutschen Nation". Burns: „Wir erachten die derzeitige Teilung dieser Stadt nicht als ewig. Bis zu dem Tag, da beide Teile Berlins und Deutschlands in Freiheit wiedervereint sind, bietet die Präsenz der Alliierten in Berlin die unersetzliche Grundlage für das Wohlergehen dieser Stadt."

Offensiv wehrt Kohl die Attacken ab

Fortsetzung von Seite 1

Frage der Seerechtskonvention überstimmt worden sei und weil aus den Reihen der Union Querschüsse gegen seine beabsichtigte Polen-Reise gekommen seien. Vogel begrüßte Äußerungen des Bundespräsidenten zur Frage der Ostgrenze; auch Genscher habe dazu Vernünftiges gesagt. Abgeordnete der CDU/CSU aber stellten immer wieder die Grenze in Frage, meinte der Oppositionsführer.

Im Ziel eines handlungsfähigen, einigen Europa zeigte sich Vogel mit der Bundesregierung einig. „Unsere Hand für ein solches Europa ist ausgestreckt."

In schärfster Weise attackierte der Oppositionsführer die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Von neuem steigende Preise, explodierende Kosten des Gesund*heitswesens, die Notwendigkeit ho*her Sozialhilfeleistungen und eine Verdoppelung der Zahl der Dauerarbeitslosen seien die düsteren Stellen im „Erfolgsgemälde".

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hielt dem SPD-Redner ein „hohes Maß an Selbstgerechtigkeit" entgegen. Tatsächlich sei die Koalition immer noch dabei, den Schutt wegzuräumen, den die SPD-geführte Bundesregierung hinterlassen habe. Dabei seien beachtliche Er*folge erzielt worden.*

An die SPD richtete Dregger die Frage, welches Programm für sie überhaupt noch gelte. Sie biete heute „das beklemmende Bild einer Partei, die sich nicht mehr darüber verständigen kann, wo sie steht – und wohin *sie will. Auf der Suche nach Mehrhei*ten ‚links von der Union' (Brandt) hat sie Kompaß und Orientierung verloren. Das Schlimmste ist, daß sie sich einer ‚Bewegung' anbiedert, deren Führung Gewalt als Mittel der Politik auch für die Zukunft nicht ausschlie*ßen will*".

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe rief Vogel zu: „Der Vorwurf, die Bundesregierung verhalte sich gegenüber Amerika wie ein Vasall, ist eine Gemeinheit." Im innenpolitischen Teil seiner Rede rühmte er das Wachstum der Wirtschaft, das stabile Preisniveau und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Die damit gewonnene Chance zur Schaffung neuer und zur Erhaltung gefährdeter Arbeitsplätze dürfe aber nicht dadurch verspielt werden, „daß das eifrige bis eifernde Überbieten von Vorschlägen in Sachen Ergänzungsabgabe auf die Spitze getrieben wird". Die FDP und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann würden es nicht zulassen, „daß die erfolgreiche Wirtschaftspolitik durch populistische Elemente, die in ein soziales Mäntelchen gekleidet sind und im Endeffekt zu unsozialen Auswirkungen führen, behindert werden".

Für die Grünen bezeichnete der Abgeordnete Verheyen den Bundeskanzler als einen „Mann der Industrie".

Ankara von Athen schwer brüskiert

Streit in der Ägäis belastet die Winterkonferenz der NATO-Verteidigungsminister

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Eine Woche vor der Winterkonferenz der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel ist es zwischen Griechenland und der Türkei zu einem schweren Streit gekommen, der die Grundüberzeugungen beider Staaten über territoriale Meinungsverschiedenheiten in der Ägäis berührt.

Wie von informierter Seite in der NATO verlautete, hat Athen im Dokument für die Streitkräfteplanung *für das Jahr 1985 die NATO* darüber unterrichtet, daß im kommenden Jahr ein militärischer Stab der griechischen Streitkräfte auf der Insel Lemnos eingerichtet wird.

Die Athener Ankündigung hatte auf die Türkei die Wirkung eines Donnerschlages. Ankara ist der Ansicht, daß Lemnos nach den Bestimmungen des Vertrages von Montreux demilitarisiert sein muß. De facto hat sich Athen, das anderer Auffassung ist, schon lange nicht an die Demilitarisierungsauflage gehalten. Der griechische Weg, nunmehr die Errichtung eines zusätzlichen militärischen Stabes auf der Insel in ein NATO-Dokument einfließen zu lassen, ist es, den die Türken als Provokation und als Versuch werten, auf dem Umweg über die Allianz eine völkerrechtliche Anerkennung des griechischen Standpunktes erzwingen zu lassen.

Dies hat dazu geführt, daß die Türkei damit gedroht hat, die Streitkräfteplanung, die auf dem Weg des Konsensus in der NATO verabschiedet werden soll, zu blockieren. Das hatte zwar praktisch wenig Auswirkungen, weil es sich nur um ein Stück Papier handelt und die Planungen der Nationen von ihm nicht abhängen. Aber die politische Wirkung des Schrittes gilt als schwerwiegend.

Der stellvertretende NATO-Generalsekretär da Rin (Italien) ist im Auftrag von Generalsekretär Lord Carrington nach Ankara geflogen, um mit Staatspräsident Evren die Lage zu erörtern. Die Türkei hat nämlich durchblicken lassen, daß sie geneigt sei, den Fall politisch hochzuspielen.

Als grotesk wird es in Brüssel empfunden, daß auf NATO-Seite alle Sympathien bei der Türkei sind, man jedoch gegen den souveränen Entschluß der Griechen nichts unternehmen kann. Die NATO will sich unter keinen Umständen in den Streit hineinziehen lassen und die Aktion Griechenlands in irgendeiner Weise sanktionieren. Das Bündnis kann nur Athen nicht daran hindern, auf Lemnos zu tun, was es will. Die Insel ist unbestritten griechisch, lediglich ihr militärischer Status ist umstritten.

Beobachter nannten den Athener Schritt „*levantinisch und verschlagen*". Militärisch sei er so zu bewerten, als würde die Bundesregierung in Bonn plötzlich ankündigen, sie wolle auf Helgoland den Stab einer Panzerdivision unterbringen. (SAD)



Honeckers Spitzel-Netz

„DDR"-Staatssicherheitsdienst mit Tausenden Mitarbeitern

MANFRED SCHELL, Bonn

Das *Ministerium für Staatssicherheit* (MfS) in Ost-Berlin, das in der Bundesrepublik Deutschland vor allem als Spionageapparat mit der Zielrichtung Westen angesehen wird, hat die „DDR" auch im Inneren mit einem weitverzweigten Spitzelsystem überzogen. *Nach einem Bericht des* Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), der zuständigen Stellen in Bonn vorliegt, hat das MfS in der „DDR" 60 000 bis 80 000 „inoffizielle Mitarbeiter" angeworben. „Nach den Vorstellungen des Ministeriums für *Staatssicherheit* soll dieses Spitzelsystem alle privaten und öffentlichen Bereiche der DDR-Bevölkerung netzartig überspannen und durchdringen und in allen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren der DDR über Vertrauensleute verfügen, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit konspirativ für den Staatssicherheitsdienst arbeiten, also Spitzeldienste leisten", heißt es in dem Bericht. Um das Herrschaftssystem im Inneren zu sichern, seien vom MfS teils unter Drohung und Erpressung Schüler, Rentner, Arbeiter, Bauern, Kellner, Taxifahrer, Leiter von Geldinstituten, Lehrer, Journalisten, Anwälte, Wissenschaftler, Studenten, Techniker und Ingenieure zur Mitarbeit gezwungen worden.

Einzelne Fälle davon sind im Westen bekanntgeworden. So wurde beispielsweise eine Studentin von zwei MfS-Mitarbeitern in ihrer Wohnung aufgesucht. Sie wurde aufgefordert, Berichte über die „Stimmung der Bevölkerung und in der Studentenschaft" zu liefern. Zugleich wurde ihr bedeutet, das Studium stelle eine „Vergünstigung" des Staates dar, der „Gegenleistungen" erwarten könne. Im übrigen wurde der Studentin mitgeteilt, daß „mehrere Dozenten an ihrer Fakultät für das MfS arbeiteten und das MfS deshalb Einfluß auf die Prüfungsergebnisse nehmen könne". Eine andere Studentin wurde bei dem Versuch, in einem Ost-Berliner Warenhaus einen Pullover zu entwenden, von einem Mitarbeiter des Warenhauses gestellt und in einem Büroraum einem „Zivilisten" gegenübergestellt. Er wies sich als MfS-Mitarbeiter aus und bot ihr an, die Anzeige wegen Diebstahls fallenzulassen, falls sie sich zu einer Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst bereit erkläre. Sie verpflichtete sich schriftlich dazu und berichtete unter Decknamen mündlich und schriftlich über Freunde, Bekannte, Kommilitonen und spätere Arbeitskollegen. Das MfS forderte Angaben über deren politische Einstellung und über eventuelle Kontakte mit dem Westen. Der Studentin gelang später die Flucht.

Eine große Zahl von Mitarbeitern, so heißt es in dem Bericht, unterhalte der Staatssicherheitsdienst auch in der Industrie. „In Schwerpunktbetrieben ist es möglich, daß nahezu die gesamte Leitungsebene des Betriebes inoffiziell für das MfS arbeitet. Als Verbindungsmann fungiert häufig auch der im Betrieb etablierte sogenannte Direktor für Kader und Bildung." Auch die in der Regel „begehrte Aufnahme in den Reisekader" für das westliche Ausland erfolge nur nach Überprüfung und Zustimmung des MfS. „Im Zuge des Genehmigungsverfahrens wird ein hoher Prozentsatz der Reisekader vom MfS für eine Mitarbeit verpflichtet."

Berlin holt kräftig auf

AP, Berlin

In vielen Sparten der Energie-, Umwelt- und Verkehrsforschung hat Berlin nach Ansicht von Arbeitssenator Edmund Wronski (CDU) seine alte Spitzenposition zurückerobert. Zwischen 1984 und 1988 werde sich das Land Berlin mit 75 Millionen Mark an rund 25 Forschungsprojekten beteiligen, deren Schwergewicht auf dem Sektor Umweltschutz liege, erklärte Wronski am Dienstag. Vom Bund und der Industrie würden je 120 Millionen Mark dazu erwartet.

Zu den wichtigsten Forschungsvorhaben gehört ein Großversuch mit 14 methanolbetriebenen Autobussen der Firmen Daimler-Benz AG und M. A. N., deren Lieferung in etwa neun Monaten erwartet werde. Zwei solcher Busse seien bereits über je 180 000 Kilometer zur vollen Zufriedenheit der Städtischen Verkehrsbetriebe im Einsatz, sagte Wronski.

Als weiteres Beispiel nannte der CDU-Politiker die Entwicklung eines neuen S-Bahnzuges in Zusammenarbeit mit der Berliner Waggon-Union und den Firmen Siemens und AEG/Telefunken. Der erste Prototyp mit einer Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometer werde im Mai 1986 erwartet. Andere Forschungsprojekte der Berliner Eigenbetriebe befaßten sich mit der katalytischen Stickstoffminderung bei stationären Gasmotoren, mit einem Hubstrahlreaktor zur Reinigung des in biologischen Klärbecken fallenden Filtrats und der Wirbelschichtstechnologie zur Verringerung schädlicher Bestandteile im Rauchgas von Müllverbrennungsanlagen.

Von dem zuletzt genannten Projekt erhofften die Forscher eine fast dioxinfreie Verbrennung des MÜlls, erklärte Wronski.

Wirtschaftssenator Elmar Pieroth beschrieb gestern sein Ziel, aus Berlin eine „Brutstätte für neue Technologien" zu machen. Der Senator erhofft sich davon, die Attraktivität der Stadt für junge Menschen zu erhöhen.

Seite 13: Neue Technologien

Größter Erfolg der Mudschahedin?

rtr, Islamabad

Bei der Suche nach Verstecken von Widerstandskämpfern sind nach Angaben von Diplomaten Mitte November möglicherweise mehr als 100 sowjetische Soldaten in der Nähe der südafghanischen Stadt Kandahar von Rebellen gefangengenommen worden. Sollten sich die Angaben bestätigen, wäre dem Widerstand die möglicherweise *größte Gefangennahme* sowjetischer Soldaten gelungen.

Neue Vorwürfe Lefebvres gegen Rom

AFP, Bogotá

Der französische Traditionalisten-Bischof Marcel Lefebvre hat in Bogotá den Vatikan beschuldigt, „diskret an der Verbreitung des Kommunismus in der ganzen Welt mitzuarbeiten". Seit dem Tode von Papst Johannes XXIII. arbeite die katholische Kirche mit dem Kommunismus zusammen und bereite schon „neue Kontakte in Ländern wie China und Polen" vor, sagte Lefebvre.

Eine Zusammenarbeit mit linken Regimen könne nur auf Errichtung des Kommunismus in allen Ländern führen, einschließlich dort, „wo es den Kommunismus nicht gibt", sagte der Alt-Erzbischof, der bereits vor Jahren vom Vatikan von seinen Ämtern suspendiert worden war.

Lefebvre kritisierte in scharfen Worten die Haltung der nicaraguanischen Geistlichen, die ein Amt innerhalb der sandinistischen Regierung ausüben. „Ich glaube nicht, daß die Sache Ernesto Cardenals (Nicaraguas Kulturminister) gerecht ist, weil wir ja schon die Frucht dieser Kollaboration sehen, nämlich Bürgerkrieg und Erhebung der Bevölkerung gegen die Regierung", sagte Lefebvre.

AL Berlin nominiert Lorenz-Entführer

F. D. Berlin

Die Berliner Alternative Liste hat den 31jährigen Gerald Klöpper als Kandidat für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nominiert. Klöpper gehörte 1975 zu den Terroristen, die den damaligen CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz ent*führten. Er war wegen Geiselnahme* und Menschenraubs zu elf Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt, 1982 aber auf freien Fuß gesetzt worden. Die Nominierung des Lorenz-Entführers, der als „Nachrücker" für die zweite Phase der Legislaturperiode vorgesehen ist, gilt als symbolischer Akt. Da das Gericht ihm wegen der laufenden Bewährung jedoch weder die bürgerlichen Ehrenrechte noch das aktive und passive Wahlrecht neu zuerkannt hat, ist der Landeswahlleiter gezwungen, die Bewerbung Klöppers zurückzuweisen.

Quelle des Wohlstands

Mk. – Noch haben die Handelspolitiker die Hoffnung nicht aufgegeben, daß von der Jahrestagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), die heute abend oder – wenn das Gerangel anhält – morgen beendet werden soll, Impulse für einen Abbau von Handelshemmnissen ausgehen werden. Zumindest dürfte sich zeigen, ob nun im nächsten Jahr eine neue Liberalisierungsrunde eingeläutet wird.

Die Rahmenbedingungen sind dafür nicht schlecht. Der Welthandel expandiert, allein in den ersten neun Monaten um real 8,5 Prozent. Und die Aussichten für den Warenaustausch bleiben günstig. Trotzdem überwiegen nicht nur unter den Entwicklungsländern jene Kräfte, die zunächst das im Kern dürftige Arbeitsprogramm des Gatt von 1982 vollenden wollen. Auch Frankreich vertritt offiziell diese Haltung und blockiert damit die EG.

Und das, obwohl die Drohung der Amerikaner ernst genommen werden muß, verstärkt auf bilaterale Absprachen oder auf solche mit Ländergruppen zu setzen, falls es im Rahmen des Gatt keine Fortschritte geben sollte. Damit wird noch stärker an den Festen eines multilateralen Welthandelssystems gerüttelt, nach dessen Spielregeln sich bereits jetzt weniger als die Hälfte des internationalen Warenaustausches abspielt. Dieses kann gerade in einem so außenhandelsabhängigen Land, wie es die Bundesrepublik ist, nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es geht darum, ob eine Hauptquelle des Wohlstands weiter sprudelt oder ob sie versiegt.

Fehlt Mut?

HH – „Da fehlt Ihnen der Mut!" wetterte Oppositionschef Vogel in seiner gestrigen Generalabrechnung mit dem Kanzler in der Haushaltsdebatte. Vogel redete sich so in Harnisch, weil die Bundesregierung bis zur Beitragsbemessungsgrenze von zur Zeit 5200 Mark monatlich nun auch Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld in die Beitragspflicht einbezieht, ihr bei höheren Einkommen dann aber der „Mut fehlt". Übersieht Vogel, daß man bisher in der mittleren Gehaltsklasse mit einem bloßen Rechentrick – etwa einer Aufteilung des Jahresgehalts in 15 Raten – seine Beiträge kräftig kürzen konnte, daß also die Gesamterfassung zu mehr Gerechtigkeit führt und sich auch in höheren Rentenansprüchen niederschlägt? Übersieht Vogel ferner, daß die Rentenansprüche der berühmten „Besserverdienenden" sich ebenfalls an der Beitragsbemessungsgrenze orientieren, sie also nicht besser behandelt werden? Wieso wird die soziale Gerechtigkeit mit „Füßen getreten", wie Vogel sagt? Fehlt Kohl der Mut oder Vogel die Kenntnis?

WÄRMEMARKT / Ruhrgas wendet sich gegen die Forderung nach Erdgassteuer

Verbraucher, die umweltfreundliche Energie wählten, werden bestraft

HANS BAUMANN, Essen

Gegen die wiederholten Vorstöße des Vorstandsvorsitzenden der Veba AG, Rudolf von Bennigsen-Foerder, am Wärmemarkt Wettbewerbsgleichheit herbeizuführen und so die Kohle zu entlasten, wendet sich der Vorsitzende des Vorstandes der Ruhrgas AG, Klaus Liesen, vor der Presse. Da angesichts der Haushaltslage nicht damit gerechnet werden könne, daß die Heizölsteuer falle, könne der Ruf nach „Gleichbehandlung" nur mit der Forderung einer Erdgassteuer gleichgesetzt werden.

Liesen verweist darauf, daß diese Forderung nicht neu sei. Von Zeit zu Zeit tauche sie immer wieder im politischen Bereich auf, sei aber stets aus ordnungspolitischen und energiepolitischen Gründen von den jeweiligen Bundesregierungen abgelehnt worden. Neu seien diesmal nur der Initiator, das Motiv und die Begründung. Nicht die Politik fordere eine Steuer, sondern ein deutsches Wirtschaftsunternehmen – und zwar in einer Zeit, in der allgemein von Steuerabbau und Abbau von Subventionen gesprochen werde.

Die hohe Akzeptanz des Erdgases beruht nach Liesen nicht auf fiskalischer Minderbelastung, sondern auf seiner Konkurrenzfähigkeit, seiner Umweltfreundlichkeit und seiner rationellen Einsatzfähigkeit. Das Gas leiste mit 600 Mill. Mark im Jahr hohe Konzessionsabgaben, die das Öl nicht kenne. Die Förderabgaben auf deutsches Erdgas betrügen 1,6 Mrd. Mark, also das Dreifache der Konzessionsabgaben auf deutsches Öl. Das Gas werde nicht über öffentliche Verkehrswege transportiert wie das Heizöl, sondern über ein Leitungsnetz, das die Gaswirtschaft selbst errichtet und unterhält. Die jährlichen Gesamtkosten für dieses Netz belaufen sich auf mehr als drei Mrd. Mark. Das Gas habe also höhere Lasten zu tragen als das Öl.

Die Befürchtung, daß das Erdgas Kohle verdränge und verantwortlich werden könne für die Stillegung von Gruben nennt Liesen „grotesk". In der Kraftwirtschaft habe die Kohle seit 1979 zehn Mill. Tonnen Absatz hinzugewonnen, das Gas aber zehn Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten verloren. Am Wärmemarkt habe die Kohle seit 1979 nichts eingebüßt. 1984 werde hier vielmehr ein deutlicher Absatzzuwachs für Steinkohle erwartet.

Eine Steuerbelastung des Gases kommt nach Liesen ausschließlich dem Heizöl zugute, das nach wie vor am Wärmemarkt mit 44 Prozent klar dominiere. Daß eine Gassteuer die Chancen der Kohle nicht verbessere, beweist Liesen plastisch: Obwohl Importkohle, die bei Verdrängung von Öl und Gas jährlich in einer Größenordnung von vier Mill. Tonnen eingeführt werden darf, 120 Mark je Tonne billiger als deutsche Kohle sei und rund 370 Mark billiger als leichtes Heizöl, werde das Importkontingent bei weitem nicht ausgenutzt.

Nach Liesen ersetzt Erdgas im Rahmen der politischen Zielvorstellungen Öl, womit sich die Versorgungssicherheit verbessert. Ein Mehrabsatz des Erdgases um einige Prozentpunkte und ein Rückgang des Öls in gleichem Ausmaß verbessere die Diversifizierung der Energieversorgung. Öl werde auch künftig den deutlich größeren Anteil abdecken.

Liesen gibt auch zu bedenken, daß eine Gassteuer einen Energieträger belasten würde, der entscheidend zur Verbesserung der Umwelt beiträgt. Wie paßt das zur Steuerermäßigung für Katalysatorautos, will Liesen wissen.

Jene Verbraucher, die aus Gründen rationeller und umweltfreundlicher Energieverwendung in den letzten Jahren Erdgas gewählt hätten, würden durch eine Steuer bestraft. Bedacht werden müßte auch, daß die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen westeuropäischen Erdgasimportländern geschwächt werde, wenn es darum gehe, neue Erdgasmengen – etwa aus Norwegen – einzukaufen. Liesen befürchtet aber nicht nur eine Verunsicherung der Erdgasexportländer. Er möchte auch nicht zum Spielball der Steuerpolitik der Gasexportländer werden, die ja auch auf den Gedanken kommen könnten, eine Gassteuer zu erheben.

EG-ERWEITERUNG

Nur bei Weinschwemme ist ein Kompromiß in Sicht

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein Stück vorangekommen sind die EG-Partner bei der Suche nach einem gemeinsamen Konzept zur Eindämmung der Weinüberschüsse. In anderen strittigen Fragen im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals schien im EG-Ministerrat dagegen auch gestern noch kein Kompromiß in Sicht.

Unter diesen Umständen war völlig ungewiß, wann die seit Montag in Brüssel versammelten Außenminister mit der spanischen und portugiesischen Delegation zusammentreffen würden. Nur bei nennenswerten Fortschritten bei der Ausarbeitung gemeinsamer Verhandlungspositionen, wird den Staats- und Regierungschefs in der kommenden Woche in Dublin erspart bleiben, sich ihrerseits mit Einzelproblemen der Fischereipolitik, des Zollabbaus oder der Übergangsfristen für Obst und Gemüse herumzuschlagen.

Als ein wichtiger Fortschritt wurde deshalb in Brüssel die Annäherung zwischen Frankreich und Italien in der Frage der Begrenzung der Produktion von Tafelweinen angesehen.

Während Paris seine Zustimmung klar von der Einführung einer „Garantieschwelle" für billige Weine abhängig macht, bei deren Überschreitung überschüssige Mengen zwangsweise zu Industriealkohol destilliert werden sollen, haben die Italiener lange vergeblich versucht, es mit dem Verbot von Neuanpflanzungen oder Prämien für die Rodung bestimmter Anbauflächen bewenden zu lassen.

Inzwischen sind auch sie zu drastischeren Maßnahmen zur Drosselung der nach dem Beitritt zu erwartenden größeren Überproduktion bereit. Die zu abschreckenden Preisen vorgesehene Destillation soll automatisch dann einsetzen, wenn

- entweder die Lagervorräte an Tafelweinen am Ende einer Ernte den EG-Verbrauch von vier Monaten erreichen,
- in einer noch zu bestimmenden Periode die Marktpreise für Tafelwein auf mindestens 82 Prozent des Orientierungspreises der EG absacken und
- sich bei der Aufstellung der jährlichen Brüsseler „Weinbilanz" ergibt, daß die voraussichtliche Produktion um wenigstens 6 Prozent über dem Verbrauch liegen wird.

Die Verteilung der zur Destillation anstehenden Mengen auf die einzelnen Regionen soll im Verhältnis der durchschnittlichen Tafelweinerzeugung in den vergangenen drei Jahren geschehen. Frankreich war bisher für Nationalquoten eingetreten, dabei aber auf erbitterten Widerstand der exportorientierten Italiener gestoßen.

Offen war gestern auch noch, ob Italien auf seiner Forderung nach einem Verbot der „Naßzuckerung" für deutsche Weine beharren würde. Bonn wollte sich nicht einmal auf einen Prüfungsauftrag einlassen, sofern dieser die Möglichkeit für ein späteres Verbot der Anreicherungspraxis eröffnet.

Versicherung ohne Grenzen

Von HARALD POSNY

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat es schwer mit den Brüsseler Eurokraten. Nur bei den Briten kommt Freude auf, seit die EG-Kommission einige EG-Mitgliedsstaaten, darunter auch die Bundesrepublik, mit Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof überzieht. Die angeklagten Regierungen hätten die EG-Mitversicherungs-Richtlinie unzureichend in nationales Recht überführt. Britischer Druck auf Brüssel ist ebenso unverkennbar wie überflüssig.

Längst haben sich die nationalen Versicherungsverbände im Gegensatz zum Londoner Hau-Ruck-Verfahren mehrheitlich auf einen realistischeren Rahmen der künftigen Dienstleistungsfreiheit geeinigt. Er wird von Bonn mitvertreten, selbst Brüssel signalisiert Zustimmung. Und dennoch: Die EG-Kommission inszeniert einen „Sturm im Wasserglas". Oder ist es doch mehr?

Nach der verwirklichten Niederlassungsfreiheit, die jedem Versicherer garantiert, eine Niederlassung innerhalb der EG zu eröffnen, ist der grenzüberschreitende Abschluß von Versicherungsverträgen im Rahmen der EG-Dienstleistungsfreiheit zu einem Streitpunkt geworden. Hier geht es vor allem darum, daß nach deutschem Aufsichtsrecht Ausländer hierzulande Versicherungsgeschäfte nur dann betreiben dürfen, wenn sie hier auch mit einer Niederlassung zugelassen sind. Aber: Die Kommission steht auf dem Standpunkt, diese Gesellschaften würden bereits durch die Behörden des Sitzlandes ausreichend beaufsichtigt.

Streitpunkt Nummer zwei: die Qualität der Aufsicht. Während die Briten nur die sogenannte Solvenzaufsicht kennen, also eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften, diese aber sonst schalten und walten läßt, geht die Aufsicht in Belgien, Frankreich, Italien und in den Niederlanden, vor allem aber in der Bundesrepublik, wesentlich weiter. Zwar wird die Versicherungsaufsicht in einigen Ländern unterschiedlich strikt angewandt, doch das deutsche Aufsichtsrecht ist das unbestritten weitestgehende, das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in Berlin das bei weitem schärfste.

Wesentliches Faktum: Es schützt vor allem den Verbraucher durch eine weitreichende Produkt- und Bedingungsaufsicht. Das ärgert manchen deutschen Versicherer und läßt ausländische Wettbewerber stöhnen. Aber keiner bestreitet die Wirksamkeit einer solchen „Qualitätskontrolle". Im stillen wird die Bundesrepublik darum weltweit beneidet.

Dies vor Augen, ist nicht einzusehen, daß es bis zu einer Harmonisierung der nationalen Aufsichtsrechte – wenn sie unverwässert überhaupt kommt – den einzelnen Regierungen überlassen bleiben muß, Mißbrauch unter dem Mantel der Dienstleistungsfreiheit zu verhindern. Wer ernstlich von der britischen Insel den Fuß auf den kontinentaleuropäischen Versicherungsmarkt setzen will, dem sollten auch die Kosten für eine Niederlassung nicht zu hoch sein und die deutsche Aufsicht nicht zu teuer erscheinen.

Längst liegen Vorschläge der Kontinentaleuropäer auf dem Verhandlungstisch: Liberalisierung der industriellen und großgewerblichen Sach- und Haftpflichtversicherung ab bestimmten Größenordnungen in Risiko und Prämie bei einem Mindestmaß an Bedingungstransparenz. Die Kundschaft muß erkennen können, daß „Brand" in Europa unterschiedlich definiert wird. Im privaten und kleingewerblichen Breitengeschäft sollte die materielle Aufsicht – wenn auch ohne Übertreibungen – weitergelten.

Dies sollte selbst dann als Grundsatz gelten, wenn Abschluß und Verwaltung des Vertrags und die Regulierung im Schadensfall eine Präsenz im Lande des versicherten Risikos vernünftig erscheinen läßt. Wer mag schon bei einem strittigen Hausratschaden mit London telefonieren, wenn der Makler paßt? Auch das ist – mag die Prämie noch so niedrig sein – Verbraucherschutz. Man kann die Dienstleistungsfreiheit wenden und drehen wie man will, die Frage spitzt sich tatsächlich auf die Gefahr der Verzerrung im Bedingungswettbewerb und ein Absenken auf einen kleinsten gemeinsamen EG-Aufsichts-Nenner zu. Wer das will, der muß freilich auch ein Rezept für den Fall bereithalten, wenn – wie in England, aber auch anderswo gelegentlich der Fall – Versicherer pleite gehen.

AUF EIN WORT

„Würde man die Entwicklung der Elektronik seit 1960 in puncto Geschwindigkeit, Kapazität, Verbrauch und Preis mit der des Autos vergleichen, so würde ein Personenwagen heute 10 000 Kilometer in der Stunde schaffen, 5000 Personen Platz bieten und mit einem Liter Benzin 2000 Kilometer zurücklegen können. Und das zu einem Preis von zehn Mark."

Dr. Klaus Brepohl, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln
FOTO: WOLF P. PRANGE

Margarineindustrie klagt gegen EG

dpa/VWD, Bonn

Die deutsche Margarineindustrie hat gegen die Weihnachtsbutteraktion der EG Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg erhoben. Wie der Verband der Deutschen Margarineindustrie mitteilte, wird die Klage damit begründet, daß die im Rahmen der Aktion gewährten Subventionen geeignet seien, das Marktgleichgewicht nachhaltig zu beeinträchtigen. Dabei würde das angestrebte Ziel, die Lagerbestände drastisch abzubauen, nicht erreicht. Frühere Aktionen hätten gezeigt, daß lediglich ein Teil der Weihnachtsbutter echter Mehrabsatz sei.

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM

Besserung am Arbeitsmarkt hilft vor allem Jugendlichen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die leichten Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt haben sich nach einer Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums im Oktober fortgesetzt. Dies gilt vor allem für die Kurzarbeit, deren Zahl sich seit Jahresbeginn halbiert hat. Im Gegensatz zur Gesamtarbeitslosigkeit geht die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zurück.

Während die jahresdurchschnittliche Quote der jugendlichen Arbeitslosen (unter 20 Jahren) 1982 noch über der Gesamtquote der Arbeitslosen lag, konnte sie bereits im Durchschnitt des vergangenen Jahres auf das Niveau der Gesamtarbeitslosigkeit zurückgeführt werden. Seit dem Jahreswechsel lagen die monatlichen Quoten der arbeitslosen Jugendlichen deutlich unter der Gesamtquote, so im September mit 8,2 Prozent gegenüber 8,6 Prozent bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Gegenüber dem Vorjahresmonat hat die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um 26 300 auf 172 900 abgenommen.

Damit bestätigen sich die Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen, nach denen die Arbeitslosigkeit Jugendlicher im Wirtschaftsaufschwung schneller abgebaut wird als die anderer Altersgruppen. Nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums haben auch die arbeitsmarkt- und berufsbildungspolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder zum Rückgang beigetragen. Der höchste Anteil an Arbeitslosen ist jetzt bei den 20- bis 25jährigen festzustellen.

Das Ausbildungsplatzangebot konnte 1984 nochmals gesteigert werden. Einer Gesamtnachfrage von 760 000 steht ein Angebot von 720 000 Plätzen gegenüber; Ende September waren davon noch 20 000 frei.

LEISTUNGS- UND HANDELSBILANZ

Rekordüberschüsse im Außenhandel erwartet

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesrepublik kann in diesem Jahr mit einem Leistungsbilanzüberschuß von mindestens zwölf Milliarden Mark nach 10,3 Mrd. DM im Vorjahr rechnen. Das zeichnet sich nach den Außenwirtschaftsdaten vom Oktober ab, in dem die Leistungsbilanz einen Rekordüberschuß von 6,5 Mrd. DM brachte nach 3,8 Mrd. DM im gleichen Vorjahresmonat.

Das in den ersten drei Quartalen aufgelaufene leichte Minus in der Leistungsbilanz verwandelt sich durch das Oktoberergebnis in ein Plus von sechs Mrd. DM, was eine Verbesserung um 1,7 Mrd. DM gegenüber den ersten zehn Monaten 1983 bedeutete. Im vorigen Jahr gab es im November/Dezember einen Überschuß von sechs Mrd. DM, 1982 sogar ein Plus von 10,5 Mrd. DM.

Die Verbesserung der Leistungsbilanz im Oktober ist vor allem dem Rekordaußenhandelsüberschuß zu verdanken, der sich gegenüber Oktober 1983 von 4,2 auf 8,8 Mrd. DM mehr als verdoppelt hat. Darin spiegelt sich die gute Exportkonjunktur, die bislang nur in den Aufträgen einen deutlichen statistischen Niderschlag gefunden hatte. Gegenüber Oktober '83 stiegen die Exporte um 27 Prozent wesentlich deutlicher als die Importe (plus 17 Prozent).

Aus- und Einfuhr waren so hoch wie nie zuvor bei Steigerungen gegenüber dem Vormonat um 18 bzw. elf Prozent. Für die ersten zehn Monate errechnet sich ein Exportüberschuß von 40,9 (Vj.: 34,6) Mrd. DM, dem ein Defizit von 9,5 Mrd. DM im Dienstleistungsverkehr und von 25,4 Mrd. DM bei den unentgeldlichen Leistungen gegenübersteht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Prime Rate gesenkt

New York (dpa/VWD) – Die Citibank, New York, hat ihren Zinssatz für erste Kreditadressen (Prime Rate) um 0,25 auf 11,5 Prozent ermäßigt. Auch die First National Bank of Chicago, die First National Bank of Minneapolis und die First National Bank of St. Paul haben sich dem Schritt der Citibank angeschlossen. Experten führen die Prime-Rate-Senkung auf die Senkung des US-Diskontsatzes durch die Notenbank in der vergangenen Woche um einen halben Punkt auf 8,5 Prozent zurück.

VW an der Spitze

Flensburg (dpa/VWD) – Bei den Zulassungen fabrikneuer Personen- und Kombiwagen haben im Oktober 1984 die Hersteller VW/Audi, Daimler-Benz und BMW überdurchschnittliche Zunahmen verbucht. Der VW-Konzern legte nach der gestern veröffentlichten Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes um 27,5 Prozent zu, Daimler um 19,3 Prozent und BMW um 15,2 Prozent. Insgesamt kamen im Oktober 1984 in der Bundesrepublik fast 215 000 neue Pkw und damit knapp 13 Prozent mehr auf die Straßen als im Vorjahresmonat.

Kapitalexport in die USA

Bonn (AP) – Aus der Bundesrepublik ist in den letzten anderthalb Jahren langfristiges Kapital im Gegenwert von fast 20 Mrd. Mark in die USA abgeflossen. Dies geht aus einer Übersicht hervor, die der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele (CDU), veröffentlichte. Danach exportierte die Bundesrepublik zwischen Januar 1982 und Juli 1984 netto insgesamt 21,2 Mrd. Mark kurz- und langfristiges Kapital ins Ausland.

Stahlproduktion gestiegen

Brüssel (AFP) – Die Stahlproduktion in den nicht-kommunistischen Ländern ist im Oktober 1984 um 1,7 Prozent auf 36,9 Mill. metrische Tonnen (MMT) angestiegen, teilte das Internationale Institut für Eisen und Stahl (IISI) mit. Die Produktion ist in den ersten zehn Monaten um 11,4 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 angestiegen und erreichte 363,1 MMT.

Ministertreffen in Bonn

Bonn (AP) – Zu einer zweitägigen Konferenz über Wirtschafts-, Kommunikations- und Medienfragen treten die Wirtschaftsminister der Bundesländer morgen in Bonn zusammen. Die Minister werden unter anderem über die Ausbildungsplatz-Situation, die Förderung der Risikokapitalausstattung der deutschen Unternehmen, die Entwicklung des Energieverbrauchs und die europäische Stahlpolitik beraten.

Geldstrafen verhängt

Brüssel (rtr) – Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat gegen fünf europäische Chemieunternehmen wegen Verletzung des Wettbewerbsrechts Geldstrafen von insgesamt neun Mill. Ecu (rund 20,16 Mill. Mark) verhängt. In der Kommissions-Entscheidung heißt es, Degussa (Frankfurt), Solvay (Belgien), Laporte Industries (Großbritannien), Air Liquide (Frankreich) und Products Chimiques Ugine Kuhlman (Frankreich) hätten über Jahre verbotene Preisabsprachen, Quoten- und Marktaufteilungen vorgenommen.

Mehr Arbeitslose

Luxemburg (rtr) – Die Zahl der Arbeitlosen in der Europäischen Gemeinschaft ist im Oktober um rund 110 000 auf die Rekordhöhe von 12,8 Mill. gestiegen. Die weitere Zunahme könne nicht nur mit saisonalen Einflüssen erklärt werden. Der Trend am Arbeitsmarkt deute auf einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Dies teilte das Statistische Amt der Gemeinschaft (Eurostat) mit. Seit Oktober des vergangenen Jahres habe die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 5,6 Prozent zugenommen.

GELDPOLITIK

Leutwiler: Kein Instrument gegen Erwerbslosigkeit

KAREN SÖHLER, Bonn

Geldpolitik wird zu einem Fehlschlag, wenn sie auf reale Größen ausgerichtet ist. Die Erfahrung der letzten 20 Jahre habe gelehrt, daß Arbeitslosigkeit sich mit diesem Instrument nicht bekämpfen läßt, sagte Fritz Leutwiler, Präsident der Schweizerischen Nationalbank und gleichzeitig der Präsident der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, auf einer Vortragsveranstaltung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Erst diese Erkenntnis habe den Weg zu vergleichsweise niedrigen Teuerungsraten innerhalb der OECD-Länder geebnet.

Ebenso wenig sollte die Geldpolitik dazu verwandt werden, Wechselkursschwankungen auszugleichen. Die Versuchung war groß, nachdem sich die festen Regelungen von „Bretton Woods" 1973 auflösten und die Kurse sich am freien Markt bilden mußten. Denn trotz des neuen Systems mußten die Hoffnungen auf stabile Kaufkraftparitäten schon bald begraben werden. Leutwiler begründete die immer wieder auftretenden Kursausschläge einleuchtend: Güterpreise und Löhne sind relativ starr; kurzfristige Anpassungen lasten also auf den Wechselkursen.

Diese Unregelmäßigkeiten durch Eingriffe der Noten- oder Bundesbank ausgleichen zu wollen, lehnte der Nationalbank-Präsident ab, weil Interventionen am Geldmarkt nicht besonders effektiv seien, die wirtschaftspolitischen Kosten dafür aber um so höher. Ein stetiges inflationsfreies Wachstum führe automatisch zu festeren Wechselkursen. Voraussetzung seien geringe Unterschiede zwischen den Geldpolitiken der westlichen Länder.

BERLINER WIRTSCHAFT / Pieroth: Aufschwung soll sich 1985 verstärkt fortsetzen

„Brutstätte für neue Technologien"

DANKWARD SEITZ, Berlin

Ist das schon die Trendwende zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen? Seit 1970 droht der Berliner Wirtschaft mit einem jährlichen Arbeitsplatzverlust von durchschnittlich 9000 Stellen die allmähliche Auszehrung. Jetzt ist es in den ersten neun Monaten 1984 gelungen, wie Wirtschaftssenator Elmar Pieroth in einem Gespräch mit dem Club Münchner Wirtschaftspresse mitteilte, diesen Rückgang zu stoppen und sogar 2500 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Und 1985 soll sich diese Tendenz beschleunigt fortsetzen.

Sichtlich stolz, aber selbst auch etwas von dieser Entwicklung überrascht, meinte er, daß „dies die Berliner noch gar nicht glauben" könnten. Den Erfolg führt er einzig und allein auf die neue Wirtschaftspolitik und das Strukturkonzept des Senats zurück. Denn wenn diese Entwicklung nur der allgemein günstigen Konjunktur zugeschrieben werden müßte, so seine Argumentation, dann hätte es auch in der Vergangenheit in guten Jahren kein Minus geben dürfen. Eine entscheidende Klimaverbesserung – „wenn das nicht stimmt, nutzen alle Anstrengungen nichts" – für die Wirtschaft der geteilten Stadt hat der Senat, so Pieroth, mit seiner neuen Strukturpolitik eingeleitet. Seitdem bemühe man sich intensiv um die Förderung und Ansiedlung von „High-Tec"-Unternehmen. Nur diese gelte es zu umwerben, und „nicht Altes mit Subventionen zu erhalten". Wenn ein Unternehmen, das Berlin nicht unbedingt haben will und muß, in die Stadt kommen wolle, dann käme es auch ohne große Bemühungen.

So ist Pieroth nicht betrübt, daß das Bundeskartellamt einem gemeinsamen Glasfaserwerk von fünf deutschen Firmen in Berlin nicht zugestimmt hat. „Das hätte sowieso wenig Arbeitsplätze gebracht." Weit interessanter sei, daß Siemens nun ein Verarbeitungswerk für Glasfaserkabel mit rund 600 Beschäftigten in der Stadt bauen will. Oder: das Medizin-Laser-Zentrum (Aesculap, MBB, Zeiss Ikon) sowie ein noch kleines Unternehmen von VW, BMW, Daimler und Siemens, das die „Autofabrik der 90er Jahre" plant.

Eine „Brutstätte für neue Technologien" will Pieroth aus Berlin machen, weil „dies neue unternehmerische Potentiale erschließt und gleichzeitig kaum einen Pfennig an Subventionen kostet". Dadurch „kommen auch wieder junge Leute in die Stadt, um hier zu bleiben". Bereits 1983 hat Berlin mit 13 Prozent Anlagezugängen das Bundesgebiet (zwei Prozent) weit übertreffen können. Und beachtlich ist auch das Investitionstempo im laufenden Jahr mit 14,9 (Bund: zwei bis drei) Prozent.

LANDMASCHINEN

Harvester verkauft Werke an Tenneco

VWD, **Chicago**

Für 260 Mill. Dollar in bar und weitere 170 Mill. Dollar in Vorzugsaktien wird Tenneco Inc bestimmte Agrarmaschinenbereiche der International Harvester Co (IH) in Nordamerika und Europa kaufen. Wie Tenneco mitteilte, sollen die Landmaschinenaktivitäten von IH in ihre Tochtergesellschaften J. I. Case Co eingebracht werden. Zu den IH-Bereichen, die übernommen werden sollen, gehören ein Mähdrescherwerk in Illinois, ein Agrargerätewerk in Ontario, ein Maschinenbaubetrieb in Illinois, Werkzeugmaschinen aus den Werken in Rock Island/Illinois und Memphis, die nordamerikanische Händlerorganisation sowie die britische IH-Tochter einschließlich des Traktorenwerks in Doncaster. Ferner sei vorbehaltlich zufriedenstellender Arrangements mit Kreditgebern die Übernahme von IH-Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und Dänemark geplant.

Nach Angaben von IH-Chairman Donald Lennox sei „die Entscheidung, an Tenneco zu verkaufen, nicht leicht gefallen", jedoch der einzig gangbare Weg, um IH eine weitere Erholung zu ermöglichen. Nach einer Mitteilung ist Neil Springer, ehemals Präsident des Lkw-Bereichs, zum President und Chief Operating Officer von IH ernannt worden. Er löst Jack Rutherford ab, der zum stellvertretenden Chairman gewählt wurde.

HANNOVER-MESSE / Abbau der Übernachfrage ist das Ziel – Neues Konzept soll bis in die 90er Jahre gelten

Büro- und Informationstechnik wird ausgegliedert

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Von 1986 an wird es die Hannover-Messe in der bisherigen Form nicht mehr geben. Die Deutsche Messe- und Ausstellungs AG, Hannover, hat jetzt das neue Konzept für diese Mammutveranstaltung vorgestellt. Danach wird das Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Kommunikations-Technik (Cebit) verselbständigt. Premiere für die künftige „Cebit Hannover-Messe" ist vom 12. bis 19. März 1986, drei Wochen vor der mit verstärkter industrieller Ausrichtung stattfindenden Hannover-Messe. Deren Termin (9.–16. April) liegt schon lange fest und bleibt unverändert.

Nach Angaben des Messe-Vorstands ist die zeitliche Differenzierung der Veranstaltungen die „konsequente Antwort auf die dynamische Entwicklung der neuen Technologien, die sich im internationalen Angebot der beiden Weltmessen widerspiegeln". Sowohl im industriellen wie im Cebit-Bereich bestanden jahrelang Übernachfrage und Wartelisten. Der Vorstand der Messe AG legt Wert auf die Feststellung, daß die neue Konzeption, an der seit langem gearbeitet wurde, von allen Beteiligten ausdrücklich begrüßt wurde. Vorstandschef Klaus E. Goehrman und seine Kollegen Hubert-H. Lange und Sepp D. Heckmann sehen mit der jetzt erfolgten Neuordnung die Voraussetzungen erfüllt, den Messeplatz Hannover noch attraktiver zu machen. Goehrmann: „Dieses Konzept ist langfristig angelegt und soll bis in die 90er Jahre hinein halten."

Die Neustrukturierung des Cebit-Angebots wird den Ausstellern den seit Jahren geforderten zusätzlichen Platz bieten. Vorgesehen ist, neben der Nutzung der bislang fünf Hallen als autarke Einheit unmittelbar benachbarte weitere Hallen zur Verfügung zu stellen. Aktuell bestehe für Cebit ein Überhang von 30 000 m². Die Forderung aus der Industrie, hier Abhilfe zu schaffen, sei immer drängender geworden. Lange weist darauf hin, daß die Messe AG für den Cebit-Bereich bislang nicht aquisitorisch tätig werden konnte. Dies werde sich künftig ändern. Die im Vorfeld angestellten Untersuchungen der Messe AG haben ergeben, daß zwei Drittel der Cebit-Besucher (1984: 290 000) ausschließlich diesen Bereich aufsuchten. Auch diese Zahl spreche für die Verselbständigung. Das andere Drittel, so Lange, müsse den Weg nach Hannover künftig zweimal machen. Als ideal betrachtet der Messevorstand den Termin der Neuordnung: 1985 nämlich laufen die Verträge mit den Cebit-Ausstellern aus.

Die zeitliche Nähe zu der dann folgenden Industriegüterschau sei aus verschiedenen Gründen gesucht worden. Einer der wesentlichen Faktoren sei es, das „Dach der übergreifenden Hannover-Messe zu erhalten". Die Interdependenz beider Messen, dies sei auch in den Gesprächen mit Ausstellern sichtbar geworden, müsse ebenso erhalten bleiben wie die bisherigen „Schnittflächen" zwischen Cebit und den benachbarten Industrien. Die Verlagerung in den Herbst sei im Rahmen der Überlegungen schnell verworfen worden: Zum einen will die Industrie ihre Produkte möglichst zu Beginn des Jahres vorstellen; andererseits gebe es Überschneidungen mit existierenden Veranstaltungen.

Von der Trennung profitiert zugleich die „traditionelle" Hannover-Messe mit ihrem branchenübergreifenden Verbundsystem. Auch dort gibt es Aussteller-Gruppen, die unter erheblichen Platzproblemen zu leiden haben. Im besonderen Maße, so der Messevorstand, gelte dies für die zukunftsorientierten Technologien Mikroelektronik und die Industrieautomation mit den Schwerpunkten Automatisierungstechnik, Industrieroboter, Materialflußtechnik.

Gemeinsam mit den Ausstellerbeiräten seien in den vergangenen Monaten zahlreiche Alternativ-Modelle diskutiert worden, darunter der Bau neuer Hallen und der Verzicht auf weniger innovative Branchen. Überlegungen dieser Art hätten aber keine positiven Ergebnisse gebracht. Vielmehr wären die Transparenz der „Messe der Messen" weiter eingeschränkt und die jetzt schon sichtbaren infrastrukturellen Schwierigkeiten weiter verstärkt worden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht erhofft sich die Messe-AG mittelfristig stabilisierende Ergebnisse, wenngleich die beiden kommenden Jahre beträchtliche zusätzliche Aufwendungen erfordern.

ENERGIEBEDARF / Neue Schätzungen der Esso AG

Öl verliert an Bedeutung

JAN BRECH, **Hamburg**

Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik wird innerhalb der nächsten 15 Jahre um etwa 10 Prozent auf 400 Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten steigen. Der Zuwachs ergibt sich fast völlig aus höheren Umwandlungsverlusten und dem Verbrauch im Energiesektor. Allein die Elektrizitätswirtschaft wird trotz Verbesserung des Wirkungsgrads der Kraftwerke im Jahr 2000 mehr als ein Drittel zusätzliche Energie aufwenden müssen, um den um rund zwei Prozent jährlich wachsenden Strombedarf decken zu können.

Nach den neuesten Schätzungen der Esso AG, Hamburg, wird die Steinkohle an der Deckung des Primärenergiebedarfs mit mehr als einem Viertel beteiligt sein. Das entspricht einem Steinkohlenbedarf von 90 Mill. Tonnen. Braunkohle dürfte den heutigen Anteil von 16 Prozent halten. Bei der Kernenergie unterstellt die Esso, daß die zurzeit in Bau befindlichen Kernkraftwerke fertiggestellt werden, so daß die Kapazität von 12 000 auf 30 000 Megawatt steigt. Das bedeutet einen Anteil von 15 Prozent am Primärenergieverbrauch. Den Anteil von Erdgas schätzt die Esso im Jahr 2000 auf unverändert 16 Prozent.

Ein Eckpfeiler in der Versorgung bleibt Öl, auch wenn der Verbrauch von gegenwärtig 100 auf 90 Mill. t und der Anteil von 44 auf 32 Prozent zurückgehen wird. Einen starken Rückgang erwartet die Esso bei schwerem und leichtem Heizöl. In der Industrie sinkt danach der Ölanteil an der Dekkung des Energiebedarfs von 20 auf acht Prozent, in den Haushalten von 50 auf 34 Prozent. Im Verkehr bleibt Öl dagegen das Rückgrat der Versorgung. Der Anteil dürfte auch künftig knapp 100 Prozent betragen.

Der insgesamt sinkende Ölbedarf hat weitreichende Konsequenzen für die Industrie. Die Verarbeitungs-Kapazitäten, die bereits um 45 Mill. t auf 114 Mill. t reduziert worden sind, müssen bis 1990 auf 90 Mill. t abgebaut werden. Im Vertrieb dürfte das jetzt noch 21 000 Stationen umfassende Tankstellennetz bis 1990 auf 15 000 Stationen zurückgehen, und von den 12 500 Heizölhändlern dürften weniger als 10 000 übrigbleiben.

AUTOVERSICHERER / Regionalklassen der Kfz-Haftpflicht mit neuen Grenzen

Neugliederung teilt die Prämien

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Für die Autoversicherer überraschend hat das Bundeswirtschaftsministerium zum 1. Januar 1985 einige Änderungen in der Regionaleinteilung der Kfz-Haftpflichtversicherung verordnet. Danach bleibt die seit Mitte 1981 gültige Gliederung in vier Klassen für Regierungsbezirke und Großstädte über 300 000 Einwohner erhalten, wobei jedoch die Grenzen zwischen den Beitragsklassen verschoben werden. Zu- und Abschläge gibt es für Regionen, die einen besonders guten oder schlechten Schadenverlauf haben.

Die Autoversicherer, die am liebsten wegen der größeren Prämiengerechtigkeit wieder zur Einteilung in sechs Regionalklassen kommen würden, wie sie von 1977 bis 1981 galt, beurteilen die Bonner Entscheidung überwiegend negativ.

Dabei hätte Braunschweig infolge des guten Schadenverlaufs nicht nur einen Prämiennachlaß von vier, sondern von sechs Prozent erwarten dürfen. „Unvertretbar hoch belastet werden der Regierungsbezirk Karlsruhe und die Stadt Wuppertal", meint der HUK-Verband. Auch die Regierungsbezirke Darmstadt, Düsseldorf, Münster, Mittelfranken, Arnsberg, Saarland, Freiburg, Schwaben und Unterfranken zahlen zuviel, weil sie jetzt den Regierungsbezirk Köln subventionieren, der nach der neuen Grenzziehung eigentlich in die Klasse RL 4 statt RL 3 gehörte. Entsprechend erhöht Köln wegen des schlechten Schadenverlaufs die Prämien in der Klasse RL 3.

Die Einteilung der Regionalklassen ab 1. 1. 1985:

Regierungsbezirke einschließlich Städte über 300 000 Einwohner (bisherige abweichende Einstufung in Klammern):

RL 1: Braunschweig (mit Beitrags-Abschlag von vier Prozent), Kassel, Detmold, Gießen, Hannover, Lüneburg (2), Schleswig-Holstein. **RL 2:** Koblenz, Trier, Weser-Ems, Oberfranken, Rheinhessen-Pfalz, Stuttgart (3), Tübingen (3); **RL 3:** Darmstadt (2), Düsseldorf (2), Köln, Münster, Mittelfranken, Arnsberg (2), Saarland, Freiburg, Schwaben, Unterfranken; **RL 4:** Karlsruhe, Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz.

Städte über 300 000 Einwohner: **RS 1:** Düsseldorf, Bremen, Hannover (3), Bielefeld (2); **RS 2:** Berlin (3), Duisburg (1), Frankfurt, Köln, Stuttgart (3), Wuppertal (1); **RS 3:** Bochum (2), Dortmund (2), Essen (2), Hamburg, Nürnberg; **RS 4:** München.

Tarifgruppe B (öffentlicher Dienst): **BL 1:** Braunschweig, Trier, Detmold, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems, Kassel, Gießen, Koblenz, Rheinhessen-Pfalz, Arnsberg, Münster, Unterfranken, Oberfranken, Stuttgart (2), Tübingen (2), Schleswig-Holstein (2); **BL 2:** Darmstadt, Schwaben, Saarland, Mittelfranken, Düsseldorf, Freiburg, Köln, Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern, Karlsruhe; **BS 1:** Düsseldorf, Bremen, Hannover, Bielefeld, Wuppertal, Duisburg, Köln, Essen, Frankfurt, Bochum, Dortmund, Stuttgart, Nürnberg (2); **BS 2:** Hamburg, Berlin, München.

Teilverkauf von Creusot-Loire

J. Sch. **Paris**

Die Aufsplittung des im Konkursverfahren befindlichen Creusot-Loire-Konzerns macht weitere Fortschritte. Das Pariser Handelsgericht hat jetzt das Werk für Kesselbaueinheiten in Nantes dem deutschen Familienunternehmen GEA Holding GmbH & Co., Bochum, zugesprochen. Der Übernahmepreis soll sich auf einen symbolischen Franc belaufen. Jedoch hat sich GEA verpflichtet, in den nächsten drei Jahren 48 Mill. Franc zu investieren.

Das deutsche Unternehmen, das nach eigenen Angaben Marktführer im Bereich der Luftkühler ist, hatte bereits den französischen Hersteller von Wärmeaustauschern, Ergé Spitale, saniert. Dies dürfte einer der Gründe dafür gewesen sein, daß das Gegenangebot der französischen Hamon-Sobelco abgelehnt wurde.

Ein weiteres Creusot-Werk in Nantes für Rotationsmaschinen wurde der amerikanischen Rockwell-Gruppe zugeschlagen. Sie will in den nächsten drei bis vier Jahren etwa 80 Mill. Franc investieren.

FRANKREICH / Gutes drittes Quartal war trügerisch

Wachstum wieder schwächer

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Das französische Bruttosozialprodukt ist im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber dem zweiten saisonbereinigt real um ein Prozent gestiegen. Gleichzeitig erbrachte die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 6,6 Mrd. Franc, womit deren Defizit für die ersten neun Monate auf 5,3 Mrd. Franc reduziert wurde, nachdem es in der gleichen Vorjahreszeit 36,6 Mrd. Franc erreicht hatte. Der Glanz dieser jetzt bekannt gewordenen Ergebnisse ist aber inzwischen wieder verblaßt.

Wie bereits berichtet hat sich die Handelsbilanz im letzten Monat erheblich verschlechtert, was sich auch auf die Leistungsbilanz negativ auswirken wird, zumal die Einnahmen aus dem Touristenverkehr saisonbedingt erheblich nachgelassen haben.

Auch schwächt sich die Wachstumsrate voraussichtlich ab. Denn im dritten Quartal wurde sie zu 90 Prozent durch den Export herbeigeführt.

Nicht zuletzt aber wird sich in den nächsten Monaten der starke Rückgang der sogenannten großen Exportaufträge (Opec, UdSSR usw.) nachteilig auf die Entwicklung der Handelsbilanz auswirken. Nach 95 Mrd. Franc 1982 und 57 Mrd. Franc 1983 erreichten diese Aufträge in den ersten neun Monaten 1984 nur noch 37 Mrd. Franc. Auf der Leistungsbilanz lastet der steigende Schuldendienst für die zunehmende Auslandsverschuldung.

Nach einer im Auftrag amerikanischer Großbanken von der Data Resources Inc. France durchgeführten Untersuchung dürfte sich der Schuldendienst (einschließlich Tilgungen) von 56,7 Mrd. Franc 1983 auf 343,2 Mrd. Franc 1992 erhöhen, was 13,4 (6,5) Prozent der französischen Exporte entsprechen würde. Das Institut bezweifelt, daß diese Mittel aus Leistungsbilanzüberschüssen aufgebracht werden könne.

Es erwartet, daß die französische Auslandsschuld von 451 auf 754 Mrd. Franc 1992 zunimmt. Diese pessimistische Prognose beruht auf der Hypothese eines unveränderten hohen Dollarkurses.

VW / Streikfolgen wurden zum großen Teil ausgeglichen

Ergebnis ist noch negativ

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Durch die rasche Wiederaufnahme der Produktion und durch Sonderschichten hat der Volkswagen-Konzern die im zweiten Quartal als Folge der Tarifauseinandersetzungen entstandenen Einbußen weitgehend ausgleichen können. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, lag die Fertigung in den ersten neun Monaten 1984 mit 1,51 (1,59) Mill. Fahrzeugen nur noch um 5,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. An die Händlerorganisation abgesetzt wurden im Berichtszeitraum ebenfalls 1,51 Mill. Automobile; das entspricht einem Rückgang um 4,9 Prozent.

Die Auslieferungen an Kunden dagegen blieben mit 1,62 Mill. Fahrzeugen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nahezu unverändert (minus 0,3 Prozent). Dem vor allem lieferbedingten Rückgang im Inland von 5,9 Prozent stand auf den europäischen Volumenmärkten ein Minus von 0,9 Prozent gegenüber. Die Konzernverkäufe in den USA und Kanada dagegen nahmen um 24,8 bzw. 45,1 Prozent zu. Auch in Mexiko wurden die Auslieferungen des Vorjahres mit 19 Prozent deutlich übertroffen, während sie in Brasilien um 14,8 Prozent zurückgingen.

Im Gegensatz zu den Auslieferungen stieg der Konzernumsatz bis Ende September um 11,6 Prozent auf 32,39 (29,02) Mrd. DM. Darin, so heißt es, spiegele sich der Trend zu höherwertigen Fahrzeugen, die guten Exporterfolge und die Stärke des Dollar wider. Der Auslandsanteil am Gesamtumsatz erhöhte sich auf 67,6 (62,2) Prozent. Mit 3,42 (3,51) Mrd. DM blieben die Investitionen weiterhin hoch.

Die Dollar-Stärke und das gute Exportgeschäft nach den USA haben nach Angaben von VW zugleich eine Verbesserung der Ergebnissituation im Konzern bewirkt. Dies reichte aber noch nicht aus für ein bereits positives Ergebnis: Per Ende September wird für den Konzern noch ein Fehlbetrag von 47 Mill. DM ausgewiesen. Dem stand allerdings Ende Juni ein Verlust von noch 162 Mill. DM gegenüber. Die Volkswagenwerk AG reduzierte den Verlust aus dem ersten Halbjahr 1984 von 131 Mill. DM auf nunmehr 52 Mill. DM.

BAYER / Umsatz und Gewinn erreichen 1984 einen neuen Gipfel – Anhaltendes Wachstum auch im nächsten Jahr

Chemiekonjunktur nährt Dividenden-Hoffnung

J. GEHLHOFF, Leverkusen

Der Rest des Jahres kann die neuen Superlative nicht mehr in Frage stellen. Der Chemiekonzern Bayer AG, Leverkusen, wird 1984 nicht nur mit Steigerungen um etwa 10 Prozent auf reichlich 16 Mrd. DM AG-Umsatz und um etwa 13 Prozent auf 42 Mrd. DM Weltumsatz seine bisher höchsten Zahlen erreichen. Auch der Gewinn vor Steuern wird mit „Obergrenzen der Erwartung" von 1,3 (1,15) Mrd. DM für die AG und 3 (2,16) Mrd. DM für Bayer-Welt die bislang schönsten Werte liefern.

Die Meßlatte für die kommenden Jahre liege damit „recht hoch", kommentiert der neue Vorstandsvorsitzende Hermann-Josef Strenger diese Rekordergebnisse. Aber bange ist ihm nicht. Für 1985 erwartet er eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums, wenn auch mit geringeren Zuwachsraten: „Wir gehen von einer Stabilisierung auf hohem Niveau aus."

Mehrmals gebraucht der Chef der mit knapp 2,56 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft in seinem Kommentar zu diesem Glanzjahr das Wort „angemessen". Zwar habe auch die Bayer-Aktie im Zuge der seit Ende 1982 laufenden allgemeinen Konjunkturerholung am Kursaufschwung teilgenommen, doch fände das Erreichte im heutigen Börsenkurs noch nicht sein „angemessenes" Spiegelbild.

Die 350 000 Aktionäre, denen Bayer für 1983 den vorherigen Dividendensturz mit 7 (4) DM komplett wiedergutmachte, werde man „angemessen" am Gewinnanstieg beteiligen (vorherrschende Börsenerwartung: 8,50 DM Dividende), „angemessen" aber auch die Rücklagen stärken, zumal da die für die 1984er Weltbilanz erwartete Eigenkapitalquote von etwa 27 Prozent noch weit vom Wunschziel der 33 Prozent entfernt sei.

„Angemessen" sei schließlich auch die stolze Ertragsbesserung überhaupt. Schließlich habe man jetzt nicht mehr erreicht als die Rückkehr zu Umsatz- und Kapitalrenditen, „die in den frühen 70er Jahren üblich waren und die im internationalen Vergleich durchaus keine Spitzenstellung bedeuten".

Besser als noch im Sommer (wegen der hohen Vergleichsbasis des sehr guten zweiten Halbjahres 1983) gedacht, hat sich die Wachstumsrate des Bayer-Geschäfts bisher im zweiten Halbjahr 1984 gehalten. Für die ersten drei Quartale von 1984 meldet die Bayer AG bei 2 bis 3 Prozent Preissteigerung immer noch ein Umsatzplus von 13,1 Prozent auf 12,4 Mrd. DM mit 65,4 (63,3) Prozent Exportanteil sowie eine Steigerung des Weltumsatzes um 17,1 Prozent auf 32,43 Mrd. DM mit 78 (77) Prozent Auslandsanteil. Der Gewinn vor Steuern stieg bei der AG um 31,2 Prozent auf 980 Mill. DM und bei Bayer-Welt um 62 Prozent auf 2,2 Mrd. DM.

Zweistellige Weltumsatz-Zuwachsraten erzielten alle zehn großen Geschäftsbereiche des Konzerns, voran dabei Kunststoffe, Pflanzenschutzmittel und die Agfa-Gevaert-Gruppe. Mit Ausnahme des Nahen und Mittleren Ostens blühte das Geschäft in allen Regionen, voran dabei Nordamerika mit Plusraten von 29 Prozent (DM) und 16 Prozent (Dollar). Im Nordamerika-Geschäft wird für 1984 mit reichlich 3 Mrd. US-Dollar oder mehr als 9 Mrd. DM erstmals mehr Umsatz als auf dem Heimatmarkt erwartet.

Gerüchte über eine Direktbeteiligung der Bayer-Aktionäre an den großen US-Töchtern (die 1984 rund 200 Mill. Dollar Reingewinn zur Schuldentilgung nutzen) verwies Strenger ins Reich der Fabel. Die gute AG-Ertragskraft biete auch für die nächste Zeit eine gesicherte Basis für „eine angemessene Dividende aus dem Inlandseinkommen".

Verdaut wird 1984 ein anteiliger Organschaftsverlust von etwa 350 Mill. DM bei der Brunsbüttel-Halbtochter „Schelde Chemie" (50 Prozent Ciba-Geigy), der mit 125 Mill. DM aus üblichem Anlaufverlust und mit dem großen Rest aus dem mißglückten Versuch stammt, mit neuer Technik das Zwischenprodukte-Vormaterial Anthrachinon großindustriell zu produzieren. Die Planung der Welt-Sachinvestitionen bewegt sich für die beiden nächsten Jahre mit je 2 Mrd. DM (davon 60 Prozent Inland) auf der Höhe der Abschreibungen und Abgänge.

BERLINER BANK

Geschäftsvolumen ausgeweitet

tb. Berlin

Die Aktionäre der Berliner Bank AG können für das Geschäftsjahr 1984 mit einer Dividende von 12 Prozent rechnen. Die Bank erwartet ein Ergebnis, das die Ausschüttung einer Dividende in Vorjahreshöhe auch auf das von 185 Mill. auf 250 Mill. DM aufgestockte Kapital ermöglichte. Das teilte der Vorstand vor Journalisten in Berlin mit.

Die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung sind allerdings nur zur Hälfte dividendenberechtigt. Die Berliner Bank wurde bekanntlich Mitte des Jahres im Zuge der Kapitalerhöhung um 65 Mill. DM teilprivatisiert. Das Land Berlin ist jetzt mit 74 Prozent, freie Aktionäre sind mit 26 Prozent beteiligt. Den Kurs der Berlin-Bank-Aktie, die gestern in Berlin mit 147,10 DM notiert wurde (bei einem Ausgabepreis von 145 DM) hält der Vorstand für zu niedrig.

In den ersten zehn Monaten 1984 hat die Bank ihr Geschäft kräftig ausweiten und den Ertrag steigern können. Das Teilbetriebsergebnis erhöhte sich leicht auf 96 Mill. DM nach 95,3 Mill. für 10/12 des Jahrs 1983. Für die Dividendenausschüttung benötigt man 26 (20,7) Mill. DM.

Der Zinsüberschuß nahm um 5,8 Prozent auf 270,9 (256,1) Mill. DM zu. Die Zinsspanne blieb mit 2,75 Prozent gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 12,7 Prozent auf 12,4 (Ende 1983: 11,0) Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 12,5 Prozent auf 12,9 (11,5) Mrd. DM. Dabei ging die Expansion überwiegend vom Interbankengeschäft aus. Das gesamte Kreditvolumen stieg um 5,8 Prozent auf 6,8 (6,4) Mrd. DM, wobei Forderungen an Kunden um 2,3 Prozent auf 5,3 (5,2) Mrd. Dm zunahmen. Die Kundeneinlagen gingen auf 6,75 (6,76) Mrd. DM zurück, während die Verbindlichkeiten gegenüber Banken um 43,6 Prozent auf 4,0 (2,8) Mrd. DM gestiegen sind. Von Januar 1985 an will die Berliner Bank auch einen Sparplan mit Versicherungsschutz anbieten.

Das Konzerngeschäftsvolumen ist von Januar bis Oktober um 11,5 Prozent auf 24,9 Mrd. DM gestiegen.

RINGFOTO / 70 Mitglieder führen die neuen Produkte

Plus mit Video und Computern

JOACHIM WEBER, Nürnberg

Für die Ringfoto GmbH & Co. Alfo Marketing KG, Nürnberg, wird sich der forcierte Einstieg ins Video- und (seit Mitte 1984) Heimcomputergeschäft bereits in diesem Jahr auszahlen. Die „beträchtlichen Zuwachsraten" deutlich über 10 Prozent, die Geschäftsführer Ferdinand Eder schon vor dem Weihnachtsgeschäft fürs Gesamtjahr voraussagt, werden bereits zu einem guten Teil von den Elektronik-Umsätzen getragen.

Obwohl erst 60 bis 70 der rund 350 Mitglieder (davon 150 Franchise-Partner), die allerdings rund zwei Drittel der Vorjahres-Außenumsätze von 353 Mill. DM repräsentierten, die neuen Produktgruppen führen, soll die Elektronik schon ein Fünftel der neuen Jahresumsätze erreichen. Neben Bildern und Filmen, die nach wie vor als „Renditeträger Nummer eins" gelten, sind diese Artikel die einzigen, die überhaupt Zuwächse bringen.

Bei den Foto- und Filmkameras sowie Projektoren will die Kooperation ihr Vorjahresniveau halten und damit immer noch besser abschneiden als die Branche insgesamt. Weil das Laufbild-Geschäft zunehmend auf den Video-Bereich übergeht, meint Eder, „daß unsere Fotohändler jetzt ganz aktiv hier einsteigen sollen, damit dieses Segment nicht ganz beim Unterhaltungselektronik-Handel landet".

Daß die Mitglieder gut abgeschnitten haben, spürt die Einkaufszentrale auch im eigenen Geschäft: Ende November war bereits das Umsatzvolumen des Vorjahres von 74 Mill. DM erreicht. Auch das Ergebnis der KG soll „gut" ausfallen.

NAMEN

Heinz Schmidt, ehemaliges Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, wird heute 70 Jahre.

Wolfgang Matz und **Claus Wülfers** werden zu Geschäftsführern der Einzelgesellschaften (Reisebüro, Flug, Tours, Kreuzfahrten) des neugebildeten Unternehmensbereichs Touristik der Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen, ernannt und sind verantwortlich für diesen Bereich. **Claus Wülfers** wurde zum 15. November ebenfalls zum Direktor der Hapag-Lloyd AG berufen. **Wilfried Meyer-Kamps** wird zum Geschäftsführer der in eine GmbH umgewandelten Abteilung Kreuzfahrten bestellt.

Paul Davidek (42) wurde zum Chef des Geschäftsbereichs Salon im Hause L'Oréal-Deutschland ernannt. Er ist Nachfolger von Geschäftsführungsmitglied **Werner Decher** (46), der eine andere Aufgabe innerhalb des L'Oréal-Konzerns übernimmt.

TECHNOLOGIE / Internationale Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Jobkiller" oder eher „Allheilmittel"

HENNER LAVALL, Bonn

Besteht der Vorwurf „Jobkiller" und „Qualifikationsvernichter" an die neuen Technologien zu Recht, oder ist technischer Fortschritt eher ein „Allheilmittel" für unsere Arbeitsmarktprobleme? Zwischen diesen beiden kontroversen Aussagen versucht die Konrad-Adenauer-Stiftung gegenwärtig im Rahmen einer internationalen Fachkonferenz in Bonn zu vermitteln.

Dabei wurde deutlich, daß beide Extreme eine unzulässige Vereinfachung darstellen, die den Problemen nicht einmal annähernd gerecht werden. Denn, wie es Eckart John von Freyend, für neue Technologien zuständiger Mitarbeiter im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, formulierte, „der technische Fortschritt tangiert den Arbeitsmarkt in qualitativer und quantitativer Hinsicht". Er verändere Beschäftigungs- und Qualifikationsstrukturen gleichermaßen: Alte Arbeitsplätze fallen weg, neue entstehen; höhere Qualifikationsanforderungen stehen neben der Standardisierung von Arbeitsinhalten.

Bei der quantitativen Dimension des technischen Fortschritts komme es immer dann zu Freisetzungseffekten, wenn Fortschritte in der Produktivität nicht von einer Steigerung der Nachfrage begleitet seien. Andererseits würden kapitalgebundener Fortschritt (wie bei der Roboterfertigung), zusätzliche Nachfrage bei Produktinnovationen (Personal Computer) oder Preissenkungen (Mikrochips) Impulse für den Arbeitsmarkt schaffen.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sei die genaue Aufrechnung von Arbeitsplatzbeschaffung und -verlust außerordentlich schwierig. Man könnte heute aber sagen, daß der Strukturwandel durch neue Technologien nur dann zu Arbeitslosigkeit führe, wenn es der Wirtschaft an Dynamik fehlt. Hier sei der Staat gefordert, mit entsprechender Politik seinen Beitrag zu leisten.

Neue Arbeitsplätze, darüber waren sich die Teilnehmer einig, entstehen natürlich nicht gleichzeitig zu den Arbeitsplatzverlusten und auch nicht zwangsläufig in den gleichen Unternehmen, Branchen und Regionen. Vom Arbeitnehmer müsse deshalb mehr Flexibilität verlangt werden. Nur so könne er die Chancen nutzen, die durch neue Technologien geboten würden: insgesamt anspruchsvollere, aber auch erleichterte Arbeitsbedingungen.

HANDEL / Kartellamtspräsident Kartte verteidigt seine Appelle zur Preisdisziplin

Wirksame Fusionskontrolle nötig

HANNA GIESKES, Bonn

„Ich will nicht abwarten, bis die Marktstrukturen im Handel endgültig versaut sind." Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte braucht kräftige Worte, um den auf sein Drängen zustande gekommenen kollektiven Verzicht der Großen in der Branche auf Angebote unter dem Einstandspreis gegen den Vorwurf zu verteidigen, dies sei im Grunde genommen ein Kartell. Während einer Podiumsdiskussion der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn schilderte Kartte die Gefahren, die leistungsfähigen Mittelständlern aus Kampfpreis-Strategien ihrer mächtigen Konkurrenten erwachsen; er beschwor die Vision einer Handelslandschaft, „die am Ende nur noch aus fünf riesigen Konzernen besteht".

Der Kartellamtschef selbst etikettiert dieses „Berliner Gelöbnis" als „lockere Art der Mißbrauchsaufsicht" in Sachen Verdrängungswettbewerb über jene großen Anbieter im Handel, die laut Kartellrecht dieser Aufsicht ohnehin unterstehen. Der Hamburger Wettbewerbsrechtler Professor Ernst-Joachim Mestmäcker hingegen wertet es als Wettbewerbsbeschränkung, „denn es handelt sich hier um die kollektive Ausschaltung eines Wettbewerbsparameters". Derlei verzögere lediglich die Anpassung an Strukturveränderungen, und er habe den Eindruck, „daß der Wettbewerb zur Zeit vor seinen Freunden zu schützen ist".

Die „reine Lehre" mag ihm recht geben, „doch die wirtschaftliche Wirklichkeit zwingt zu Kompromissen", meint Wolfgang Kartte. Heute seien Filialunternehmen mit mehreren hundert Millionen Mark Umsatz gefährdet, fügt er hinzu und verweist auf die Überkapazitäten im Handel, die nicht abgebaut werden könnten, „weil gute Standorte sofort von anderen wieder besetzt werden".

Diese Wirklichkeit ist freilich auch eine politische: In den Schubladen der Mittelstandspolitiker liegt der Entwurf zu einer Novelle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, der sowohl für den Handel ein Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis als auch für die Industrie ein allgemeines Verbot der Diskriminierung ihrer Abnehmer aus dem Handel enthält. Was die Wirtschaft zur Zeit freiwillig und in Selbstverwaltung versucht, soll unter behördliche Aufsicht gestellt werden, „und das wäre eine marktwirtschaftliche Katastrophe", meint Kartte.

Er sieht „Heere von Bürokraten mit deutscher Gründlichkeit in den Eingeweiden der Marktwirtschaft wühlen", fürchtet eine Flut von Prozessen, die argwöhnische Wettbewerber oder auf Beschäftigung lauernde Wettbewerbsvereine auf den Weg bringen. Nur vor diesem Hintergrund ist seine Initiative zu begreifen, sein Hinweis, er habe erst einmal „Ruhe schaffen" wollen.

Ruhe schaffen, um die unerfreulichen Symptome zu beseitigen, die von der wachsenden Konzentration im Handel ausgehen. An die Ursachen selbst kommt das Kartellamt nicht heran, denn es stellt sich immer klarer heraus, daß die derzeitige Fusionskontrolle im Handel nicht greift. „Irgendwann wird eine Novelle zum Kartellgesetz nötig sein", sagt Kartte, „eine wirksame Fusionskontrolle für den Handel." Und wenn das für den Lebensmittelhandel zu spät komme, „wird sich möglicherweise in diesem Bereich die Entflechtungsdiskussion entzünden", warnte er vorsorglich die, die es angeht.

Karttes Maßhalteappelle werden vor diesem Szenario verständlich; gleichwohl bleibt die Frage offen, ob der Präsident einer Kartellbehörde sich auf diese Weise exponieren sollte. Der Tübinger Rechtswissenschaftler Professor Möschel formuliert es so: „Die Rechtsanwendung gerät unter die Räder, wenn sie sich politischen Entscheidungen öffnet."

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

Aktien bröckelten ab

Geringe Anlagebereitschaft – Glattstellungen der Börsenkulisse

DW. – Auf Basis der am Wochenbeginn auf breiter Front angehobenen Aktienkurse bestand am Dienstag nur geringes Anlageinteresse. Der vorangegangene leichte Rückschlag an den US-Aktienmärkten, der offenkundige Verzicht der Commerzbank auf eine Dividendenerhöhung sowie negative Prognosen über den inländischen Pkw-Absatz im kommenden Jahr gewannen einen größeren Einfluß auf die Stimmung als die glänzenden Handels- und Leistungsbilanzzahlen. Auf ermäßigter Basis meldeten sich aber Käufer.

Interesse bestand nach wie vor für die Titel der Großchemie, die gegenüber dem Vortag nur bis zu einer DM einbüßten. Die Umsatztätigkeit in diesen Papieren blieb rege. Weiterhin Kaufneigung, auch zu steigenden Kursen, war bei den Spezialwerten des Elektromarktes wie PKI und SEL zu beobachten. Am Markt für Bankaktien wirkte sich die Enttäuschung über die Dividendenpolitik der Commerzbank aus. Hinweise auf die in jüngster Zeit in den Rentenportefeuilles entstandenen beträchtlichen Kursreserven blieben im Markt ohne Wirkung. Vergleichsweise widerstandsfähig waren Maschinenbauwerte, nicht zuletzt deshalb, weil es hier kaum möglich war, Kursgewinne mitzunehmen. Der Linde-Kurs reagierte auf die angebotene Optionsanleihe positiv. Stabil lagen auch die Warenhauswerte. Bei ihnen lohnte es ebenfalls nicht, Glattstellungen vorzunehmen.

Düsseldorf: Isenbeck zogen um 5 DM, Heinrich Lehmann konnten sich um 4 DM auf 198 DM verbessern, und Kochs Adler erhöhten sich um 3,50 DM auf 209 DM. Stinnes sanken um 15 DM, Leffers verminderten sich um 7 DM auf 241 DM, und Gerresheimer Glas gaben um 2,80 DM auf 135 DM nach.

Frankfurt: Cassella verbesserten sich um 25 DM auf 477,50 DM, und Steigenberger schlossen mit einem Plus von 100 DM auf 2300 DM ab. Dt. Texaco sanken um 5 DM auf 195 DM, Flachglas gaben um 7 DM auf 223 DM nach, und Pittler Maschinen erlitten eine Einbuße von 3,30 DM auf 64,60 DM.

Hamburg: HEW gingen unverändert zu 82 DM und NWK-Vz. zu 169 DM minus 1 DM aus dem Markt. Jeweils 2 DM abgeben mußten Reichelt bei 102 DM und Haller Meurer bei 178 DM. Bremer Vulkan begannen mit 69,90 DM und lagen später bei 69,10 DM.

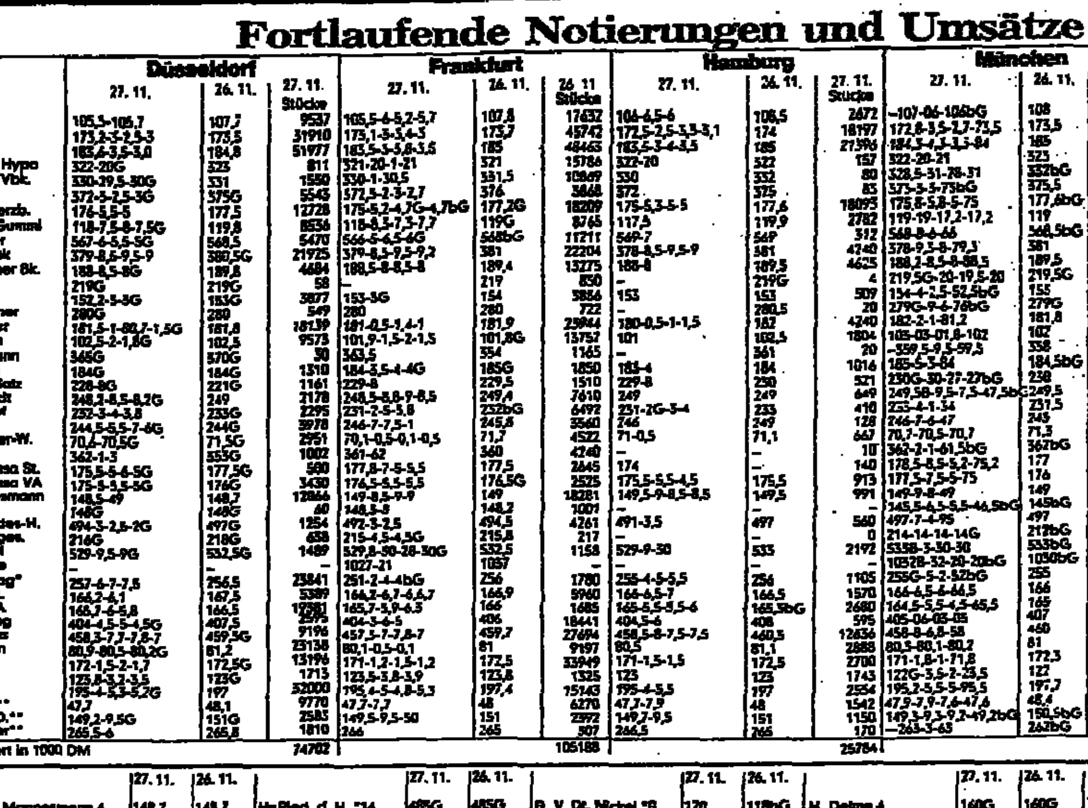
München: Aigner verminderten sich um 2 DM, Brau AG Nürnberg fielen um 2 DM auf 140 DM, und Electronic 2000 gaben um 5 DM auf 525 DM nach. Agrob St. erholten sich um 1 DM, Audi NSU befestigten sich um 10 DM auf 370 DM und Deckel AG zogen um 1,80 DM an.

Berlin: Engelhardt wurden um 6 DM höher taxiert. Berthold schwächten sich um 7 DM, Berliner Elektro und Kempinski um je 6 DM ab. Herlitz Vz. gaben um 3 DM, Herlitz St. und Schering um je 2 DM, Berliner Kindl und DUB-Schultheiss um je 1 DM nach.

Nachbörse: Nachgebend

WELT-Aktienindex: 158,3 (159,0)
WELT-Umsatzindex: 2220 (2115)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

DM-Anleihen

Ausland



Optionshandel

Frankfurt: 27. 11. 84: 699 Optionen = 37 300 (48 250) Aktien, davon 132 Verkaufsoptionen = 6600 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-100/10,1, 4-110/8, 7-100/16,5, BASF 1-160/14, 1-163/12,5, 1-170/6,2, 1-173/3, 4-160/2, 4-170/13, 4-180/7,5, 4-190/3,8, 4-200/2,4, 7-170/17,8, 7-180/11,9, 7-200/5,4, Bayer 1-180/6, 1-190/2,9, 4-170/21,7, 4-180/15,5, 4-190/9, 4-200/5,5, 4-210/3,5, 7-180/22, 7-200/10, 7-210/6,5, BHF 4-290/16, Bay. Hypo 4-330/16,9, 7-330/15,8, Commerzbank 1-160/18,1, 1-170/10,2, 1-180/4,5, 1-190/2, 4-170/16, 4-180/5,4, 4-200/3,5, 7-180/15,7-190/8,9, Conti 1-120/3,5, 1-130/1, 4-120/8-7,7, 4-130/4, 7-120/10,2, 7-130/7, Daimler 1-580/10, 4-570/31, 4-600/10, 7-600/19,4, Deutsche Bank 1-366,75/17, 1-390/6,85, 4-340/50, 4-400/12,6, 4-430/7, 7-400/20,5, 7-410/16, 7-420/10,6, Degussa 4-390/10, Dresdner Bank 1-190/6, 4-180/19,6, 4-190/11,1, 4-200/8, 4-210/4,4, 7-170/36, 7-200/11,55, 7-210/8,3, Hoechst 1-180/4,5, 4-190/6,9, 4-200/3,9, 7-200/6,6 Hoesch 1-100/6,9, 1-110/2,4, 1-120/1,2, 4-110/6, 4-120/3,95, 7-110/10, 7-120/5,5, Kloeckner 1-75/2,9, 4-70/8,6, 4-75/6,6, 4-80/4, 4-85/3,5, 4-90/1,5, 7-80/8, 7-85/4,9, 7-90/3, Lufthansa St. 4-170/11,4, Lufthansa Vz. 1-180/4, 4-180/9, Metallges. 1-220/8,7, Mannesmann 1-150/6, 4-160/6, 4-170/2,4, 7-150/16,4, 7-170/6,5, RWE Vz. 4-170/3,7, Siemens 1-450/18,2, 1-460/12, 1-480/5, 4-400/65, 4-420/45, 4-440/33, 4-490/11, 7-460/36,5, 7-500/15,3, Thyssen 1-75/8, 1-80/4,9, 1-85/2,3, 4-80/8,2, 4-85/5,5, 4-90/3,4, 7-85/8, 7-90/5,25, Veba 1-162/5,12, 1-172,5/4,1, 4-170/8, 4-180/4, 4-170/12,4, VEW 1-120/3,7, VW 1-180/18,4, 1-190/8,55-8,6, 1-200/5,55, 1-210/2,6, 1-230/1,3, 4-170/36, 4-180/28,9, 4-190/16,4, 4-200/12, 4-220/5,3, 4-230/3,5, 7-210/12,8, 7-230/9,5, 7-230/5,4, Alcan 4-90/12,7, 7-95/5,4, Chrysler 1-80/10, 1-85/5,8, 4-95/7, IBM 4-400/20, 7-430/10, Philips 1-50/1,2, Sony 4-55/2,2, Xerox 7-120/11,4, **Verkaufsoptionen:** AEG 1-110/4, 4-95/1,6, 4-100/2,4, 7-100/4,4, BASF 4-170/2, Bayer 1-180/1, 4-180/2,6, BMW 4-370/10, Bayr. Vereinsbank 4-320/5, Conti 1-120/3,1, 7-120/6,6, Deutsche Babcock Vz. 1-140/1,8, Deutsche Bank 1-360/1, 4-350/4,5, Dresdner Bank 1-190/5, 4-180/2,7, Hoechst 1-180/2,7, Hoesch 1-110/8, Kloeckner 1-70/1,5, 4-70/2,5, 7-70/3,3, Lufthansa St. 7-170/6,9, Linde 4-380/8, Mercedes 4-480/5, Mannesmann 4-150/4, Preussag 7-250/8, Kali+Salz 4-230/6, Siemens 1-430/2,4, 4-410/3, 4-430/4,5, 4-440/6,3, 4-450/9,4, 7-410/4, VW 1-190/2,05, 4-180/3, 4-190/5, 7-190/7,9, Alcan 7-80/4,6, Chrysler 1-85/2,05, 7-90/7,3, IBM 1-370/7, 4-360/10, Litton 1-190/4, Philips 7-45/2, Royal Dutch 4-150/6,8, Xerox 7-110/6,9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 9	5¼–5½	4⅛–4½
3 Monate	9⅛– 9⅜	5½–5¾	4⅞–5¼
6 Monate	9⅝– 9¾	5⅝–5⅞	4⅞–5¼
12 Monate	10 –10¼	5⅝–5⅞	4⅞–5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1460,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1185,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	233,00	298,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,38
2 südafrikanische Rand	228,00	283,72
Krüger Rand, neu	1037,00	1222,08
Maple Leaf	1037,00	1222,08
Platin Noble Man	1007,60	1187,88

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	184,00	233,70
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	958,00	1155,96
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,00	239,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	441,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 11. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York3)	3,0495	3,0575	3,0315	3,00	3,09
London1)	3,680	3,694	3,643	3,61	3,76
Dublin1)	3,101	3,115	3,039	2,19	2,29
Montreal3)	2,3119	2,3199	2,2882	2,26	2,36
Amsterd.	88,525	88,745	88,610	87,50	89,50
Zürich	121,080	121,280	121,100	119,75	122,50
Brüssel	4,956	4,976	4,908	4,85	5,05
Paris	32,550	32,710	32,180	31,75	33,50
Kopenh.	27,725	27,845	27,365	26,75	28,50
Oslo	34,435	34,555	33,945	33,25	35,00
Stockh.**)	34,950	35,110	34,475	34,00	35,75
Mailand2) **)	1,610	1,620	1,577	1,56	1,66
Wien	14,206	14,246	14,157	14,13	14,35
Madrid**)	1,780	1,790	1,752	1,71	1,83
Lissabon**)	1,855	1,875	1,743	1,43	2,25
Tokio	1,2440	1,2470	–	1,20	1,28
Helsinki	47,910	48,110	46,885	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4040	2,4580	–	1,80	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,6040	2,6230	–	2,54	2,64
Johannesbg.*)	1,6555	1,6745	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die viertelprozentige Primeratesenkung des Vortages einiger Banken, berührte den US-Dollarkurs nicht. Es wurde am 27. 11. jedoch zum Vergleich von gestern ein Stillstand in der Kursentwicklung erreicht. Der US-Dollar pendelte schwerpunktmäßig um 3,0550. Zur amtlichen Notiz von 3,0535 glich die Bundesbank die vorhandene Nachfrage in Höhe von 28,25 Mio. Dollar aus. Das hervorragende Ergebnis des deutschen Außenhandels für Oktober und der hohe Leistungsbilanzüberschuß riefen erstaunlicherweise keine D-Mark-Nachfrage hervor. Weiter nach oben entwickelte sich der japanische Yen, der eine Notiz von 1,2455 erzielte. Die übrigen amtlich notierten Währungen entwickelten sich unterschiedlich. US-Dollar in: Amsterdam 3,4475; Brüssel 61,50; Paris 9,3655; Mailand 1893,25; Wien 21,4690; Zürich 2,5198, Ir. Pfund/DM 3,108; Pfund/Dollar 1,2075.

Ostmarkkurs am 27. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Tagesverlauf des 27. November konnten sich Euro-Dollar-Zinsen befestigen, die Abschläge notierten leicht erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,15/2,65	5,73/5,53
Pfund/Dollar	0,10/0,08	0,13/0,20	0,14/0,10
Pfund/DM	2,10/0,70	4,40/3,00	7,90/6,50
FF/DM	22/08	53/37	97/81

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 11.: Tagesgeld 5,45–5,5 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 27. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,93) – 8,50 (7,12); Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Konsolidierung bei den Renten

Nach den deutlichen Kursgewinnen am Wochenbeginn kam es bei den festverzinslichen Papieren zu einer Konsolidierungspause. Von einer drängenden Nachfrage konnte nur noch in einzelnen öffentlichen Emissionen die Rede sein. Spekulationen auf eine Diskontsenkung, die der Zentralbankrat am Donnerstag beschließen würde, stießen vorerst auf wenig Glauben. Geringe Veränderungen bei den DM-Auslandsanleihen. Am Pfandbriefmarkt wurde der am Vortag entstandene Rendite-Nachholbedarf durch Heraufsetzung der Notierungen zum größten Teil beseitigt.

	27. 11.	26. 11.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	101	101G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hm5 BrHyp. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,25G	94,75G
7½ dgl. Pf 87	100,5G	100G
6 dgl. KS 29	86,25G	85,75G
7 dgl. KS 30	101,25G	100,85G
D 5 Dt Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G

	27. 11.	26. 11.
Hm8 dgl. Pf 10	100,6bG	100,7G
9 dgl. KO 53	101,3bG	101,30G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz. Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	89,2G	89,2G
8 dgl. Pf 95	81,5G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	135G	135
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	98bG	98G

	27. 11.	26. 11.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,5G	100,6G
7 dgl. 98	100,25	100,25
8 dgl. 101	103,5G	103,5G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
8½ dgl. 126	108,25G	108,25G
D 8 LAG TS 76	101,7	101,7
6½ dgl. TS 77	100,35	100,3G
5¾ dgl. 78	97,35	97,3
7 dgl. 79	101,25	101



Ausländische Aktien in DM



Arbeit adelt!



JAGUAR VERTRAGSHÄNDLER

Man wird nicht von ungefähr der führende JAGUAR-Händler im Ruhrgebiet. Das harte Geschäft um die Gunst des Kunden stellt jedem die gleichen Bedingungen. Die Führungsposition wird nur der einnehmen und halten können, der einem perfekten Automobil auch ein optimales Dienstleistungsangebot zur Seite stellt. Darin liegt unserer Meinung nach der Grund, warum Ihr JAGUAR vom AUTOHAUS MÜLLER kommen sollte.

AUTOHAUS MÜLLER 4300 ESSEN · SCHEDERHOFSTRASSE 59 Fernruf (0201) 23 17 06/23 23 14

Karosserie-, Lackierwerkstatt · Restaurierungen · Fahrzeugvermietung · Leasing

IMMIGRATION - RESIDENCY NATURALISATION

Available through government programmes in Caribbean, Central + South America.

Contact:

IMVEST, 10 Golden Square LONDON W1R 3AR Tel. 0 04 41 / 7 34 20 77 Tx. 2 98 240 WORLD G

Massive Eichenbauernmöbel Leverkusen-Schlebusch Mülheimer Str. 76c, (02 14) 5 36 40



Die besondere Adresse für Eichenmöbel

Unsere Ausstellung mit antiken und neuen Eichenmöbeln ist auch sonntags von 14-18 Uhr geöffnet (keine Beratung, kein Verkauf)

Eichenmöbel Wilmsen 44 Münster-Amelsbüren Gewerbegebiet Mühlenfeld Schedowstr., Tel. 0 25 01 - 5 80 88

Die Zentralredaktion **der WELT** arbeitet in Bonn, dem politischen Zentrum der Bundesrepublik Deutschland. W 3400

Zeitprobleme? Unser Textbüro schreibt für Sie: Reden, Belletristik, Fachbücher etc. T & S; Alte Dorfstr. 5 2215 Thaden, Tel. 0 48 72 - 35 12

Barzahler sucht Restposten aller Art Kommen mit eig. Lkw u. Bargeld. Korum Warenhaus Kölner Straße 246–248 4000 Düsseldorf Telefon 02 11 / 78 37 27

Exklusives Tennis- und Squash-Center sucht Kommissionsware, Bekleidung, Schläger, Bälle etc.

Zuschriften unter U 11 625 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Australians

Election day is 1 December oir

A general election for the Australian House of Representatives, the Senate and two referendum questions will be held on saturday 1 December 1984.

Apply now for a postal vote

If you are enrolled on the Commonwealth Electoral Roll and you are travelling or are temporarily resident in the FRG and will not be returning to Australia before election day you may apply for a postal vote.

Postal voting facilities and a list of candidates are available at the Australian Embassy, Godesberger Allee 107, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28 / 81 00 30.

Remember, voting is compulsory

Neuwahlen in Australien

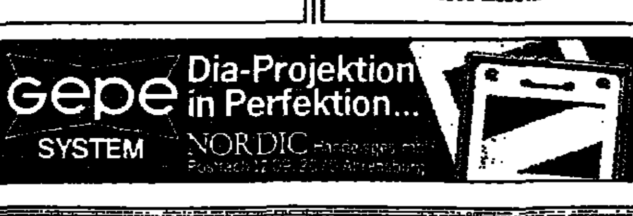
Am Samstag, 1. Dezember 1984, finden in Australien allgemeine Wahlen für das House of Representatives (Unterhaus) und den Senate (Oberhaus) statt.

Briefwahlunterlagen können ab sofort angefordert werden

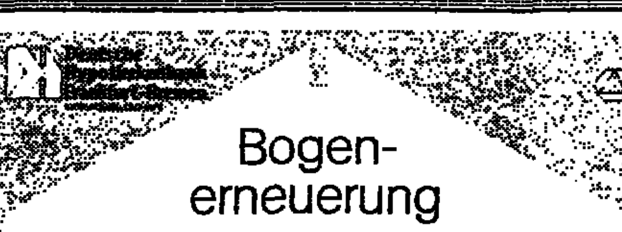
Wenn Sie im australischen Wahlverzeichnis (Commonwealth Electoral Roll) registriert sind und sich zur Zeit in der Bundesrepublik auf Reise befinden oder vorübergehend hier leben und nicht rechtzeitig vor dem Wahltermin nach Australien zurückkehren, so können Sie die Unterlagen für die Stimmabgabe anfordern.

Briefwahlunterlagen und Kandidatenliste sind erhältlich bei der australischen Botschaft, Godesberger Allee 107, 5300 Bonn 2.

Wahlteilnahme ist Pflicht



FINANZANZEIGE



Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

6% Hypotheken-Pfandbriefe Emission 115 M/N -241 048-

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stückenummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Bremen bzw. Frankfurt am Main sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Frankfurt am Main – Bremen, im November 1984

DER VORSTAND

DIE VORTEILE VON GOLD LIEGEN AUF DER HAND



Gold, seit Jahrtausenden begehrt, ist eine Rarität. Es besticht durch Reinheit und Beständigkeit. Schon immer war es wichtiges Element einer langfristigen Vermögensbildung und von Bedeutung bei der Vermögensstreuung.



Der Zugang zu diesem kostbaren Edelmetall wird Ihnen mit kleinen Größen erleichtert, den DG BANK-Goldbarren. Diese Kapitalanlage ist besonders handlich. Der kleinste Goldbarren der Welt wiegt 1 g. Ihn und die weiteren Größen – 10 g, 20 g oder das klassische Goldmaß von einer Unze (31,1 g) – bekommen Sie mit Echtheits-Zertifikat. So wird die Reinheit jedes Barrens dokumentiert.

DG BANK-Goldbarren können Sie auch verschenken, beispielsweise den neuen 1/10-Unzen-Barren. Fragen Sie die Experten Ihrer nächsten Volksbank oder Raiffeisenbank nach unserem individuellen Goldbarren-Angebot.

DG BANK, Postfach 26 28, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 2680-2387, Telex 412291.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken



DIE GESCHÄFTSBANK MIT DER BREITEN BASIS

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert bzw. mit bruchteiligen Veränderungen nach beiden Seiten ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee fester notierte, kam es bei Kakao zu Abschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

	26. 11.	23. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	360,75	362,00
März	359,00	360,75
Mai	352,25	353,50
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	26. 11.	23. 11.
St. Lawrence 1 CW	233,92	234,22
Amber Durum	249,47	249,47
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	141,90	143,60
März	149,00	150,50
Mai	153,20	154,70
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	123,50	124,00
März	126,90	127,30
Mai	128,20	128,70
Hafer Chicago (c/bush)	26. 11.	23. 11.
Dez.	183,00	184,75
März	179,25	180,25
Mai	176,50	178,25
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	266,00	270,25
März	277,75	280,25
Mai	285,75	288,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	26. 11.	23. 11.
Dez.	135,50	137,20
März	136,50	137,40
Mai	137,30	137,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	23. 11.	21. 11.
Terminkontr. Dez.	139,50	138,92
März	137,85	136,05
Mai	136,61	135,01

Kakao New York ($/t)	26. 11.	23. 11.
Terminkontr. Dez.	2220	2235
März	2075	2090
Mai	2070	2085
Umsatz	1904	2906
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	4,55	4,56
März	5,17	5,15
Mai	5,58	5,52
Juli	5,92	5,84
Sept.	6,16	6,08
Umsatz	7350	8865
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	26. 11. 4,00	23. 11. geschl.
Kaffee London (£/t) Robusta-	26. 11.	23. 11.
Kontrakt Nov.	2356–2360	2385–2395
Jan.	2322–2325	2308–2310
März	2253–2254	2230–2232
Umsatz	2509	2600
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1836–1837	1824–1825
Mai	1837–1839	1825
Juli	1838–1842	1825–1826
Umsatz	2992	2906
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	126,40–127,80	126,00–127,00
März	142,80–143,00	142,00–142,20
Mai	150,40–150,60	149,60–150,00
Umsatz	3691	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	26. 11.	23. 11.
schw. Sarawak spez.	412,50	422,50
weißer Sarawak	642,50	652,50
weißer Muntok	650,00	680,00

Orangensaft New York (c/lb)	26. 11.	23. 11.
Jan.	172,40	172,00
März	172,75	172,50
Mai	172,40	172,30
Juli	172,40	172,00
Sept.	170,00	170,00
Umsatz	650	550

Öle, Fette, Tierprodukte

	26. 11.	23. 11.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	geschl.	geschl.
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	geschl.
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	27,99	27,88
Jan.	25,32	26,27
März	24,75	25,30
Mai	24,50	24,90
Juli	24,30	24,80
Aug.	24,00	24,50
Sept.	23,90	24,25
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	geschl.	geschl.
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	geschl.	geschl.
Choise white hog 4% fr. F.	geschl.	geschl.
Talg New York (c/lb) top white	geschl.	geschl.
fancy	geschl.	geschl.
bleichfähig	geschl.	geschl.
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	18,25
Schweine Chicago (c/lb) Dez.	52,20	53,20
Febr.	52,80	53,30
April	49,25	49,40
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	72,55	73,65
März	72,45	73,80
Mai	73,55	74,90

Häute Chicago (c/lb)	26. 11.	23. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	geschl.
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	geschl.
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	603,00	610,00
März	617,00	625,50
Mai	631,00	640,00
Juli	642,50	650,00
Aug.	642,50	651,00
Sept.	635,00	639,50
Nov.	634,50	639,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	149,20	150,90
Jan.	152,60	154,30
März	158,50	160,10
Mai	164,70	166,50
Juli	169,60	171,00
Aug.	171,50	173,00
Sep.	173,00	174,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	26. 11.	23. 11.
Dez.	355,20	355,80
März	368,30	369,00
Mai	376,20	377,10
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	26. 11. geschl.	23. 11. geschl.
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	27. 11. 945,00	26. 11. 950,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	655,00	650,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	605,00	695,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	240,00	246,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1050,00	1050,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	301,00	300,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	26. 11.	23. 11.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	65,60	64,60
März	66,40	65,75
Mai	67,80	67,00
Juli	68,50	68,10
Okt.	68,10	68,05
Dez.	68,50	68,30
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	geschl.	geschl.
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	26. 11.	23. 11.
Dez.	505–508	508–510
Jan.	505–506	505–510
März	511–514	512–514
Umsatz	191	73
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	26. 11.	23. 11.
Dez.	51,50	51,50
März	53,40	53,40
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	26. 11.	22. 11.
Dez.	566,0–570,0	565,0–568,0
März	–	582,5–584,0
Mai	–	591,5–593,5
Umsatz	0	64
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	26. 11.	23. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	26. 11.	23. 11.
Dez.	12 285	geschlossen
Jan.	12 275	geschlossen
Kautschuk London (p/kg)	26. 11.	23. 11.
Nr. 1 RSS loco	58,50–61,00	60,00–61,00
Dez.	58,50–60,50	59,00–61,00
Jan.	59,50–61,50	60,00–62,00
Feb.	60,50–62,50	61,00–63,00
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	26. 11.	23. 11.
Dez.	190,00–191,00	192,75–193,00
Jan.	194,50–195,50	196,75–197,25
Nr. 2 RSS Dez.	184,00–185,00	185,50–186,50
Nr. 3 RSS Dez.	180,50–181,50	182,00–183,00
Nr. 4 RSS Dez.	173,50–174,50	175,00–176,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	26. 11.	23. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	27. 11.	26. 11.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	347,79–348,16	350,54–350,72
drittfolg. Monat	356,84–357,03	359,39–359,57
Blei: Basis London		
laufend. Monat	131,88–132,25	133,25–133,43
drittfolg. Monat	125,41–125,78	127,54–127,90
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1436,97–1438,81	1454,13–1455,97
drittfolg. Monat	1472,06–1473,91	1484,72–1485,46
Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,57–234,94	236,09–236,27
drittfolg. Monat	235,68–236,05	236,46–246,64
Produz.-Preis	275,15	275,28
Reinzinn 99,9%	4040–4080	4007–4047

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	27. 11.	26. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	414,28–416,13	411,35–413,20
Blei in Kabeln	139,75–140,75	141,00–142,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,00	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	27. 11.	26. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	394,00–395,00	392,00–393,00
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	435,00	433,00–435,00
MS 63	424,00–439,00	422,00–428,00

Zinn-Preis Penang

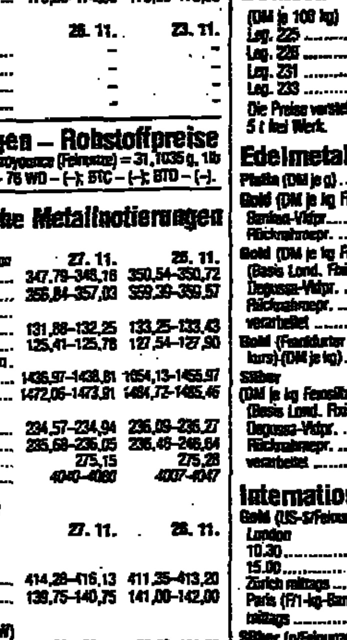
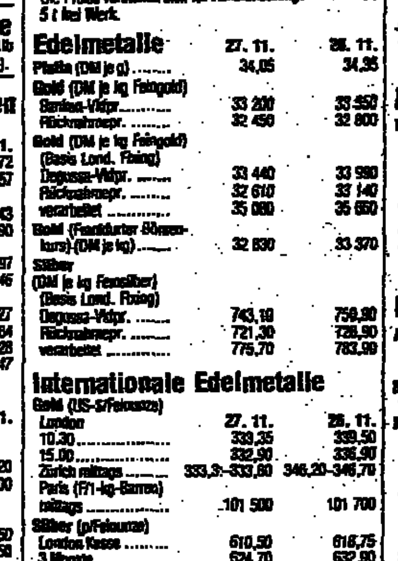
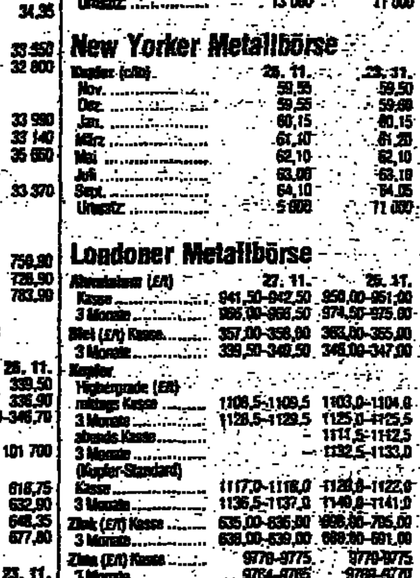
Straits-Zinn ab Werk prompt	26. 11.	23. 11.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	27. 11.	26. 11.
Leg. 225	385–390	385–390
Leg. 226	387–392	387–392
Leg. 231	420–422	420–422
Leg. 233	430–432	430–432

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.



Edelmetalle

	27. 11.	26. 11.
Platin (DM je g)	34,05	34,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 200	33 950
Rücknahmepr.	32 450	32 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 440	33 990
Rücknahmepr.	32 610	33 140
verarbeitet	35 080	35 650
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 630	33 370
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	743,10	758,90
Rücknahmepr.	721,30	736,90
verarbeitet	776,70	783,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	27. 11.	26. 11.
10.30	333,35	339,50
15.00	332,90	336,90
Zürich mittags	333,30–333,80	346,20–346,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 500	101 700
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	610,50	618,75
3 Monate	624,70	632,90
6 Monate	639,95	648,35
12 Monate	668,95	677,80
Platin (£-Feinunze) London	26. 11.	23. 11.
fr. Markt	270,30	267,55
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	119,65	119,20

New Yorker Preise	26. 11.	23. 11.
Gold H & H Ankauf	336,90	unverändert
Silber H & H Ankauf	747,50	unverändert
Platin fr. Händlerpr.	317,00–327,00	317,00–327,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	143,50–144,50	144,00–145,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	735,40	754,00
Dez.	736,00	754,50
Jan.	741,60	760,70
März	751,00	772,00
Mai	764,00	784,50
Juli	775,00	797,00
Sept.	790,60	810,70
Umsatz	13 000	11 000

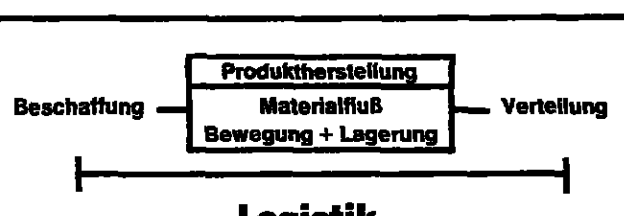
New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	26. 11.	23. 11.
Nov.	59,55	59,50
Dez.	59,55	59,60
Jan.	60,15	60,15
März	61,10	61,20
Mai	62,10	62,10
Juli	63,00	63,10
Sept.	64,10	64,05
Umsatz	5 000	11 000

Londoner Metallbörse

	27. 11.	26. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	941,50–942,50	950,00–951,00
3 Monate	966,00–966,50	974,50–975,00
Blei (£/t) Kasse	357,00–358,00	363,00–355,00
3 Monate	339,50–340,50	346,00–347,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1108,5–1109,5	1103,0–1104,0
3 Monate	1128,5–1129,5	1125,0–1125,5
abends Kasse	–	1111,5–1112,5
3 Monate	–	1132,5–1133,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1117,0–1118,0	1120,0–1122,0
3 Monate	1136,5–1137,0	1140,0–1141,0
Zink (£/t) Kasse	635,00–636,00	666,00–705,00
3 Monate	638,00–639,00	688,00–691,00
Zinn (£/t) Kasse	9770–9775	9770–9775
3 Monate	9764–9765	9769–9770
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	75–80

STELLENGESUCHE



Logistik

PROBLEME? – MEIN METIER!

Dipl.-Ing., 38 Jahre, erfahren in logistischen Gesamtsystemen, von der Planung bis hin zur betrieblichen Eingliederung, sucht neues, verantwortungsvolles Betätigungsfeld, auch im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit.

Angebote unter U 8743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr. rer. pol./Dipl.-Wirtschaftsing.

41, Fachmann für das ges. Spektrum d. steuerbeg. Kapitalanlagen, insbes. den priv. Wohnungsbau: Planung, Abwicklungskontrolle, Marketing u. Vertrieb, sucht aus ungek. Stellung übergreifende Tätigkeit in priv./öffentl. Wohnungsbauunternehmen od. Verband.

Ang. u. V 11538 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Technischer Betriebsleiter

Befähigungszeugnis CMA, Reedereiinspektor, Sicherheits-Ing. Maschinen- und Wasserbau, Ingenieur- und Tiefbau Groß- und Kleindiesel, Baumaschinen, Geräte- und Masch. Einsatz in Bau- und Kommunalwirtschaft, Brand- und Strahlenschutz, Auslandserfahrung, fließend Englisch in Wort und Schrift, F S II, frei für neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. H 11528 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebildete Dame

mittl. Alters, versierte Bürokraft – kaufm. Ausbildg., Korrespondentenex. Englisch –, Erfahrung als Chefsekretärin, Auslandsaufenth., loyal, zuverl., verantwortungsbew., fleißig, gepflegte Erscheinung, Nichtraucher., unabhängig, sucht nach mehrj. Unterbrechung interessante und ausbaufähige Vertrauensposition.

Zuschr. erb. unter E 11635 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Groß-/Außenhandelskaufmann

Investitions- u. Konsumgüterbereich, selbständiges Arbeiten gewohnt, einsatzfreudig u. flexibel, m. langj. Westafrika-Erf., sehr gute Engl.-Kenntn., 26 J., sucht z. 1. 4. 1985 verantwortungsv. Aufgabengebiet im Export.

Angeb. u. S 11 645 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Sicherheits-spezialist

Ende 30, ehem. Polizeibeamter, Uni-Studium, mit fundierten Kenntnissen in den Bereichen personeller und materieller Geheimschutz, betriebliche Sicherheit, Ermittlungsdienst und Personenschutz, sucht neuen Wirkungskreis, auch Ausland. Langjährige Erfahrung als Referent und Ausbilder. Privatpilotenlizenz (PPL/A) vorhanden.

Angeb. erb. u. G 11527 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann

weibl., 28 J., mit Studienschwerpunkt Personalwesen und 2½ J. Berufspraxis, sucht neue anspruchsvolle, entwicklungsfähige Aufgabe im Personalbereich. Norddt. Raum bevorzugt.

Angeb. erb. u. L 11 530 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Engagierte Verkäuferin

40 J., beste kaufm. Ausbildung, 10 J. Berufserfahrung in der Immobilienbranche, verhandlungssicher, überz. Auftreten, sucht neuen Wirkungskreis, Raum Düsseldorf, Aachen, Köln.

Angeb. u. S 11535 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Berlin

Streßgeübte Frau mit Kopf zum Denken, 42, attraktiv
- sicheres und gewandtes Auftreten
- unabhängig (auch geographisch)
- Englisch in Wort und Schrift
- Spanisch
- jegliche Büroerfahrung
- in ungekündigter Stellung

sucht lebendigen, verantwortungsvollen Job mit guter Dotierung.

Angeb. u. U 11537 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Mitarb. Marketing/Marktf.

aus Untern. d. Filtr.- u. Trenntechnik, sucht zum 1. 1. 1985 neue Position. Angeb. unter X 11540 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wer sucht dynamischen, erfolgreichen EDV-Verkäufer als

Verkaufsleiter?

Zuschriften unter L 11618 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen.

Buchhalterin/Rechnungswesen

48 J., Debitoren, Sachkonten, Berichtswesen, Soll/Ist-Vergleich, Zahlungsverkehr In- und Ausland, englisch, Schreibmasch., su. im Raum Hamburg neues Aufgabengeb. (2-Tage-Woche).

Ang. u. R 11644 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen.

Aufrichtiger Mann

im gesetzten Alter, aus gutem Hause, ledig, Antialkoholiker, sucht Stelle als Privatchauffeur, auch Erfahrung im sicheren, wendigen Fahren in Großstädten.

Telefon 0 44 75 / 12 66

Es wäre sehr genehm, wenn der Herr aus Frankfurt, der am Samstag, dem 3. Nov., auf selbige Anzeige hin telef. anfragte, sich evtl. noch einmal wegen eines Mißverständnisses unter dieser Telefonnummer melden würde oder unter Tel. 0 44 75 / 4 64.

Vertriebsleiter/Praktiker

46 J., ungekündigt, systematischer Berufsweg (techn. Invest.-Güter d. Industrie), erfolgsgewohnt, gewandt im Umgang auf Führungsebene, Sprachen, su. neue verantwortungsv. Aufgabe in NRW, Dienstsitz Großraum DO, E, D.

Angeb. unt. T 11536 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kfm.

40 J., verheiratet, ungekündigt, langjährige Praxis auf GL-Ebene in Marketing, Werbung, Budget, Controlling, Großkunden- u. Bankenkontakt, su. im norddeutsch. Raum verantwortungsvolle Aufgabe. Vermittler angenehm.

Ang. u. N 11642 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (TU) 31 Jahre

4 J. weitgefächerte Berufserfahrung in der Bauwirtschaft u. im EDV-Bereich: Statik, Bauleitung, FORTRAN, VSPC, TSO, DOS, ZPM, Controlling, Engl. gut, Auslandserfahrung, sucht erweiterungsfähige Stellung.

Zuschriften unter K 11617 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Staatl. gepr. Betriebswirt (weibl.)

Schwerpunktf. EDV/Org., 24 J., 3jährige Berufserfahrung in Buchhaltung (Bürokauffrau), Grundkenntnisse in COBOL und BASIC, Engl.- und Franz.-Kenntn., sucht für sofort oder später Beschäftigung im Bereich EDV/Rechnungswesen oder Ausb. zur Programmiererin.

Zuschr. unter K 11 529 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export/Transitkaufmann

28 J., deutsch/engl./span., ausgedehnte Marktkenntnisse inkl. Reisetätigkeit, Lateinamerika, VR China, Hongkong, Europa. Produktk. in Leichtindustrie, Konsumgüter u. Stahlprodukten, in ungek. Stellung, interessiert an Auslandskontrakt, vornehmlich Spanien o. innerh. obengen. Länderbereiche in Handel/Industrie. Versiert in allen den Außenhandel betreffende Fragen/Bereichen.

Interessenten bitte Kontaktaufnahme unter Angabe von Land und Produkten unter P 11643 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen.

Resident Engineer

z. Z. als Bauleiter in Südostasien tätig, Schiffsbetriebstechnik – Anlagenbau – Dieselkraftwerke – Werftmanagement, Keramik – Zement, 45 Jahre, Engl., Franz., sucht ab Februar 85 neuen Wirkungskreis im Ausland.

Angeb. erb. u. W 11532 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Ingenieur (Dipl.-Ing. TH)

Langj. Erfahrung in Planung u. Beratung, konstr. Ing.-Bau u. Grundbau, EDV-Kenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. M 11 531 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Distriktmanager

39 J., Fremdsprachen, Marketingerfahrung, seit Jahren mit Erfolg im Außendienst, Gebiet PLZ 2 + 3, in der Unterhaltungselektronik tätig, gesund. Optimismus, psycholog. + werbetechn. Wissen, sucht aus pers. Gründen 1985 neuen Wirkungskreis, evtl. mit Beteiligung.

Zuschriften unter V 11560 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Exportkfm.

Anfang 40, langjährige Erfahrung in Südostasien, zus. Marktkenntn. Afrika u. Lateinamerika, mit Stärke in Analyse, Organisation, Koordination, Etablierung von Vertriebsorganis., Menschenführung, techn./kfm. Schulung, sucht neue Aufgabe in Industrie oder Handel. Auch im Ausland.

Ang. u. D 11634 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Bauing. (TU)

27 J., ledig, TU Braunschweig, Vertiefung: Statik, Massivbau, Hochbaukonstruktion, Holzbau, sucht Anfangsstellung in Konstruktionsbüro oder Verwaltung.

Ang. erb. unt. W 11539 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE



Gemeinnützige Schulgesellschaft mbH Informationen — **Oskar Kämmer Schule** — Jasperallee 23, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/333336

Dipl.-Handelslehrer, Dipl.-Kaufmann oder Dipl.-Volkswirt

für Unterricht in verschiedenen Lehrgängen der Jugend- und Erwachsenenbildung gesucht.

International Radio Broadcasters

Turkish, Ukrainian, Polish, Serbo-Croatian

The voice of America in Washington, D. C. is recruiting qualified Turkish, Ukrainian, Polish and Serbo-Croatian *language broadcasters. Candidates must have experience* in radio broadcasting or a related field such as print, television, or film journalism, translating, interpreting lecturing or acting in the language or teaching the language above the high school level. Starting salaries range from U.S. Dollars 21,066 to 33,139 per year depending on experience and education. Interested candidates are requested to send resumes or other background information in English to USIS, U.S. Mission Berlin, Clayallee 170, 1000 Berlin 33. Responses must be received no later than December 3. Qualified applicants may be contacted für employment interview. Required written translation and voice examinations will be arranged for candidates with appropriate backgrounds.

Interested candidates who do not apply by Dec. 3 may send resumes to Voice of America, Office of Personnel, 330 Independence Avenue, S.W., Room 1192, Washington, D.C. 20547, attn: Janice Brambilla, equal opportunity employer.

Wir wollen unseren Außendienst verstärken und suchen einen

Dental-Kaufmann

In neuen modernen Geschäftsräumen mit großzügigen Ausstellungsflächen und modernstem, gutsortiertem Materiallager unterstützt Sie eine engagierte Mannschaft von Fachleuten bei Ihrer Aufgabe.

Bitte rufen Sie uns doch einmal an, Ihre Anfrage wird natürlich streng diskret behandelt.

Heise-Dental KG
Berckhusenstr. 150
3000 Hannover 61
Tel. 05 11 / 5 30 05 20 (Herr Protz) oder
Tel. 05 11 / 69 40 82 nach 20 Uhr

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus,
Wfl. ca. 155 m²,
bezugsfertig,
Preis ab DM 365.000,–
incl. Garage(n) u. Stellplätze,
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Kempten/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 39–89 m²,
ideal als Ferienwohnung oder Altersruhesitz,
Preis ab DM 109.000,–
zuzügl. DM 3.000,– Stellplatz,
Gesamtpreis ab DM 112.000,–.
Keine Käuferprovision
Telefon (08 31) 2 26 51 / 2 60 20
Leonberger Immobilien

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen,
Wfl. 88–127 m², bezugsfertig,
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert,
Preis ab DM 288.000,–
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Puchheim bei München
Reihenhäuser, Wfl. 103–106 m²,
ausbaufähiges Dachgeschoß,
bezugsfertig, S-Bahn-Anschluß,
Preis ab DM 468.000,–
zuzügl. Garage DM 12.000,–,
Gesamtpreis ab DM 480.000,–.
Keine Käuferprovision
Telefon (089) 59 17 11
Leonberger Immobilien

Wangen/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 80–96 m², 20 Min. bis zum Bodensee, bezugsfertig,
Preis ab DM 199.000,–
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision
Telefon (0 75 28) 69 69
Leonberger Immobilien

30 Appartements, Pizzeria Renditeobjekt
Köln-Nähe, Mieteinnahmen p. a. 132 000,- DM netto, Kaufpr. VB 1,4 Mio.
Immobilien Georg Kather
Frauenberger Str. 40, 5350 Euskirchen
Tel. 0 22 51 / 7 20 21 und 7 22 84

Süd-Holland
50% unter Neupreis
Eigentumswohnungen, 53 m², 100 m vom Nordseestrand, reizvolle Parkanlagen, hinter den Dünen, inkl. aller Kosten DM 59 000,–
Sofort-Info:
Delta-See-Immob., Tel. 0 22 02/3 66 02

Villa im Landhausstil

mit separater Einliegerwohnung
Hamburg-Othmarschen, Borchlingweg 36

kann im Rahmen eines Zwangsversteigerungsverfahrens sofort erworben werden. Es handelt sich um eine 1931 errichtete Villa in bevorzugter Wohnlage mit Garage, Umbau erfolgte 1968, ein Anbau 1972. Das Grundstück ist 2941 m² groß, die Wohnfläche beträgt rund 250 m² zuzüglich einer Einliegerwohnung von 50 m².

Der Verkehrswert wurde vom Amtsgericht am 25. 4. 84 auf DM 1 375 000,00 festgesetzt.

Kreditwürdigen Interessenten räumen wir gern die Rechte ein, die zum Erwerb notwendig sind und helfen auf Wunsch bei der Finanzierung. Weitere Informationen unter

Deutsche Pfandbriefanstalt
An der Alster, 22, 2000 Hamburg 1, Tel. 0 40 – 24 35 55 oder Paulinenstr. 15, 6200 Wiesbaden, Tel. 0 61 21 – 34 86 92

Festgeldanlage auf DM-Basis

Sicherheit: In deutschem Grundbesitz.
Rendite: 12–15%. Laufzeit: 1–5 Jahre.

Graf von Hardenberg GmbH, Tel. 0 40 / 45 10 18

Von Privat an Privat

Baureifes Grundstück für Einfamilienhaus, 2500 m²

Nähe Tegernsee

im Naturschutzgebiet zum m²-Preis von DM 400,– zu verkaufen.

Angeb. unter X 11 496 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in der Schweiz bietet Ihnen Seriosität

Wickeln Sie Ihre Geschäfte steuerfrei über die Schweiz ab. Wir bieten Ihnen dazu die optimalen Voraussetzungen: Postanschrift, Telex, Amtsleitung, Sekretariat usw. Übersetzungen in D, E, I. Absolut diskret und zuverlässig. Wir gründen Ihnen auch Firmen in Steuerdomizilen. Einlagekapital für Firmen kann vorfinanziert werden.

J. Richter, CH-6825 Capolago, P. Box 56.

Bürohaus
Hahnstr. 31–35, Ffm.-Bürostadt
noch 4800 m² Bürofläche zu vermieten. Teilanmietung ab 500 m² möglich. Raumaufteilung nach Wunsch, Parkplätze vorhanden, provisionsfrei, über Hausverwaltung Ewens, Tel. 0 61 71 / 7 83 10 oder 7 61 49.

Büro- oder Praxisräume
zu vermieten, Bestausstattung, Neubau, ca. 90 m², KM 750,– DM, inkl. Keller und zwei Parkplätze. Anmietung von Lagerräumen möglich, 20 m², warm, KM 5,– DM/m², 50 m², kalt, 3,50 DM/m².
4600 Dortmund 41
Schlagbaumstr. 200
Schröer, Tel. 02 31 / 40 24 62 n. 63

Neubauhallen, Haan 330, Hilden 150, Langenfeld 200, Eitorf 150, Zülpich 280 m², verm. Tel. 0 21 22 / 6 28 94

DM 50 000,-
von Privat für 2 Jahre gegen gute Zinsen gesucht. Angebote unter X 11 606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Viel billiger Bausparen — NEU
Mit neuem Finanzsystem MF 500© Informationen bei allen Bausparkassen oder Gratisprospekt (Postkarte) direkt von (Seriöse Maklernanfragen willkommen)
CD GmbH, Fach 253 302, D-5450 Neuwied 13

FERIEN-WOHNPARADIES ÖSTERREICH
Maria Alm
Gemeinde Saalfelden, Erholungs- u. Schiparadies des Salzburger Landes. 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen.
Niedernsill
Pinzgau, nahe Europa-Sportregion, 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen.
Eigentumswohnungen mit gesicherter Grundbucheintragung.
»DEIN HEIM« Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, I.-Rieder-Kai 13a
☎ 00 43-662 23 5 06-0

SPANIEN
Costa del Sol, Nähe Malaga, bestes Klima Spaniens. Wohnungsverkauf wegen Scheidung. Appartement 40 m², möbliert, DM 39 000,–, 80 m², komplett möbliert, DM 79 000,–, direkt am Meer.
Angeb. unt. DU 64 53 an Anzeigen-Expedition Heinrich Hess, Friesenstr. 35, 5000 Köln 1.

Gesucht in der BRD
Liegenschaften
als Anlageobjekte.
Chiffre 13–5215 an Publicitas CH-7001 Chur/Schweiz

Von Privat – Einmalige Gelegenheit
Bungalow, NE, Rheinnähe, ca. 240 m² Wohn- u. Nutzfl., Garage, off. Kamin, lux. Bad, Garten usw. für DM 396 000,– VB wegen Erbauseinandersetzung kurzfristig zu verkaufen.
Tel.: 0 21 07 / 64 72 od. 61 71

3-faches Geld! — NEU
Mit Finanz-System MF 300©
Höchste Sicherheit + 300% Ertrag.
(Seriöse Vermittleranfragen willkommen.)
Gratisprospekt direkt von:
CD GmbH, Fach 253 302, D-5450 Neuwied 13

Sehr gut gehende
Zahnarztpraxis
(alle Disziplinen) in Großstadt-Mitte, Raum PLZ 5, hoher Umsatz, sehr gut durchorganisiert, schnellstens abzugeben. Vorübergehende Führung als Gemeinschaftspraxis möglich.
Zuschr. u. C 11 565 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Graeser Unternehmensvermittlung
Sammel-Nr. 06743/2566, Oberstr. 1
6533 Bacharach, Telex 42 327
Wir verkaufen oder verpachten
Ihren Betrieb
zielstrebig, schnell und sicher

Kapitalanleger für Werbepool gesucht.
Beteiligung unter DM 10 000,– nicht möglich. Sehr hohe Rendite, günstige Abschreibung.
Information:
Tel. 0 82 31 / 50 41 – 42 App. 11

Anlageprogramme in $ und sfr.
25% Rendite, ab DM 125 000,–
Großbankabwicklung. In der Schweiz fallen keine Steuern an.
Auskunft unter Z 11 498 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

System-Gastronomie bringt die Rendite

Neue deutsche Gastronomie-Kette mit Know-how und Innovation bietet Anlegerbeteiligungen über Liechtensteiner Holding. Stückelung ab DM 5 Tsd.

Pilotprojekt kann bereits in Deutschland besichtigt werden.

Ihr Angebot:
D. Demidoff
Terra Nostra
Postfach 2 63
FL-9490 Vaduz Liechtenstein
Telex Deutschland 811 703 extra d

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Logistische Vertriebsunterstützung

bietet an in Niedersachsen Dipl.-Kfm., höherer Beamter i. R.
Zuschriften unter R 11534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Haben Sie Ihre Exportchancen nach
HOLLAND
schon überprüft? Wenn nicht, dann sind wir für Sie der richtige Partner.
Informationen über:
Deutsch-Niederländisches Verbindungskontor
Oldenzaal, H. Grave, Postfach 13 06, D-4557 Fürstenau

Konstruktions- und Fertigungszeichnungen für Stetig-Gurtförderer / Bau-, Steine- und Erden-Industrie

einschl. der erforderlichen Statik- und Verkaufsunterlagen, Gurtbreite 400–1200 mm, in 6 Grundkonzeptionen zu verkaufen.

Zuschr. unter Y 11541 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PC-Computer-Vertriebspartner gesucht

Wir suchen in allen Großstädten zum Aufbau einer unabhängigen PC-Vertriebsorganisation mit Hard- und Softwareprogrammen führender Hersteller selbständige Partner (auch Einsteiger mit Branchenkenntnissen). Wir bieten zentrale Werbung, Schulung, Service, Vorführgeräte etc. Sehr gute Verdienstmöglichkeiten. Kapital erforderlich.

Dr. Messner, Borsigallee 55, 6000 Frankfurt am Main 60

Ihr Büro in Paris

Sekretariat Deutsch/Franz./Englisch. Telefondienst. Übernahme anderer Aufgaben.

Angebote erb. u. Z 11542 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

gepe Dia-Projektion in Perfektion... SYSTEM NORDIC

Jetzt sind ihm alle nah

ef – In der deutschen Schule von Richmond in England hatte sich seinerzeit Uwe Johnson zu einer Lesung angesagt. Der Tod stellte ihm ein Bein, und so kam man dort jetzt ohne den Verstorbenen zusammen. Gäste aus Deutschland waren da, und einer von ihnen, der Erlanger Professor Peter Horst Neumann, sprach abends an dem Pult, an dem Uwe Johnson hätte stehen sollen. Er rühmte den „nationalen Autor ohne Nation", der aus dem einen Teil Deutschlands in den anderen ging, und berichtete von der Diskretion, mit der der Erzähler U.J. seine Personen allzeit behandelt hat.

Michael Hamburger, der Kritiker, Übersetzer und Dozent, gedachte der vielen Jahre Freundschaft, die ihn mit Johnson verbunden hatten: ein schönes menschliches Zeugnis, eben, weil da auch von Schattenseiten die Rede war. Johnsons Verleger Siegfried Unseld hob beschwörend hervor, wie nahe er seinem Autor ständig gewesen sei; er drückte sich dabei etwas unklar aus. Günter Grass formulierte am Ende auch nicht ganz eindeutig. Er sprach über den Einbruch im Haus des Toten, den ein Abgesandter des „Stern" unternommen hatte. „Er erbrach den Nachlaß", und präsentierte am Ende auch noch in Buchform „die Frucht eines kriminellen Verhaltens im Umgang mit dem toten Uwe Johnson und seiner Familie".

Grass verdammte die Veröffentlichung im doch angesehenen Hause Piper. Und er bedauerte noch mehr, daß Johnsons Verlag Suhrkamp „sich nicht in der Lage sah", die Publikation zu verhindern.

Die meisten Zuhörer haben das so aufgefaßt, als spiele ein Präsident der Berliner Akademie mit der Möglichkeit, Bücher zu verbieten, wenn auch nur anrüchige. Gemeint war wohl eher, daß Verleger Unselds Verhalten in der Entstehungszeit dieser Schrift einen privaten juristischen Prozeß sehr erschwert hätte. Niemand weiß, was Johnson zu alledem gesagt hätte. Wie schön aber ist es doch, daß nun jedermann dem Autor nahe ist und für ihn eintritt, der im letzten Februar so einsam gestorben ist und so jämmerlich.

Galerist, Verleger, Freund der Avantgarde: Das Pariser Centre Pompidou ehrt Daniel H. Kahnweiler

Ziegenbeine erinnern an den Eiffelturm

Am 22. Januar 1907 trifft ein junger Deutscher aus Mannheim in Paris ein und eröffnet, gerade 22 Jahre alt, eine vier mal vier Meter große Kunstgalerie. Anderthalb Jahre später, im November 1908, organisiert er mit Werken von Georges Braque seine zweite Ausstellung anläßlich derer der Kritiker Vauxcelles den Begriff des Kubismus prägt. Der junge Wahl-Pariser heißt Daniel-Henry Kahnweiler. Seiner Bedeutung für die Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts und seinen umfangreichen Sammlungen ist die neueste Ausstellung des Centre Pompidou in Paris gewidmet.

Sie enthält vor allem große Teile der einzigartigen Schenkung, die Louise Leiris, die jüngere Schwägerin Kahnweilers, und ihr Mann, der Schriftsteller Michel Leiris, dem Musee National d'Art Moderne nach dem Tode Kahnweilers im Jahre 1979 gemacht haben. Die Ausstellung ist auf das engste mit der außergewöhnlichen Lebensgeschichte Kahnweilers verbunden.

In zwei gesonderten Räumen finden sich Briefe und andere Dokumente in den Beziehungen, die Kahnweiler über Jahrzehnte und zwei Weltkriege hinweg mit vielen der bedeutendsten Künstler unseres Jahrhunderts unterhielt. Vor allem aber liegen die Gemälde, Skulpturen und Zeichnungen der Künstler, denen Kahnweiler Galerist, Förderer und Freund war. Zeugnis ab von der Rolle, in der er sich zeitlebens sah und in der er von „seinen" Künstlern geschätzt wurde: Ein überzeugender diskreter und freundschaftlicher Mittler zu sein zwischen Künstlern und Publikum.



Eines der vielseitigsten Genies im Kunstbetrieb des zwanzigsten Jahrhunderts: Daniel-Henry Kahnweiler, 1957 porträtiert von Picasso FOTO: DIE WELT

Die drei Teile der Ausstellung entsprechen zeitlich den drei Galerien, die Kahnweiler nacheinander in Paris unterhielt. 1907 beginnt er mit der „Galerie Kahnweiler" und kauft vor allem von den noch weitgehend unbekannten Künstlern die gerade entstehenden Kubismus. Die Werke von Picasso, Braque, Gris, Leger, Derain und Laurens beeindrucken ihn zutiefst, und Kahnweiler trägt über die Jahre viel dazu bei, die kubistische Kunst beim Publikum durchzusetzen.

Gerade aus dieser Zeit zeigt das Centre Pompidou eine Reihe erstrangiger Gemälde: Picassos berühmtes kubistisches „Kahnweiler-Portrait" von 1910, Braques „Obstschale, Flasche und Glas" (Öl und Sand, 1912) sowie andere Werke aus der Periode des analytischen Kubismus, André Derains Portrait „Lucie Kahnweiler" (1913), Vlamincks „Autoportrait" von 1911 sowie bemerkenswerte kleine Ölgemälde von Gris, vor allem sein „Notenpapier" (1914), das die Schwelle zum synthetischen Kubismus markiert und das vor allem durch die überzeugende Harmonie dicht beeinanderliegender leuchtender Farbfacetten besticht.

1914 muß Kahnweiler in die Schweiz gehen, sein Besitz wird – da er deutscher Staatsbürger ist – beschlagnahmt und auf vier großen Auktionen 1921 bis 1923 versteigert. Dennoch gründet er 1920 die „Galerie Simon" und wendet sich neben dem Bemühen um seine kubistischen Freunde der neuen Künstlergeneration zu: Elie Lascaux, Suzanne Roger, André Beaudin, Eugène de Kermadec und vor allem André Masson. 1940 muß der Jude Kahnweiler erneut aufgeben und flüchtet ins unbesetzte Südfrankreich.

Aus der Zwischenkriegszeit enthält die Ausstellung in ihrem zweiten Teil gleichfalls bedeutende Werke: Legers „Rotes Rad" (1920), einige Picassos, Gries' und Klees, darunter der „Pfeil im Garten" (1929), Kermadecs „Frau, sich Strümpfe anziehend" (1933) sowie insbesondere wichtige Gemälde Massons z. B. „Die Dorfbewohner". Ölgemälde mit Sand (1927). Mit diesem Tableau ist die Grenze zwischen der von Kahnweiler geliebten und immer wieder verteidigten figurativen Kunst und der Abstraktion erreicht, die er sehr viel weniger schätzte.

Ein letzter Teil der Ausstellung umfaßt die Nachkriegszeit, in der Kahnweiler mit der 1945 eröffneten und noch heute bestehenden „Galerie Louise Leiris" einen dritten Anlauf nahm. Diese Periode ist beherrscht von Picasso, dessen fast unbegrenzter Ideenreichtum in den gezeigten Werken deutlich wird, darunter „Der Frühling" (1956). Trotz der kubischen Formen – die Beine der an einem Blatt knabbernden Ziege erinnern an die Stahlstreben des Eiffelturms – geben Farben und Duktus des Bildes die ganze Leichtigkeit eines Frühlingstages wieder.

Hervorzuheben sind von Picasso, dessen Werke ab 1950 fast ausschließlich Kahnweiler verkauft, auch die Bronzeplastiken, „Das seilspringende Mädchen" etwa oder „Die kleine lesende Frau" (1952), eine elegante Liegende mit Armen und Beinen aus Schrauben und einem Reißverschluß als offenes Haar.

Beeindruckend und verwirrend erscheint André Massons riesiges Ölgemälde „La résistance" (1944), eine Allegorie auf den Sieg des französischen Widerstands gegen die Nazis, das mit der kreuzförmigen Anordnung der Bildkomponenten Elemente der christlichen Heilslehre anklingen läßt.

Die jüngsten Werke der Ausstellung sind vier beachtenswerte Portraits von Francis Bacon aus den frühen siebziger Jahren. Der dokumentarische Teil der Hommage an Kahnweiler – angesichts der Kunstwerke in den Haupträumen erscheint er leicht ein wenig an den Rand gedrängt – dokumentiert mit Originalmanuskripten die editorische Leistung des vielseitigen Kahnweiler: Er publizierte unter anderem die Erstlingswerke von André Malraux, Antonin Artaud, Georges Bataille und Michel Leiris. Meisterwerke der Buchkunst aus Kahnweilers Verlag sind zu bewundern, etwa „l'Enchanteur pourrissant" (1909) und von Derain illustriert. Auch Erstausgaben von Kahnweilers eigenen Kunstschriften findet der Besucher.

Als ein Fazit: Die Ausstellung zeigt eine beachtliche Fülle erstrangiger Werke des Kubismus und der figurativen Kunst seit Beginn des Jahrhunderts und ehrt mit Daniel-Henry Kahnweiler einen zuwenig bekannten, vielleicht den größten „Kunstvermittler" unserer Zeit. (Bis 28. Januar. Zwei Kataloge: „Donation Louise et Michel Leiris", 135 Franc (Gemälde) und „Hommage à Henry-Daniel Kahnweiler" 115 Franc, Dokumentation, sowie ein Kurzführer 6 Franc).

MICHAEL SIEBERT

JOURNAL

Studiumsrisiken und berufliche Chancen

DW. Bonn

In den nächsten Jahren wird die Zahl der Absolventen, die jährlich die Hoch- und Fachhochschulen mit abgeschlossener Ausbildung verlassen, schon aus demographischen Gründen erheblich zunehmen. Auch Hochschulabsolventen, deren Arbeitslosenquote heute mit ca. 5 Prozent noch unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent liegt, müssen in Zukunft damit rechnen, gleiche Beschäftigungsrisiken wie die übrigen Erwerbstätigen zu tragen und auf einen engeren Arbeitsmarkt zu treffen. „In dieser Situation sollten junge Erwachsene die langen Fristen und zunehmenden Arbeitsmarktrisiken eines Studiums verstärkt gegen die Chancen einer beruflichen Ausbildung abwägen", sagte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer.

Wenders-Film nun doch nicht im Januar im Kino

DW. Berlin

Der in Cannes preisgekrönte Wim-Wenders-Film „Paris, Texas" wird aller Voraussicht nach doch noch nicht im Januar in die deutschen Kinos kommen. Wenders hatte den Verleih des Films – offenbar ohne juristisch bindende Absprache mit dem Filmverlag der Autoren, der die Vertriebsrechte besitzt – der Berliner „Tobis Filmkunst" übertragen. Diese hatte daraufhin mit der Plazierung des Streifens in den Kinos begonnen, obwohl der Filmverlag der Autoren noch nicht zugestimmt hatte. Dessen jetzt bekannt gewordene Weigerung, von seinen Rechten zurückzutreten, ließ die Januartermine platzen.

Alterslawine rollt auf Kliniken zu

dpa. Düsseldorf

Auf die Kliniken in der Bundesrepublik rollt nach Ansicht der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) eine „Alterslawine" zu, die zu Behandlungskosten „in unbezahlbare Dimensionen" führe. Weder der Gesetzgeber noch die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hätten diese statistisch untermauerte Entwicklung eingeplant, so der DKG-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Hans Georg Mierzwiak, vor der Gesellschaftsversammlung in Düsseldorf. Mierzwiak berief sich darauf, daß sich der Anteil der über 60jährigen Patienten in stationärer Behandlung seit 1970 von 37 auf 45 Prozent erhöht habe und bis zum Jahr 2000 auf mehr als 50 Prozent steigen werde. Die DKG-Zentrale kritisierte auch erneut „krasse Fehlentwicklungen" in der Verteilung der Gesundheitsausgaben. Ambulante Zahnbehandlung etwa koste fast halb soviel wie die gesamte Krankenhausversorgung.

Urenkelin Wagners leitet Covent Garden Opera

he. London

Eva Wagner-Pasquier, die Urenkelin Richard Wagners, ist auf den neugeschaffenen Posten eines Operndirektors am königlichen Opernhaus Covent Garden berufen worden. Sie war jahrelang als persönliche Assistentin ihres Vaters in Bayreuth tätig, außerdem an mehreren europäischen Opernhäusern engagiert. Sie wird ihr Amt im Januar 1985 antreten. Covent Garden brief ferner Jeffrey Tate (41) ab 1986 zum ersten Chefdirigenten.

Polens neuer Direktor des Literaturinstituts

J.G.G. Warschau

Zum Direktor des polnischen „Literaturforschungs-Instituts" der polnischen Akademie der Wissenschaften ist der Leiter der Kulturabteilung bei ZK der KP, Prof. Witold Nawrocki, ernannt worden. Das Institut gibt die Richtlinien für Polens Literatur an. Nawrocki, der als Parteizögling gilt, begann seine Karriere mit 17 Jahren in der Stalin-Ära als Kulturchef einer Kleinstadt. Mit seiner Hilfe wurde auch der bekannte KOR-Oppositionelle und Literaturkritiker Jan Józef Lipski aus dem Institut entfernt. Nawrocki war auch bei der Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes beteiligt.

Der neue Bielefelder Klassik-Katalog ist da

DW. Stuttgart

Er wird immer dicker: Der sogenannte „Bielefelder Katalog", das Verzeichnis sämtlicher in Deutschland lieferbarer Klassik-Schallplatten, umfaßt in seiner eben erschienenen neuen Ausgabe an die 900 Seiten (Vereinigte Motor-Verlage, Stuttgart, 17,50 Mark). Die über 1800 Neueinträge bringen den Bestand auf knapp 15 000 Schallplatten mit mehr als 60 000 Titeln. Gut die klare Auszeichnung von Platten, die auch als Compact-Disc erhältlich sind, wobei dem CD-Freund sogar ein Spezialkatalog angeboten wird.

Wiener Schubertiade (II): Beginn der Genieepoche

Gretchen mit Spinnrad

Die Idee von einer lückenlosen chronologischen Gesamtaufführung der Werke Franz Schuberts verteilt auf einen Zyklus von mehreren Jahren stammt von Hermann Prey. Der gefeierte Sänger und Schubert-Enthusiast wollte dieses Projekt zunächst in Hohenems verwirklichen. Der Plan scheiterte nicht zuletzt deshalb, weil das Städtchen Hohenems im Bregenzer Wald unmöglich jenen künstlerischen Apparat zur Verfügung stellen kann, der für ein so riesenhaftes Unternehmen notwendig ist. Da hat die Schubert-Stadt Wien ganz andere Voraussetzungen zu bieten: Als Aufführungsstätten den Musikverein mit seinen Sälen, die Hofburg-Kapelle, die Lichtenthaler Kirche, in der Schubert einst als Organist gewirkt hat, das renovierte Schubert-Geburtshaus in der Nußdorfer Straße. Dazu stehen viele heimische Ensembles zur Verfügung. Die Wiener Sängerknaben, Singverein, der Männergesangsverein, die Wiener Symphoniker, das Küchle-Quartett, das Haydn-Trio und noch viele andere. Und daß die Stadt Wien ein ganz anderes Besucherreservoir zu bieten hat als ein Sommerfestival in ländlicher Umgebung, braucht wohl nicht näher betont zu werden.

Im vergangenen Jahr wurde die erste Wiener Schubertiade abgehalten. Diesmal gab es vom 17. bis zum 25. November insgesamt zwölf Konzerte in zwei Etappen. Da das Unternehmen im Anfangsjahr noch von gewissen Anfangsschwierigkeiten überschattet war, weil sich unter den allerersten Kompositionsversuchen des 13- bis 16jährigen Schubert noch manches Unfertige, Fragmentarische befindet, so sah die Situation diesmal wesentlich günstiger aus.

Im 17- bis 18jährigen Schubert tritt uns bereits der fertige Meister entgegen, dem so gewaltige Werke wie „Gretchen am Spinnrad", „Meeresstille", die Messen in F und G, das Streichquartett d-Moll, die 2. Sinfonie gelangen. Nun ist es zweifellos ein neuer Aspekt diese überall als exempla classica anerkannten Kunstwerke nicht herausgepflückt, sondern gleichsam in freier Natur zu erleben. In Nachbarschaft mit Werken die unserer Gedanken- und Gefühlswelt vielleicht etwas entrückt erscheinen, die aber dennoch wert sind gehört und aufgeführt zu werden. Fest steht jedenfalls, daß es bei Schubert und seiner Genie-Epoche (etwa ab 1815 zu markieren) keine nebensächlichen unbedeutenden Werke gibt, daß selbst in den kleinsten Gelegenheitsstücken der sprichwörtliche „göttliche Funke" aufleuchtet. Schubert, eine der produktivsten Künstlernaturen die es je gab, wurde zu gewissen Zeiten von einem wahren Schwall an Inspiration überflutet. Da vollbrachte er oft vier, fünf, sechs Meisterstücke an einem Tag. Dieses gleichsam in Tagebuchform mitverfolgen zu können stellt ein Erlebnis singulärer Art dar.

Es ist sicherlich keine leichte Aufgabe, die sich Hermann Prey und seine Künstlerschar (darunter Werner Hollweg, Kurt Equiluz, Pamela Coburn, Edith Wiens; der Pianist Leonard Hokanson) gestellt haben. Aber auch keine leichte Gabe für die Zuhörer, denen durch die Vorführung so vieler unbekannter Werke ein hoher Grad an Ausdauer und Konzentration abverlangt wird. Aber der Applaus drückte Dank für die große Bereicherung und leidenschaftliche Zustimmung aus.

Für die Zukunft ist auch an die Aufführung von Schuberts Bühnenwerken – seit jeher ein heikles Kapitel – gedacht. Welche Form, das ist noch nicht bekannt. Darüber jetzt schon Vermutungen anzustellen erscheint etwas verfrüht, denn Hermann Prey will seine jährlichen Wiener Schubertiaden (im Monat November) bis zur Mitte der neunziger Jahre fortführen. Anders ist dies bei der unvorstellbaren Größe des Schubert-Werks nicht möglich. CLEMENS HÖSLINGER

A. Ayckbourns „Stromaufwärts" erstaufgeführt

Ein Pirat kommt an Bord

Das Publikum amüsiert sich und findet die Idee ausgesprochen hübsch: Ein veritables Boot steht auf der Bühne, und zwei Ehepaare schicken sich an, ihren Urlaub damit zu verbringen, den Fluß stromaufwärts zu befahren. Offenbar ist es die Themse, denn der Autor des Stücks, der da mit so viel Sinn für das Komische die Einschiffung der Bootsfahrt-Dilettanten schildert, ist der Engländer Alan Ayckbourn. Und dieser Autor, auch wenn er gelegentlich menschliche Katastrophen ausmalt (etwa in „Frohe Feste"), ist für einen unterhaltsamen Abend voll skurrilen Humors immer gut.

„Stromaufwärts" heißt sein jüngstes Stück, erst in diesem Jahr in England uraufgeführt. Erstmals in deutscher Sprache ist es jetzt in Wuppertal zu sehen, in einer Inszenierung von Schauspielchef Dieter Reible. Und der versteht sich auf Unterhaltung – und auf die Präzision, die sie fordert. So ist es ein helles Vergnügen zu sehen, wie die Sekretärin Hatfield am Ufer herangefahren kommt und den „Käpt'n" und Fabrikdirektor von Bord komplimentiert. Und man hüpft vor Lachen, wenn dessen Stellvertreter, der ausgemachte Versager Alistair, das Schiff prompt auf Grund laufen läßt.

Ein junger Mann stellt sich ein, bärenstark, und hilft. Er versteht was von Booten, auch von Frauen, wie sich zeigt. Es dauert keine zwei Tage, dann führt er das Regiment – an Deck und in des abwesenden Direktors Kajüte. Als der zurückkehrt, ist er isoliert: Der „Pirat" hat inzwischen eine bootsmännische Fachsprache eingeführt, die der bisherige Käpt'n nicht versteht. So wird er folgerichtig „abgewählt". Der „Pirat" übernimmt das Kommando – und errichtet eine Schreckensherrschaft, daß den Urlaubern Hören und Sehen vergeht.

Dem Publikum übrigens auch. Zwischendurch sieht die Sache ja immer wieder aus wie bloßes Spiel, zu spät bemerkt man also – ähnlich wie in Edward Albees „Virginia Woolf" –, daß alles bitterer Ernst ist. Der so freundliche Autor hat den Zuschauern ganz sachte und unbemerkt den Boden unter den Füßen fortgezogen. Die Geschichte von der Gesellschaft auf dem Boot läßt sie schaudernd in einen Abgrund blicken, in den Mechanismus, mit dem sich Diktaturen etablieren.

Gewiß, Ayckbourn hat kein Parabelspiel geschrieben und nicht schreiben wollen, und er hat „Stromaufwärts" wohl auch kaum vordergründig politisch gemeint. Daß man indes in Wuppertal einem ganz anderen, philosophisch nachdenklichen Alan Ayckbourn begegnet, steht außer Frage. Vielleicht sollte man ihn künftig etwas ernster nehmen.

Vordergründig Politisches intendiert auch Dieter Reibles Inszenierung nicht. Ganz taubenfüßig kommt sie daher, ist derart mit leichter Hand angerichtet, daß Lacher noch aufbrechen, wenn Bosheit und Unerbittlichkeit längst eingesehen sind. Dennoch hat der Regisseur die Genauigkeit in der Führung der Schauspieler, unter denen Maria Pichler als verführbare Ehefrau und Bernd Kuschmann als „Pirat" besonders auffallen, nicht einen Moment aus dem Blick verloren. So entsteht eine anfangs muntere, dann zunehmend beklemmende Aufführung, makellos und aus einem Guß. KATHRIN BERGMANN

Dagmar Hirtz' Erstlingsfilm „Unerreichbare Nähe"

Drei Frauen brechen auf

Er hat nur wenige Nummern, doch die sitzen: Wenn Pic, der Wunderclown aus Roncallis Alternativ-Zirkus, die Seifenblasen platzen und seine Batterie von Glöckchen bimmeln läßt, als habe er ein ganzes Orchester zur Hand, brilliert er im Manegenrund als Glücksbringer ebenso wie als Dompteur. In Dagmar Hirtz' Leinwanderstling „Unerreichbare Nähe" steht Pic als Symbol für die Arbeitswelt der Mittdreißigerin Ines. Denn die ist Dokumentarfilmerin und arbeitet gerade an einem Porträt des Pantomimen.

Soweit der erfrischende Teil dieses neuen deutschen Films. Wäre Dagmar Hirtz doch nur im Zirkuszelt geblieben bei, Pic und seinen poetischen Clownerien! Doch sie hatte Höheres, Bedeutungsschwereres im Sinn für ihr Filmdebüt, nichts Geringeres als einen Problemfilm, wie man's in jenen seligen Zeiten nannte, als Dieter Borsche noch die todkranke Maria Schell vor dem Tode erretten durfte durch einen ärztlichen Geniestreich und die alles heilende Macht der Liebe.

Auch in „Unerreichbare Nähe" ist der Tod erreichbar nahe. Einer ist bereits hingeschieden, bevor der Film beginnt. Und Monika, die Freundin der Dokumentarfilmerin Ines, macht gleich in den ersten Filmminuten einen Selbstmordversuch. Der wiederum bringt die Beziehung zwischen Ines und Freund Andreas, einem Verlagslektor und Möchtegern-Schriftsteller, erheblich aus dem Gleichgewicht. Und dann will plötzlich auch noch Ines' 15jähriger Sohn, den sie kurz nach der Geburt beim Vater in Amerika gelassen hatte, seine Mutter wiedersehen. Der Freund schreit Verrat, weil er von diesem Filius nichts wußte. Doch tröstet ihn die Selbstmordkandidatin mit einem Kurzaufenthalt in seinem Bett, während Ines nach Amerika jettet. Wenn die Beziehungsglocken nur ordentlich bimmeln, ist der Regisseurin jedes Mittel, auch das trivialste, recht.

Dagmar Hirtz ist von Beruf Cutterin und hat sich um manchen geglückten Filmschnitt etwa bei Werken von Rudolf Noelte, Maximilian Schell und Johannes Schaaf verdient gemacht. Gründliche Erfahrung mit dem Medium also hat sie, und das schlägt sich durchaus auch in ihrer „Unerreichbaren Nähe" nieder. Doch ist der sorgsame Umgang mit der Filmmaterie nicht gleich auch Garantie für Durchschlagskraft, Spannung und Qualität des Endproduktes.

Von der verquälten Story (Mitarbeit: Margarethe von Trotta) einmal abgesehen, kommt szenisch alles schrecklich bedeutungsschwanger und edel-langweilig daher. Es fehlt der leichte ironische Augenaufschlag eines Eric Rohmer, oder, wenn man's bissiger hätte machen wollen, Chabrols böser Röntgenblick. Allzu krampfhaft hält sich Frau Hirtz bei ihrem Aufbruchversuch dreier Frauen in die Selbständigkeit auch an ihren Symbolen fest, am nervötendsten an jenem Anrufbeantworter, der immer wieder als Kommunikationsmittel die Tristesse der Paarbeziehungen entlarven soll. Im schick arrangierten Ambiente aus Lektoratsraum, Zirkuszelt, Disco und Bettlandschaften bewegen sich die Figuren (Katrin Ackermann, Klaus Grünberg, Brigitte Karner) oft wie fremde Wesen, Menschen in Aspik.

KLÄRE WARNECKE

Neue Erwachsenen-Comics: Kosmos und Sibirien

Es lebe die Freiheit!

Für wen sind Comics? Für Kinder? Für Analphabeten? Dieser Glaube hält sich zwar beharrlich, aber spätestens seit „Asterix" sind die heimlichen Mitleser die Hauptadressaten des Genres geworden, das sich denn neuerdings auch ausdrücklich „Erwachsenen-Comics" nennt. Vor allem die Franzosen haben es zu Beginn der siebziger Jahre mit dem Magazin „Métal Hurlant" furios und erfolgreich kultiviert.

Wer jedoch glaubt, für Bildungsträgheit und Lesephlegma hier die richtige Nahrung zu finden, merkt sehr schnell, daß er auf dem Holzweg ist. Der Comic-Konsum ist nicht selten eine Lesestrapaze, die außerdem auch noch anspielungsreich die Weltliteratur zitiert, travestiert und parodiert.

So haben Milo Manara und Silverio Pisu die berühmte chinesische Legende vom dem aus einem steinernen Ei geborenen Affen Sun Wu-K'ung in einen Comic-Roman übertragen: „Der Affenkönig" (Schreiber & Leser, München, 88. S., 19,80 Mark). Es ist ein Frühwerk des inzwischen sehr erfolgreichen Manaras und verrät noch die ideologischen Bauchschmerzen des Pariser Mai '68. Aktuell und zeitkritisch sollte die Geschichte sein. Deshalb tritt der Gott Erh-Lang mit Stahlhelm und Gasmaske auf und der himmlische Prinz

Natha verwandelt sich in ein Wesen mit den Köpfen Kirche, Kapital und Militär. Sun Wu K'ung, der aufmüpfige Affe, steht für „Es lebe die Freiheit" & Co. Aber seine Revolutionsbotschaft überzeugt nicht, denn der „große Weise, Himmelsgleiche", der Affenkönig, ist nur Arroganz und Eitelkeit, genauso wie in der Legende. So kann man sich kaum vorstellen, daß er für etwas anderes als für sich selbst eintritt, kein Wesen also für Kaderdisziplin.

Auch Will Eisner, der Schöpfer der berühmten „Spirit"-Serie, versteht sich als Moralist. In seinen „Signalen aus einer anderen Welt" (Darlsen, Reinbek, 132 S., 32,80 Mark) begegnet man jedoch nicht nur fiesen, gierigen Kapitalisten, rücksichtslosen Geheimdienstleuten, einer ausgeflippten Sekte, sondern trifft auch auf Eisners neues Lieblingsthema, das Geflüstere Leben der Pflanzen. Die „Signale aus einer anderen Welt" sind Eisners „Alterswerk", und so möchten sie sich dann auch präsentieren – gereift und voll Weisheit.

Wie Will Eisner gilt auch Hugo Pratt als Comic-Klassiker. Mit „Corto Maltese in Sibirien" (Carlsen, Reinbek, 109 S., 19,80 Mark) setzt er das fort, was er am besten beherrscht: Abenteuergeschichten zu erzählen. Nicht umsonst ist R. L. Stevenson eins seiner Vorbilder. Aber seine Ideen borgt er sich bei der Zeitgeschichte aus.

Diesmal verstrickt er die Erlebnisse seines Helden mit der abenteuerlichen Geschichte des historischen weißrussischen Generals Baron Ungern-Sternberg (der bereits als Gegenspieler in Eisensteins „Sturm über Asien" fungierte). Während Ungern-Sternberg in dem Comic als Romantiker das Ziel hat, ein Weltreich zu erobern, jagt Corto Maltese hinter schnödem Geld her, einem Waggon mit einem Teil des Zarenschatzes. Neben der exotischen Szenerie mit chinesischen Geheimbünden und mongolischen Kriegsherren mit ihren Panzerzügen fasziniert vor allem Corto Maltese selber, der immer ironisch Distanz hält und sich ansonsten auf sein Glück verläßt.

Pratts Zeichenstil ist sehr skizzenhaft – ein schwerwiegender Nachteil im Comic-Entwicklungsland Bundesrepublik, wo man sich, wenn man denn schon mit einem Comic erwischt wird, wenigstens damit herausreden will, daß dieser doch „gut gemacht" sei. Doch dafür erzählt Pratt Geschichten wie kaum ein anderer Comic-Autor.

Die alte chinesische Geschichte vom Affenkönig als Revolutionscomic FOTO: SCHREIBER UND LESER

DANIEL DITTMAR

KULTURNOTIZEN

Das dritte Tanzzentrum „Martha Graham" wird – nach New York und Los Angeles – im Januar 1985 in Florenz eröffnet werden.

Eine Enzyklopädie der „Murals", bemalter Hauswände, haben die französischen Künstler Dominique Durand und Daniel Boulogne in Paris vorgelegt.

Kazimierz Ryszka, den polnischen Bildhauer, stellt die Ars-Polona-Galerie in Düsseldorf in den nächsten beiden Monaten vor.

Temi Ungerer ist mit dem französischen Kulturorden eines Commandeur de l'Ordre des Arts et des Lettres ausgezeichnet worden.

Klaus Pierwoß, künftiger Intendant des Kölner Schauspiels, ist neuer Vorsitzender der Dramaturgischen Gesellschaft.

Peter Hahn ist zum neuen Leiter des Museums für Gestaltung Bauhaus Archiv gewählt worden.

Henri Matisse ehrt das Museum in Nizza bis zum kommenden April.

Das Mailänder Marionettentheater Carlo Colla e Figli" gastiert vom 4. bis 31. Dezember in Paris.

Die elften „Tage des religiösen Films" finden derzeit in Friedberg statt.

Osvaldo Fresedo, einer der Wegbereiter des Tangos, ist 87jährig in Buenos Aires gestorben.

ADAC geht für Umwelt in die Offensive

F. DIEDERICHS, Berlin

Ein „Umwelttelefon", ein „Katalysator-Wochenende" mit der Präsentation aller derzeit erhältlichen umweltfreundlichen Automodelle – der Landesverband Berlin des ADAC geht als eine der ersten Regionalgruppierungen in Deutschland in die Offensive für den Umweltschutz.

„Wir wollen aufklären und den Autofahrer motivieren, freiwillig und vorsorglich etwas zu tun. Auch deshalb, um zu vermeiden, daß der Gesetzgeber voreilige Maßnahmen trifft, die sich bei sorgfältiger Analyse als überzogen oder überflüssig herausstellen könnten", erläuterte gestern Wolf Wegener, Vorsitzender des ADAC Berlin, das jetzt vorgelegte Konzept „Auto und Umwelt".

Erstmals wird es noch in diesem Jahr eine Aktion des ADAC gemeinsam mit den Berliner Werkstätten geben, wo alle Autofahrer ihr Fahrzeug einem kostenlosen Abgastest unterziehen können – Vorgriff auf die vom Gesetzgeber vom kommenden Jahr an ohnehin vorgeschriebenen jährlichen Abgaskontrollen, deren organisatorische Umsetzung allerdings nach Ansicht von ADAC-Experten dem Gesetzgeber noch einiges Kopfzerbrechen bereiten dürfte. Die TÜV-Dienststellen sind nämlich mit den zweijährigen Hauptuntersuchungen ausgelastet, und in den Werkstätten der Automobilkonzerne dürfe es dem Autofahrer wohl kaum zugemutet werden, für einen Abgastest lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen oder sein Gefährt gar einen ganzen Tag lang abzugeben.

Bleifreies Tanken, so wurde in Berlin berichtet, sei mittlerweile an 179 Tankstellen im Bundesgebiet möglich. Bereitschaft, sich diesem Netz anzuschließen, sei vor allem in der Schweiz und Österreich vorhanden, berichteten ADAC-Experten. In Frankreich und Italien hingegen gebe es große Schwierigkeiten, im Rahmen europäischer Absprachen bleifreie Tankstellen einzurichten.

Als eine der beherrschenden Fragen der kommenden Jahre wurde jene genannt, wie man die in Deutschland zugelassenen 23 Millionen „Altfahrzeuge" zu umweltfreundlicherem Fahren umbauen könne. Eine Nachrüstung mit den derzeitigen US-Katalysatoren ist technisch nicht möglich.

Erste Forschungserfolge sind jedoch bei der Entwicklung eines sogenannten „ungesteuerten" Katalysators erzielt worden, teilte der ADAC mit. Dieser soll die umweltschädigenden Abgase um 50 Prozent verringern – die Modelle in den Neuwagen erreichen dagegen mehr als 90 Prozent. Der „ungesteuerte" Katalysator wäre jedoch wenigstens für die Altwagen eine Zwischenlösung, hieß es in Berlin. Sein Preis: rund 1000 Mark.

Auch mit Mist kann man Millionen machen

MBB hat die Konzepte für die Zukunft in der Schublade

PETER SCHMALZ, München

Die Frage, was russische Militärs und deutsche Kraftwerkbesitzer wohl gemeinsam haben, läßt den Tiefgang eines platten Stammtisch-Witzes befürchten, die Antwort aber führt in durchaus seriöse Gewässer. Es ist die Angst vor MBB.

Der Münchner Denk- und Fabrikations-Multi Messerschmitt-Bölkow-Blohm hat nämlich nicht nur bei Rüstungsprodukten die Nase vorn. Es kommen dazu Unternehmenserfolge mit dem Europa-Flieger Airbus, mit Satelliten und Weltraumlaboratorien sowie mit der Magnetschwebebahn, die im Emsland erprobt wird und deren erstes Exemplar kürzlich für 9,5 Millionen Dollar ins amerikanische Disneyland verkauft wurde.

Die Firmenleitung hat Gründer Bölkow längst in andere Hände abgegeben, aber mit einer neuen Vision gab er dem Unternehmen einen Impuls, dessen Auswirkungen selbst MBB-Vorstand Hanns Arnt Vogels noch nicht abzuschätzen wagt. Öl und andere fossile Kraftspender, so Bölkows Überlegung, werden eines Tages verbraucht sein, der Energiebedarf aber wird weiter steigen und dem Unternehmen Milliardenumsätze bringen, das frühzeitig vernünftige Alternativen anbietet. Und so beschäftigt sich der Konzern, in dem nach eigener Einschätzung das größte Ingenieurwissen Europas vereint ist, seit geraumer Zeit und fast völlig im Verborgenen mit Techniken, die noch kürzlich als Tummelfeld weltfremder Spinner galten – und kassiert bereits die ersten Millionenaufträge. Aus Schweden zum Beispiel.

1500 Windmaschinen für die norddeutsche Küste

Für 22 Millionen Mark errichtete MBB auf Gotland die Windturbine „Aeolus", die seit Februar vergangenen Jahres läuft und so zuverlässig Strom erzeugt, daß die Schweden in München um das Kostenangebot für fünf weitere Anlagen nachfragten.

Diplom-Physiker Horst Selzer, bei MBB verantwortlich für den neuen Bereich „Industrielle Energie- und Prozeßtechnik", sieht im Wind eine große Exportchance: „Überall dort, wo das Stromnetz nicht so optimal wie bei uns ausgebaut ist, können unsere Windmaschinen Kleinverbrauchern, Betrieben oder auch Ortschaften Strom liefern." Selzer zitiert eine Untersuchung, wonach in Europa Wind und Aufstellplätze für das Vierfache der derzeit benötigten Strommenge vorhanden wären. Seine Kalkulation: 1000 bis 1500 Anlagen im norddeutschen Küstengebiet.

Schon aber sieht der MBB-Vordenker das kleine Kraftwerk auf jedem Hausdach. „Wir sind auf einem hoffnungsvollen Weg", sagt Selzer zu den Versuchen, in Solarzellen, die auch diffuses Sonnenlicht in Strom umwandeln können, das teure Silizium zu ersetzen. Gegenwärtig müssen 20 Mark für ein Watt investiert werden, der große Durchbruch wird bei Kosten von zwei bis vier Mark erwartet. Selzer: „Wir glauben, das zu schaffen, wenn auch nicht mehr in diesem Jahrzehnt." Die Konkurrenz drängt. Amerikaner und Japaner liegen vorn, in den USA interessieren sich auch Ölfirmen für das Produkt.

Im Inneren eines Reifens herrscht ein Höllenlärm

Der noch junge MBB-Unternehmensbereich beschäftigt sich außer mit Sonne und Wind mit einem Naturprodukt, das sich vor allem durch seinen strengen Duft auszeichnet: Gülle. Nach dem Motto „Mist macht auch Millionen" bastelte der Luft- und Raumfahrtkonzern eine Biogasanlage, in der von der Gülle bis zu Schlachthofabfällen jede Art von Biomasse von Bakterien in ein Gemisch aus heizbarem Methan und Kohlendioxid zerlegt wird. Der Gärrückstand der Gülle ist ein wertvoller Dünger mit hohem Stickstoffanteil.

Mit einem andern Umweltproblem befaßt sich der MBB-Physiker Oskar Bschorr. Er bekam vom Bundesministerium für Forschung und Technologie den Auftrag, die Laufgeräusche von Pkw- und Lkw-Reifen zu mindern. Er kam auf ein überraschendes Ergebnis: Im Hohlraum des Reifens herrscht ein Höllenlärm bis zu 150 Dezibel. Bschorr: „Wie dicht an einem Airbus-Triebwerk." Ein Teil des Lärms dringt auch nach außen. Mit ein wenig Schaumstoff konnten die MBB-Leute das Geräusch um 20 Prozent reduzieren.

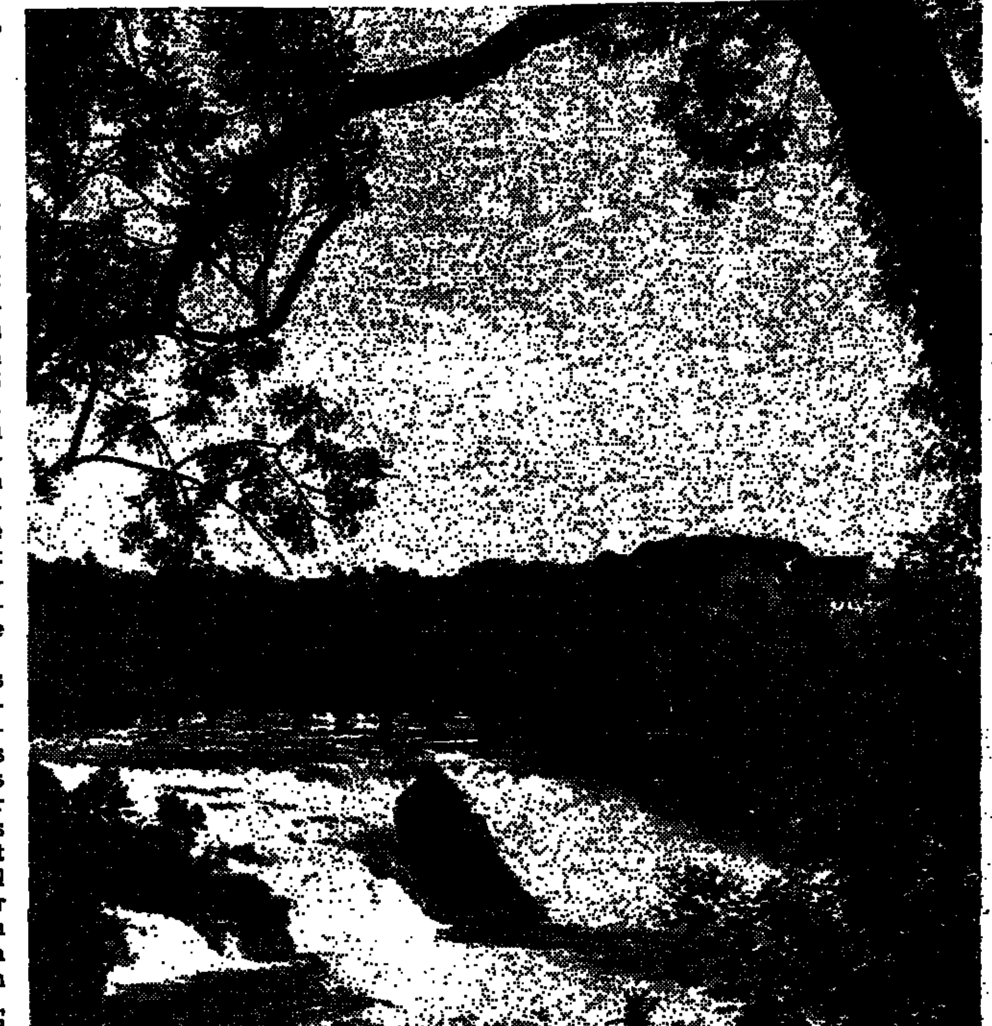
Knapp zehn Patente meldete MBB für den leisen Reifen der Zukunft an, die ersten Gespräche mit Reifenfirmen haben in diesen Tagen begonnen. Auch Finanzminister Stoltenberg wird sich für diese Entwicklung interessieren, muß der Bund doch alljährlich 170 Millionen Mark Lärmausgleich zahlen.

Die Geschäftsleitung beobachtet gegenwärtig noch mit gebremster Begeisterung die Ideenproduktion der neuen Firmenbereiche. Sollte der wirtschaftliche Erfolg nicht befriedigend sein, müssen die Energie-Tüftler nach einer mehrjährigen Bewährungszeit ihren Arbeitsplatz räumen. Aber Horst Selzer ist zuversichtlich: „Wir sind auf dem richtigen Weg."

Rettung für den Fels im Strom

Eine der großen touristischen Attraktionen der Schweiz droht einfach hinweggespült zu werden. Der mittlere Felsen des Rheinfalls bei Schaffhausen muß stabilisiert werden. Die Baudirektionen der Städte Schaffhausen und Zürich wollen die Sicherungsarbeiten, die etwa sechs bis acht Wochen dauern werden, Ende November beginnen. Die Reparaturarbeiten am Prunkstück des jährlich von Tausenden Touristen besuchten Rheinfalls können allerdings nur bei geringer Wasserführung des Rheins ausgeführt werden. Zuerst soll von Neuhausen her ein Steg über den Wasserfall bis zum bedrohten Felsen konstruiert werden, anschließend wird der Wasserstrom mit Sandsäcken vom mittleren Rheinfall-Felsen abgelenkt und schließlich mit Beton stabilisiert.

FOTO: S. LAUTERWASSER



Bei mißglückter Abtreibung kann Arzt haften

DW. Karlsruhe

Ein Arzt kann dazu verurteilt werden, Unterhalt für das Kind zu zahlen, wenn durch einen Behandlungsfehler die Abtreibung fehlgeschlagen ist und die Frau sich in einer sozialen Notlagensituation befunden hat. Die Karlsruher Bundesrichter verwiesen gestern im Urteil eines Arzthaftungsprozesses auf folgende Grundsätze: Auch ein nach der Notlagenindikation straffreier Schwangerschaftsabbruch kann Gegenstand eines rechtswirksamen Vertrages zwischen Arzt und Patientin sein. Die Notlage hat in der Regel auch wirtschaftliche Gründe. Der Schadenersatzanspruch der Frau entfällt auch nicht, wenn sie sich trotz einer medizinischen Indikation zum Austragen des Kindes entschlossen hat, weil sie glaubt, bei dem fortgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft eine Abtreibung nicht mehr verantworten zu können. Schadenersatzansprüche können aber entfallen, wenn sich die Patientin nach dem Fehlschlagen eines erlaubten Schwangerschaftsabbruchs sofort weigert, einer zumutbaren Wiederholung des Eingriffs zuzustimmen, solange die Frist dafür noch nicht verstrichen ist. (AZ. VI ZR 43/83)

Erste Bitte: ein Bier

AP, Louisville

Zwei Tage nach der Einsetzung eines Kunstherzen befand sich der 52jährige Amerikaner William J. Schroeder nach Angaben des Chirurgen William DeVries weiter auf dem Weg der Besserung. Schroeder habe eine gute Nacht verbracht, gefragt, ob das Kunstherz gut funktioniere und um ein Bier gebeten.

Polizist als Bankräuber

AP, Berlin

Ein 26jähriger Oberwachtmeister ist am Montag abend in Berlin unter dem dringenden Verdacht, eine Bank überfallen zu haben, festgenommen worden. Der Täter hat, so ein Sprecher des Polizeipräsidiums, während eines Überfalls am 20. November die Bankangestellten mit einer Schußwaffe bedroht. Der maskierte Mann wurde anhand von Fotos der Überwachungskamera von Kollegen erkannt.

60 Millionen für Afrika

SAD, Den Haag

Innerhalb von zwölf Stunden haben Holländer umgerechnet 60 Millionen Mark für Lebensmittellieferungen in afrikanische Hungergebiete gespendet. Dies ist das vorläufige Ergebnis einer Spendenaktion privater und staatlicher Stellen und der Rundfunk- und Fernsehgesellschaften der Niederlande.

682 Kilogramm Kokain

AFP, Yucca

682 Kilogramm reines Kokain im Endverkaufswert von rund einer Milliarde Dollar hat die amerikanische Polizei bei Yucca im US-Bundesstaat Arizona beschlagnahmt. Zwei amerikanische und zwei mexikanische Schmuggler wurden festgenommen.

LEUTE HEUTE

Unangenehme Kollekte

Eher als ein Reicher in den Himmel kommt ein Kamel durch das Nadelöhr oder – wie gestern geschehen – ein Räuber in die Residenz des Regensburger Bischofs **Manfred Müller**. Im Kassenraum der Residenz zog der Unbekannte eine Pistole, erbeutete rund sechstausend Mark und flüchtete ohne Segen.

Orden für Scargill

Als sein Name aufgerufen wurde, verzog die Queen keine Miene. **Arthur Scargill** erhielt aus ihrer Hand den „Member Order of the British Empire" und darf sich jetzt auch so nennen: Scargill, M.B.E., denn er hat sich um den britischen Staat verdient gemacht. Am Telefon jedoch erklärt er wahrheitsgemäß, er sei nicht Arthur Scargill – der Gewerkschaftsführer. Der 63jährige ist nämlich ein braver Steuerbeamter ihrer Majestät.

Aus Schlaf geschreckt

Peking will die Mittagsruhe seiner Beamten verkürzen

dpa, Peking

Für Millionen von Chinesen hat die parteiamtliche Pekinger „Volkszeitung" gestern die schlechteste Nachricht des Jahres verkündet: Von Januar nächsten Jahres an wird die Mittagspause der Beschäftigten in den Behörden und Staatsorganen auf eine Stunde verkürzt. Vorbei ist es nach dem Beschluß des Staatsrates mit der Ruhezeit, die mit offiziellem Segen im Winter zwei, im Sommer eineinhalb Stunden dauern sollte.

Diese Zeit zum „Xiuxi" – zum Ausruhen – ist den Chinesen heilig. Überall im Lande bietet sich täglich das gleiche Bild: Spätestens um 11.30 Uhr strömen die Volksmassen in die Kantinen oder an den häuslichen Tisch. Eine halbe Stunde später, nach einem „leichten" Essen mit Reis, Gemüse und manchmal Fleisch, fällt ein Großteil der chinesischen Nation in einen tiefen Mittagsschlaf. In den Pekinger Regierungsstuben ist dann niemand zu erreichen. In den durchgehend geöffneten Läden sitzen viele der Verkäufer irgendwo in der Ecke und dösen vor sich hin. Autofahrer haben abseits der Straße geparkt und sind eingenickt. Erst am frühen Nachmittag beginnt das Alltagsleben wieder zu pulsieren. Zuvor brauchen viele aber noch ein Viertelstündchen bei frisch gebrühtem Tee, um halbwegs wach zu werden.

Damit soll nun Schluß sein. Unabhängig von der Jahreszeit soll die Mittagspause einschließlich Mahlzeit nur noch eine Stunde dauern. Entsprechend früher soll aber auch Feierabend gemacht werden. Die Pekinger Führung hat sich schweren Herzens zu dieser Änderung entschlossen. Sie weiß, wie sehr dies den Volksmassen „an den Nerv geht".

WETTER: Windig und mild

Wetterlage: Die Ausläufer eines Orkantiefs bei Island greifen auf Deutschland über und führen sehr milde Meeresluft heran. Nur der äußerste Südosten verbleibt vorerst noch in der eingeströmten Kaltluft.

Vorhersage für Mittwoch:

In der Nordhälfte Deutschlands bedeckt, zeitweise Regen, im Süden wolkig, aber niederschlagsfrei. Im Norden Tages- und Nachttemperaturen zwischen 8 und 14 Grad, im Süden 5 bis 9 Grad. Tiefsttemperaturen hier 4 bis 0 Grad. Im Süden schwacher, im Norden frischer, im Küstengebiet stürmischer Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:

Im Norden weiterhin unbeständig, mild. Im Süden anhaltend kühl, neblig.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	23°
Bonn	6°	Kopenh.	1°
Dresden	6°	Las Palmas	19°
Essen	6°	London	9°
Frankfurt	5°	Madrid	16°
Hamburg	5°	Mailand	11°
List/Sylt	7°	Mallorca	16°
München	5°	Moskau	-4°
Stuttgart	6°	Nizza	16°
Algier	18°	Oslo	-3°
Amsterdam	7°	Paris	6°
Athen	20°	Prag	5°
Barcelona	13°	Rom	10°
Brüssel	7°	Stockholm	2°
Budapest	9°	Tel Aviv	20°
Bukarest	11°	Tunis	19°
Helsinki	-7°	Wien	8°
Istanbul	15°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 8.02 Uhr, Untergang: 16.19 Uhr; **Mondaufgang:** 13.28 Uhr, Untergang: 22.54 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

In den Usambara-Bergen das Gebot Gottes erfüllt

KARL DOEMENS, Lushoto

Kurz vor Beginn der letzten Regenzeit hielt Christian Boness, der 36jährige Pastor des Bergdorfes Mlalo im Nordosten Tansanias, eine ungewöhnliche Predigt. „Gottes Gebot heißt auch: Du sollst pflanzen!", verkündete der lutherische Missionar aus Soest sonntags von der Kanzel seiner beinahe hundertjährigen Kirche und deutete nach draußen.

Unweit des Gotteshauses bieten die Usambara-Berge ein trauriges Bild. Während kaum 40 Kilometer weiter südlich tropischer Urwald die Hügelkuppen von Lushoto, dem ehemaligen deutschen „Wilhelmstal", bedeckt und die Sommerresidenz des tansanischen Staatschefs Julius Nyerere von meterhohen Adlerfarnen und wilden Kampferbäumen gesäumt wird, sind in der Umgebung von Mlalo die Höhenrücken während der vergangenen zwei Jahrzehnte radikal abgeholzt worden. Breite rote Furchen ziehen sich nun durch die kahlen Berghänge. Vielerorts hat der Regen die oberste Erdschicht bereits völlig weggespült und den nackten Lateritboden freigelegt.

Die Christen von Mlalo beherzigten die Mahnung ihres bärtigen weißen Pastors. Montag morgen gegen sechs standen 500 Schulkinder mit Hacken und kleinen Körben vor der Missionsstation. Sie holten Setzlinge und Muttererde aus der benachbarten Baumschule und trugen sie zum Berg Sikuluma hinauf. Gegen Mittag hatten sie dort 2000 junge Akazien, Pinien, Zypressen, Silbereichen und Eukalyptusbäume gepflanzt.

Die Pflanzaktion ging auf eine private Initiative zurück, die zwei ältere Damen aus der Bundesrepublik Deutschland vor zehn Jahren in Mlalo ins Leben gerufen hatten. Als Rentnerinnen waren die beiden Missionarstöchter an die Wirkungsstätte ihrer Väter zurückgekehrt und hatten hier die schweren Erosionsschäden beobachtet, die durch den Kahlschlag großer Teile der Usambara-Berge entstanden waren.

Die Damen bezogen das verwaiste lutherische Pfarrhaus in Mlalo und pflanzten in den folgenden Jahren – zunächst nur mit Hilfe einiger Bekannter, dann mit Unterstützung der Gemeinden und der Schule – etwa 10 000 neue Bäume. „Kata mti – panda miti" („Schlage einen Baum – pflanze viele Bäume") lautet bis heute das Motto ihrer Initiative, die von dem Pastorenehepaar Marzinzik-Boness übernommen wurde, als Agnes Rösler (76) und Frieda Wohlrab (84) Anfang dieses Jahres nach Deutschland zurückgingen.

Wie seine beiden Vorgängerinnen legt auch Christian Boness großen Wert darauf, daß das Aufforstungsprojekt nicht übermäßig „professionalisiert" wird. Dem Pastor ist neben dem ökologischen Erfolg vor allem die Bildung eines neuen Umweltbewußtseins bei der afrikanischen Bevölkerung wichtig.

Eine Fortführung der Aufforstung auch über den Tag einer möglichen Heimkehr des deutschen Pastors hinaus wird dringend nötig sein. Schon heute ist abzusehen, daß Tansania auf eine katastrophale Brennholzkrise zusteuert, weil wesentlich mehr Bäume geschlagen werden, als auf natürliche Weise nachwachsen. Doch nicht nur des Holzes wegen wird der Wald gefällt: Auch die Landknappheit bildet in den hoffnungslos überbevölkerten Usambara-Bergen einen wichtigen Grund für den Kahlschlag. Die neu angelegten Maisfelder auf den Hügelkuppen jedoch können der Bodenerosion durch Wind und Wasser keinen Widerstand mehr leisten.

Auch auf das Klima wirkt sich der Tod des Urwaldes negativ aus: Katholische Missionare, die bereits seit mehr als 20 Jahren in den Usambara-Bergen leben, beobachten in letzter Zeit einen deutlichen Rückgang der Niederschlagsmengen. Immer häufiger ziehen die grauen Wolken vom Indischen Ozean über das Gebirge hinweg, ohne sich abzuregnen.

Die 7000 Setzlinge, die in der kleinen Baumschule neben der Missionsstation von Mlalo darauf warten, daß sie mit Beginn der nächsten Regenzeit ausgepflanzt werden, bewässert ein junger afrikanischer „Förster" regelmäßig mit der Gießkanne. Pastor Boness hat den 21jährigen Herberti eigens für die Baumzucht angestellt und ausgebildet.

Seit Jahren erfreut sich das Aufforstungsprojekt in Mlalo großer Beliebtheit vor allem bei jugendlichen Afrika-Reisenden. „Jeder, der sich bis Mlalo durchschlägt, ist bei uns willkommen", sagt Pastor Boness. Daß sich die Besucher während ihres Aufenthaltes in der Baumschule, beim Straßenbau oder auf der Lepra-Station der Mission nützlich machen, scheint in Mlalo eine Selbstverständlichkeit zu sein.

ZU GUTER LETZT

„Menschenleben waren nicht in Gefahr. Ein Tatverdacht besteht nicht. Der Brandort wurde zur Durchführung weiterer Ermittlungen beschlagnahmt." Meldung über eine vermutliche Brandstiftung im Berliner Polizeibericht.